Freitag, den 25. Mai 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 122

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen, — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Zur Kreistagswahl

in den Kreisen Breslau, Neumarkt und Oels.

Warum schon wieder wählen?

In den Kreisen Breslau-Land, Neumarkt und Oels muß am Sonntag nach Pfingsten schon wieder gewählt werden. Durch das Ausscheiden einer Reihe von Gemeinden aus diesen Kreisen anläßlich der Schaffung von Groß-Breslau ist die Neuwahl der Kreistage dieser Kreise notwendig geworden, ebenso wie in Breslau deshalb vorzeitig Gemeindewahlen stattfinden mußten. In Breslau waren aber die Gemeindewahlen mit den allgemeinen Wahlen zusammengelegt, so daß die Wähler alle Wahlen in einem Wahlakt erledigen konnten. In den drei genannten Kreisen ist das nicht der Fall. Es herrscht deshalb ziemlich großer Unwille in der Wählerschaft, weil man sie 14 Tage nach der allgemeinen Wahl schon wieder an die Wahlurne ruft.

Um jeder Legendenbildung vorzubeugen und damit die Vorwürfe wegen dieser Regelung nicht an die falsche Adresse gerichtet werden, teilen wir mit, **daß diese Regelung auf den bisherigen Reichsinnenminister, den Deutschnationalen Keudell, zurückzuführen ist.** Das geht aus dem nachstehenden Briefe hervor, in dem eine Mitteilung des preußischen Ministeriums des Innern wiedergegeben wird, daß die Anberaumung der Wahlen auf den 20. Mai nicht möglich ist, weil die notwendigen Anordnungen durch den Reichsinnenminister v. Keudell nicht mehr herbeigeführt werden können. Ferner geht aus dem Brief hervor, daß die Sozialdemokratische Partei sich rechtzeitig bemüht hat, den Wählern diese Unannehmlichkeit zu ersparen und die Zusammenlegung der Wahlen zu erreichen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Abschrift.

Der Regierungspräsident. Breslau, den 12. April 1928.

Auf die fernmündliche Anfrage teile ich ergebenst mit, daß nach einer Entscheidung des Herrn preußischen Ministers des Innern die von mir dringend empfohlene Anberaumung der Kreistagswahlen in den Kreisen Breslau, Neumarkt und Oels auf den 20. Mai d. J. unmöglich ist, weil eine dazu erforderliche Anordnung des Reichsministeriums des Innern nicht mehr herbeigeführt werden kann.

J. A.: gez. Dr. Schwendy.
Beglaubigt
gez. Sagner, Reg.-Kanzlei-Assistent.

An den
Bezirksparteivorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Breslau, Margaretenstr. 17.

Aufgaben für die Kreise.

Von Hermann Kranold-Steinhaus.

Die preußischen Landkreise sind Selbstverwaltungskörper, die ursprünglich nur ganz wenige Aufgaben hatten. Neuerdings mehren sich aber ihre Pflichten; und das ist gut so, denn dadurch wird der Gedanke der Selbstverwaltung auf dem Lande der Verwirklichung näher gebracht, als es meist möglich wäre, wenn als Träger der Selbstverwaltungsarbeit hauptsächlich die Landgemeinden wirken würden. Diese sind klein, arm, zum Teil von wenig erfahrenen Leuten geleitet; und eine gewisse Einheitlichkeit der Arbeit in größeren Gebieten wird auch dem vorteilhaft erscheinen, der an sich für zentralistische Regelungen vom grünen Tisch nicht schwärmt.

Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, daß die Kreise sich nicht unter allen Umständen auf diejenigen Arbeiten beschränken, die ihnen durch Gesetz als Pflichten auferlegt sind. Der Kreis als Kommunalverband hat die doppelte Aufgabe, die Produktivität der Wirtschaft zu heben und durch Kultur- und Sozialpolitik am Fortschritt der Zivilisation mitzuwirken; das steht in keinem Gesetz als Bestimmung der Aufgabe des Kreises zu lesen, aber es ist der in der Sache „Kreis" selbst steckende Sinn, und Aufgabe der Verwaltungsbeamten einerseits, der Kreistage und der Kreisausschüsse andererseits ist es, diesem Sinn der Kreisorganisation gerecht zu werden. Mögen sich dagegen auch manche Widerstände geltend machen: nun, dazu, daß sie überwunden werden, sind sie da. Mag auch die Vorschrift der Kreisordnung, daß die Beschlüsse des Kreistags zur Inangriffnahme nicht durch gesetzespflicht bedingter Arbeiten mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden müssen, manchmal ein schweres Hemmnis gerade für fortschrittliche Kreisleitungen sein: nun, dazu, diese Zweidrittelmehrheit zu schaffen, sind die Wahlen da, und die Sozialdemokratische Fraktion in den Kreistagen wird alles tun, um eine solche Zweidrittelmehrheit ihrerseits herbeizuführen, wenn nur die Wähler zum Kreistag durch Wahl recht vieler Sozialdemokraten ihn selbst das Ihrige dazu tun. Ueberdies besteht die Hoffnung, daß die während der Amtszeit des neuen preußischen Landtags nun wohl endlich kommende Reform der Kreisordnung mit dieser vorsintflutlichen Bestimmung aufräumt. Sie stammt aus Zeiten, in denen reaktionäre Gesetzgeber allem, was nach Selbstverwaltung aussah, aufs Aeußerste feindlich gegenüberstanden, wenn sie auch vor dem Schatten des Begründers der Selbstverwaltung in Preußen, des Freiherrn vom Stein, in Gelegenheitsreden tiefe Reverenz zu machen pflegten. Aber es ist charakteristisch, daß man selbst in jenen Zeiten finsterster Reaktion in der inneren Politik Preußens den Städten in den Städteordnungen solche Knebel anzulegen nicht wagte; das platte Land war gut genug, solche reaktionären Gewalttaten zu erdulden. Um so wichtiger ist es, daß wir hoffen dürfen, daß diese Karrikatur auf das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Kreise nun bald die gesetzliche Geltung verlieren dürfte.

Aber inzwischen dürfen wir uns nicht auf bloßes Warten beschränken. Unsere Forderungen sind dringend, und ihre Erfüllung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das sei an einigen Beispielen gezeigt:

1. Die meisten Kreise Schlesiens sind in den letzten Jahren von schweren Hochwasserschäden betroffen worden. Unter der Voraussetzung, daß der Kreis sich an dem Aufwand beteiligt, haben Staat und Provinz großzügig Hilfsgelder für die Geschädigten zur Verfügung gestellt; zum Teil handelt es sich um Darlehen, die nur ganz niedrig (mit 2 Prozent jährlich) verzinst werden müssen und erst nach und nach zurückgezahlt zu werden brauchen, zum Teil handelt es sich auch um geschenkte Summen. Bei der Bestimmung, wem das Hilfsgeld geschenkt werden sollte, konnte eine von sozialem Geiste bestimmte Kreisleitung viel tun. Wir haben es im Kreise Sprottau so gemacht, daß wir im allgemeinen ein Drittel der für Schenkungen zur Verfügung stehenden Summe denjenigen Betrieben gegeben haben, die mehr als 80 Prozent des Wertes der Jahresernte verloren hatten, ein Drittel denjenigen Betrieben, die weniger als 20 Morgen Land haben, und ein Drittel den Meliorations- und Bodenverbesserungsgenossenschaften. Leider ist ja nun bei dem gegenwärtigen Stande des Hochwasserschutzes und der Landesmelioration in Schlesien mit mehrmaliger Widerkehr derartiger Katastrophen für die nächsten Jahre noch zu rechnen. Es ist also an der Zeit, allgemein derartige Grundsätze herauszubilden; man wird sagen dürfen, daß auf diese Weise der wirklichen Not in der Landwirtschaft abgeholfen und gleichzeitig an der Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität gearbeitet wird. Einen allgemeinen Erlaß herbeizuführen, haben wir keinen Anlaß, denn dann würden auch zwei Gruppen beschenkt werden, bei denen dies zwar auf öffentliche Kosten, aber im Gegensatz zum öffentlichen Interesse geschehen würde: einmal die Großbetriebe, die kaum je den obigen Bedingungen entsprechen werden, und dann diejenigen Betriebe, die an sich nicht mehr zu retten sind und bei denen nicht der Bauer, sondern die Konkursgläubiger das Geschenk empfangen würden. Es ist ohne weiteres klar, wie wichtig es ist, daß in der Entscheidung dieser Dinge eine starke Sozialdemokratie auf die Kreisverwaltung Einfluß ausüben kann.

2. Eine der wichtigsten ehrenamtlich tätigen Personen in den östlichen Kreisen Preußens ist der Amtsvorsteher. Uebt doch in erster Linie er die Polizeigewalt aus. Nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist seine Tätigkeit äußerst einflußreich und wirksam. Er kann die politische Neutralität der Wahlen sichern, er kann überflüssige Bagatellprozesse um Wasser- und Wegerechte verhüten, er kann aber auch, wenn er sein Amt als Anhänger konterrevolutionärer Ideen führt, auf all diesen Gebieten unendlichen Schaden tun. Die Amtsvorsteher wählt nun der Kreistag. In den ersten zehn Jahren der Republik Preußen hat die zum Teil noch stark reaktionäre Zusammensetzung der Kreistage verhindert, daß mit all den Amtsvorstehern, die ihr Amt zur Förderung ihrer eigenen politischen Neigungen benutzen, gründlich aufgeräumt wurde. Die Amtsvorsteher sind in Preußen der einzige wählbare Teil der Polizei; es muß deshalb für eine Zusammensetzung der Kreistage gesorgt werden, die eine republikanisch-verfassungstreue Arbeit dieser Polizeibehörden sicherstellt.

3. Immer mehr entwickelt sich heute der Kreis als Träger der Wohlfahrtspflege in seiner Funktion als Bezirksfürsorgeverband. Im allgemeinen ist jetzt dessen Tätigkeit, soweit sie sich auf die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben erstreckt, organisatorisch einigermaßen in Ordnung. Anders muß das Urteil leider aber in manchen Fällen lauten, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob die Wohlfahrtspflege vom Bezirksfürsorgeverband und seinen Beamten und Angestellten auch in sozialem Geiste, mit guter Sachkenntnis und unter Rücksicht auf die Pflicht der Vorbeugung geübt wird. Nach meiner Ansicht fehlt hier noch viel. Oft ist schematische Erledigung möglichst vieler Geschäftsnummern die einzige Regel; vielfach ist Verhütung von Beschwerden und Vermeidung des Anstoßes bei einflußreichen Interessenten eine Richtschnur der Arbeit. Namentlich in der Ausübung der Amtsvormundschaft macht sich oft ein derartiger Geist breit. Um Geldbelastungen des Bezirksfürsorgeverbandes zu vermeiden, werden Alimentenprozesse mit einer Schärfe durchgeführt, die oft die Gefahr des Meineides über die Kindsmutter heraufbeschwört. In allen diesen Dingen, wenn nötig auch durch einschneidende Personalveränderungen, durchgreifend sozialen Auffassungen zur Geltung zu verhelfen, ist eine wichtige Aufgabe der Kreisausschüsse. Dazu kommt, daß die Aufgaben der Wohlfahrtspflege keineswegs erledigt sind, wenn ein Bezirksfürsorgeverband seinen gesetzlichen Obliegenheiten nachkommt; grade hier ist es nötig, weit über das gesetzliche Mindestmaß der Arbeit hinauszugehen: Gesundheitspflege, Erholungsfürsorge, Bedürftigenspeisungen, Zahnpflege im Jugendalter, Kampf gegen die Schwindsucht und gegen die grade in manchen Teilen Schlesiens so ungeheuer verbreiteten Verkrüppelungen durch Tuberkulose der Knochen und Gelenke und durch die sogenannte englische Krankheit, gegen den Alkoholismus und all seine furchtbaren Begleiterscheinungen, gegen die seuchenähnlich um sich greifenden Kröpfe usw., das sind Aufgaben, in denen man in unserer Provinz erst am Anfange steht.

Schön ist es, daß man sich allerseits bemüht, die Fürsorge-Erziehung menschlicher und damit zugleich erfolgreicher zu machen; wichtiger wäre eine rechtzeitig auch mit kostspieligen Mitteln eingreifende Jugendpflege, die das Anordnen der Fürsorge-Erziehung überflüssig macht, d. h. eine Jugendpflege, die sich nicht darauf beschränkt, Volkstänze und Volksgesang zu verbreiten und das Wandern und Spielen zu fördern, sondern die den einzelnen Fällen von Gefährdung nachgeht und eingreift, so lange es noch Zeit ist. Auch die Volksbildungsarbeit muß gerade vom Kreise aus gefördert werden, das volkstümliche Büchereiwesen, die Ausbreitung der Volkshochschularbeit auf das Land bedürfen dringend seiner Hilfe; kurz, es gibt kein Gebiet körperlicher, geistiger und sittlicher Wohlfahrtspflege, auf dem nicht noch ungeheure Aufgaben von den Kreisen zu lösen sind.

4. Auf dem Lande verwalten die Kreisausschüsse die Hauszinssteuer, die für Wohnungsbauten zur Verfügung steht. Hier ist es Zeit, endlich in weitestem Umfange damit Ernst zu machen, daß Wohnungen aus öffentlichen Mitteln nur für Minderbemittelte finanziert werden. Der Kenner der Verhältnisse weiß, daß gerade das Gegenteil, nämlich die Schaffung von Wohnungen für den gehobeneren Teil des Mittelstandes, bisher vorzugsweise geschehen ist. In dieser Praxis wird erst dann eine allgemeine Wandlung eintreten, wenn ein gründlicher Einfluß unserer Partei auf den Kreisausschuß überall erreicht worden ist.

* * *

Auch auf anderen Gebieten haben die Kreise große Aufgaben: die Besserung der Wegeverhältnisse durch Unterhaltung und Neubau von Chausseen, die Produktivierung der Straßen durch sachgemäße Obstbaumwirtschaft, die Verbesserung und Verbilligung der Baupolizei, die Bauberatung, die Förderung der landwirtschaftlichen Kleinsiedelung, die Hebung der Viehzucht durch bessere Durchbildung des Körwesens, die Förderung der bäuerlichen Versuchsringe, die entschiedene Arbeit an der Hebung der Landeskultur durch Meliorationen und ihre Folgeeinrichtungen, die Erziehung der Landwirte zur richtigen Unterhaltung der Gräben, die heute ihrer Aufgabe, das Land zu entwässern, in erschreckendem Umfange nicht genügen; das sind so einige aus dem riesigen Paket der Aufgaben der Kreise für die Gegenwart und nächste Zukunft. Man könnte die Aufzählung noch sehr verlängern, aber schon dieser Auszug beweist wohl, daß es für die zielbewußte Arbeit der Sozialdemokratie in Kreistag und Kreisausschuß Aufgaben genug gibt; es kommt nur darauf an, daß die Wähler das auch einsehen und dafür sorgen, daß es in den Kreistagen und Kreisausschüssen für diese Aufgaben auch genug sozialdemokratische Arbeitskräfte gibt.

Wer zahlt Steuern im Kreise Neumarkt?

Interessante Feststellungen des Neumarkter Fianzamtes.

In dem offiziellen Rechenschaftsbericht der Kreiskommunalverwaltung Neumarkt für das Geschäftsjahr 26/27 findet sich folgende interessante, auf Angaben des Neumarkter Finanzamtes beruhende Aufstellung über die Höhe des Reichseinkommensteuer-Soll.

	Lohnsteuer-Soll (Kalenderj. 25/26)	Gewerbetreib. und freie Berufe (Kalenderj. 25/26)	Landwirtsch. (Wirtschaftsjahr 25/26)
Neumarkt, Canth, Dt.-Lissa, Maltsch	260 148	274 000	4 400
Landgemeinden und Gutsbezirke . . .	219 271	64 100	88 000
Kreis Neumarkt	479 419	338 100	92 400

* * *

Diese Aufstellung zeigt ein sehr übersichtliches und sehr lehrreiches Bild von der Steuerbelastung der Landwirtschaft. Im Steuerjahr 25/26 haben die Landwirte des Kreises Neumarkt ganze 387 015 Mark weniger Einkommensteuer wie die Lohnempfänger, und 246 200 Mark weniger wie die, in diesem vorwiegend agrarischen Kreise (von dem Gesamt-Flächenraum des Kreises von 71 240 Hektar sind 51 869 Hektar Ackerland), dünn gesäten, Gewerbetreibenden und Freien Berufe gezahlt. Besonders drastisch kommt dieses Mißverhältnis aber zum Ausdruck, wenn man das Steuer-Soll der damals kreiszugehörigen Städte, bzw. Großgemeinde abzieht und lediglich die Ziffern der Landgemeinden und Gutsbezirke vergleicht. Dann kommt nämlich zum Ausdruck, daß die Landarbeiter mit ihren Hungerlöhnen, die hier natürlich den Hauptanteil des Lohnsteuer-Aufkommens stellen, 129 271 Mark mehr Einkommensteuer zahlen, wie ihre Brotgeber. Wer in der kreiskommunalen Steuerpolitik steuerliche Gerechtigkeit anstrebt, die dieses Mißverhältnis ausgleicht, der stimmt am 3. Juni bei den Kreistagswahlen

Liste 1.

Der Leitartikel:
Was sollen wir nun tun?
befindet sich auf Seite 3, Hauptblatt

Die Gründe für die Niederlage des Zentrums.

Uns wird aus Berlin geschrieben:

Das Wahlergebnis vom 20. Mai ist für die Zentrumspartei eine ernste Warnung. Sie hat zwar nur sieben Mandate, das heißt weit über 400 000 Stimmen, verloren, aber diese Einbuße ist geeignet, größeres Aufsehen zu erregen als ein gleicher Verlust bei irgend einer andern Partei. Denn man hatte sich bereits daran gewöhnt, das Zentrum als eine Art konstante politische Größe zu betrachten, deren Wählerzahl zwar leichten Schwankungen ausgesetzt sein konnte, niemals aber erhebliche Verschiebungen erfahren würde. Das Schlagwort vom „Zentrumsturm", der höchstens leichte „Risse" erleidet, aber in allen Stürmen unerschüttert dasteht, erfährt somit zum ersten Male seit Jahrzehnten eine Widerlegung.

Es stimmt keineswegs, daß die Tatsache des „Regierens" die Position des Zentrums erschüttert hat. Das Zentrum hat seit der Revolution ununterbrochen regiert, und zwar in Zeiten, die ungleich bewegter und gefährlicher waren als die vergangene Legislaturperiode. Selbst bei den Inflationswahlen von 1924 hatte das Zentrum, obwohl es für die Ruhrpolitik mitverantwortlich und nicht zuletzt durch keinen Finanzminister Hermes schwer belastet war, die Probe relativ besser überstanden, als es jetzt geschehen ist. Dabei kann man nicht einmal behaupten, daß große aufrüttelnde Ereignisse sich in den Jahren 1924 bis 1928 abgespielt haben, die die Wählerschaft in Aufruhr bringen konnten, wies es bei der Inflation der Fall war. Im Gegenteil, die Führerschaft des Zentrums bildete sich sogar ein, daß die infolge des Scheiterns des Schulgesetzes erzwungene vorzeitige Auflösung des Reichstages für die katholischen Volksschichten eine besonders günstige Wahlparole wäre, die alle inneren Differenzen überwinden lassen würde.

Das hat sich als eine verfehlte Spekulation erwiesen. Wie überhaupt der Fehler des Zentrums vor allem darin liegt, daß es in den letzten Jahren das Schwergewicht seiner politischen Handlungen vom Wirtschaftlichen und Sozialen auf das Kulturell-Religiöse verlegt hatte. Gewiß ist das religiöse Band das stärkste, wenn nicht sogar das einzige, das die Zentrumspartei zusammenhält. Aber von dem Augenblick an, wo der hohe Klerus die große politische Linie des Zentrums entscheidend zu beeinflussen begann, wurden die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben vernachlässigt; und das war um so gefährlicher, als das Gros der Zentrumswählerschaft aus Proletariern besteht, denen die materiellen Sorgen mindestens ebenso wichtig sind wie die seelischen Bedürfnisse.

Es ist überhaupt gefährlich, im zwanzigsten Jahrhundert, im Zeitalter des rasenden technischen Fortschrittes, das religiöse Moment zu überschätzen. Man kann mit kirchlichen Parolen die Gläubigen eine Zeit lang in Spannung halten, auf die Dauer gewinnen die Klassenkampfinstinkte, die oft nur unbewußt in jedem Menschen schlummern, doch die Oberhand. Der Fehler des Zentrums bestand aber darin, daß es im Interesse der Stärkung der katholischen Kirche ein rückschrittliches Reichsschulgesetz erstrebte und zu diesem Zweck die Rechtskoalition einging. Damit konnten nur die industriellen und agrarischen Kreise des Zentrums einverstanden sein, deren materielle Interessen im Bürgerblock gut aufgehoben waren. Die Masse der Zentrumswähler ertrug nur wider Willen diese Unterordnung ihrer materiellen Interessen zugunsten der kirchenpolitischen Pläne des hohen Klerus. Hätte nicht die scharfe Auseinandersetzung kurz vor den Wahlen zwischen den Gewerkschaftsführern Stegerwald-Imbusch und dem Reichskanzler Marx mit einem formellen Rückzug des letzteren geendet, dann würde die Rebellion im Zentrumslager noch viel schärfere Formen angenommen haben und das Wahlergebnis würde für das Zentrum noch wesentlich ungünstiger gewesen sein. Noch ein anderer Umstand hat übrigens die Zentrumsverluste wesentlich verringert: das Frauenwahlrecht. Die vielfach nach getrennten Geschlechtern vorgenommenen Wahlen haben die bisherige Erfahrung, daß viel mehr Frauen als Männer für das Zentrum stimmen, diesmal ganz besonders deutlich bestätigt. Aber das Zentrum möge sich in Acht nehmen; noch stehen die katholischen Frauen besonders stark im Banne des Beichtvaters. Aber auch diese Hörigkeit ist nicht jeder Belastungsprobe gewachsen. Auch die Frauen werden, je mehr sie die Nöte des Proletariats am eigenen Leibe spüren, sich der Erscheinungen der Neuzeit nicht verschließen; auch in den weiblichen Gehirnen schlummert der Klasseninstinkt, der vielleicht schwerer zu wecken ist als bei den Männern, weil der Gemütsfaktor, nämlich das religiöse Gefühl, bei ihnen eine stärkere Rolle spielt, der aber, einmal erweckt, um so leidenschaftlicher zum Durchbruch kommt.

Untersucht man die Einzelergebnisse im Reiche, so fällt vor allem auf, daß das Zentrum in allen seinen Hochburgen in West-, Süd- und Ostdeutschland zum Teil schwere Verluste erlitten hat (mit Ausnahme eines kleinen Stimmengewinns in Oberschlesien, offenbar auf Kosten der Polen). Uebrigens hat bezeichnenderweise und aus den gleichen Gründen wie das Zentrum auch die Bayrische Volkspartei starke Verluste zu verzeichnen, die sozial genau dieselben ländlichen Wählerschichten vertreten, aber das religiöse Moment zugunsten der wirtschaftlichen Forderungen zurückstellen.

Die Verluste des Zentrums sind zum Teil sehr stark: sie betragen in Köln-Aachen 72 000 Stimmen, in Westfalen-Süd 66 000 Stimmen, das heißt mehr als jedesmal ein volles Mandat. In Württemberg sind diese Verluste (43 000 Stimmen) prozentual sogar noch größer, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß dort das Zentrum auch in der Landespolitik — im Gegensatz zu Preußen — eine Rechtskoalition bildete. In Baden endlich hat das Zentrum 46 000 Stimmen eingebüßt, vor allem weil die badischen Lokalgrößen des Zentrums den Reichsfinanzminister des Bürgerblocks Dr. Köhler dem republikanischen Führer Dr. Wirth vorgezogen hatten. Da in Baden keine Partei nennenswerte Gewinne erzielen konnte, ist es offenkundig, daß die meisten dieser 46 000 Zentrumswähler von 1924 einfach zu Hause geblieben sind aus Protest gegen die Absägung Wirths. Sie haben sich damit solidarisch erklärt auch mit den scharfen Kritiken, die Dr. Wirth am Reichsschulgesetzentwurf geübt hatte, und sich um den Bannstrahl des Prälaten Dr. Schofer und des Landgerichtspräsidenten Dr. Baumgarten, diesen Fanatiker der Schulvorlage, nicht gekümmert. Wer weiß, wieviel Stimmen das Zentrum in Baden und im ganzen Reich noch mehr verloren hätte, wenn die Zentrumsleitung nicht in letzter Stunde Dr. Wirth nahezu als Spitzenkandidaten auf die Reichsliste gesetzt hätte!

Nicht an uns liegt es, die Lehren zu ziehen, die sich für das Zentrum aus dem 20. Mai ergeben. Uns als Partei könnte es eigentlich nur recht sein, wenn das Zentrum sich den Tatsachen verschließt und kulturellen Zielen nachjagt, die es nicht erreichen kann, weil sie dem Zeitgeist widersprechen: denn dadurch würde es uns in Zukunft immer größere Scharen von bisherigen Anhängern zutreiben. Aber für die Politik, die das Zentrum aller Voraussicht nach gemeinsam mit uns in der Regierung wird machen müssen, ist es von entscheidender Bedeutung, daß es die Lehren der Wahl erfaßt. Und diese Lehre lautet in eine kurze Formel zusammengefaßt: Nicht das Regieren als solches, sondern das „Bürgerblock-Regieren" hat das Zentrum den größten Verlust gekostet, den es seit vielen Jahren erlitten hat!

Der Reichsrat für den 11. August

Der Reichsrat nahm am Donnerstag den Antrag Preußens, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erklären, mit 47 gegen 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Gegen den Gesetzentwurf stimmten außer den Vertretern Bayerns und Württembergs die Provinzialbevollmächtigten Ostpreußens, Brandenburgs, Pommerns und Niederschlesiens. Stimmenthaltung übten Oberschlesien und Oldenburg.

Paragraph 2 des Gesetzes bestimmt, daß am Nationalfeiertag alle öffentlichen Gebäude mit den Nationalfarben zu beflaggen und in allen Schulen der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten sind.

Die Frage, ob der Gesetzentwurf verfassungsändernden Charakter habe, wurde vom Reichsrat mit 52 gegen 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen verneint. Die einfache Mehrheit zur Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag genügt.

Die Regierung klebt.

Amtlich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett beschloß in der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung unter voller Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten, zurzeit von einer Demission abzusehen und in Aussicht zu nehmen, am Tage vor dem Zusammentritt des Reichstages dem Herrn Reichspräsidenten seine Demission zu unterbreiten."

Die Strafanträge im Prozeß Schulz-Klapproth.

Stettin, 24. Mai. Im Revisionsprozeß Schulz-Klapproth stellte der Oberstaatsanwalt nach Beendigung seines ausführlichen Plädoyers folgende Strafanträge:

Angeklagter Schulz wegen versuchten Mordes sieben Jahre Zuchthaus;

Angeklagter Klapproth wegen versuchten Mordes fünf Jahre Zuchthaus und

Angeklagter Hein wegen Beihilfe zum Morde eineinhalb Jahre Zuchthaus.

Bei letzterem stellte der Anklagevertreter dem Angeklagten Hein in Aussicht, im Gnadenwege die Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Festungshaft und spätere Strafaussetzung zu befürworten.

Die Strafanträge im Prozeß Semmelmann.

Leipzig, 24. Mai. Im Hochverratsprozeß Braun, Semmelmann und Genossen hat der Vertreter der Reichsanwaltschaft in seinem heute gehaltenen Plädoyer die Angeklagten des Verbrechens des Hochverrats als überführt bezeichnet. Die Strafanträge gingen dahin: Dalista ein Jahr sechs Monate Gefängnis, 150 Mark Geldstrafe; Müller ein Jahr Festung, 100 Mark Geldstrafe; Oldenburg ein Jahr drei Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe.

Benesch in Berlin.

Berlin, 24. Mai. (Eigener Funkbericht.) Der tschechische Außenminister Benesch, der seit Freitag der vergangenen Woche in Berlin weilt, wird heute oder morgen nach Prag zurückkehren. Benesch hat seine Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin am Mittwoch abgeschlossen. Eine wichtige Rolle bei diesen Erörterungen hat das Sicherheitskomitee des Völkerbundes gespielt, dessen Vorsitzender Benesch ist und das im Juni seine nächste Tagung abhalten soll. Unter anderem wurde auch die sogenannte Mark-Prioritätenfrage eingehend durchberaten. Es handelt sich hierbei um die Aufwertung ehemaliger österreichischer Staatsanleihen, die auf Markbeträge lauteten und die nun aufgewertet werden sollen. Die tschechoslowakische Regierung will nur eine 12prozentige Aufwertung vornehmen, während der deutsche Aufwertungssatz 25 Prozent beträgt.

Wahrlich, ein christlicher Pfarrer!

Und ein Gericht, das kaum etwas an den Roheiten findet.

Dresden, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Im Dezember 1927 spielte sich in einem Dresdener Fürsorgeheim des Magdalenen-Hilfsvereins ein unglaublicher Vorgang ab. Der Direktor der Anstalt, Pfarrer Hickmann, versetzte einem weiblichen Fürsorgezögling sechs kräftige Hiebe mit einem Rohrstock auf das Gesäß. Das Mädchen konnte nach dieser Mißhandlung tagelang nicht sitzen und klagte sechs Wochen lang über Schmerzen. Der christliche Pfarrer wurde bis zur Klärung der Sache suspendiert.

Am Donnerstag hatte sich Hickmann vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten. Ihm wurden Züchtigungen in fünf Fällen zur Last gelegt. In vier Fällen hatte er weibliche Zöglinge mit einem Rohrstock auf das nur wenig bekleidete Gesäß geschlagen. Hickmann wurde trotzdem nur wegen gefährlicher Körperverletzung in fünf Fällen und wegen Beleidigung zu 350 Mark Geldstrafe verurteilt.

Eine vom Dresdener Jugendamt für eines der geschlagenen Mädchen geforderte Geldbuße von 200 Mark lehnte das Gericht ab.

Wie die Frauen gewählt haben

In den Städten Stuttgart, Ulm und Heilbronn waren Vorkehrungen für die gesonderte Zählung der von den weiblichen Wählern abgegebenen Stimmen getroffen. Daraus ergibt sich eine interessante Stufenleiter für die Gunst, in welcher die einzelnen Parteien beim weiblichen Geschlecht stehen. Von den in diesen drei Städten abgegebenen Stimmen entfielen auf die weiblichen Wähler bei den einzelnen Parteien: Christlicher Volksdienst 67,1 %, Zentrum 61,9 %, Deutschnationale 59,5 %, Volkspartei 58,1 %, Bauernbund 56,8 %, Deutsche Volkspartei 53,9 %, Deutschdemokraten 51,2 %, Wirtschaftspartei 50 %, **Sozialdemokratie 46,8 %**, Nat.soz. Arbeiterpartei 42,3 %, Kommunisten 40,7 %.

Diese Statistik zeigt, daß der Christliche Volksdienst seine Existenz als Partei lediglich dem Frauenwahlrecht zu verdanken hat. Das wäre noch deutlicher geworden, wenn auch in den Landbezirken die weiblichen Stimmen gesondert gezählt worden wären.

Auch Zentrum und Deutschnationale würden ohne das Frauenwahlrecht erheblich geschwächt worden sein. Wenig Gunst haben die weiblichen Wähler den Nationalsozialisten erwiesen, und ganz in Ungnade sind bei ihnen die Kommunisten gefallen. Eine gerechte Strafe für die taktlosen, ja rüpelhaften Agitationsmethoden dieser beiden extremen Gruppen.

Auch in Augsburg haben die Wahlen getrennt nach Geschlechtern stattgefunden. Dabei hat sich gezeigt, daß gerade jenen am heftigsten gegen die politische Gleichberechtigung der Frauen auftretenden Parteien das neue Wahlrecht am meisten nützt. Die Sozialdemokratie hat 16 609 männliche Stimmen und nur 14 663 weibliche Stimmen erhalten. Auf die Deutschnationalen entfielen 2613 männliche und 3496 weibliche Stimmen. Die Deutsche Volkspartei erhielt 9259 männliche und 15 734 weibliche Stimmen.

Die Hitlerbanden drohen mit neuen Gewalttaten.

Die Nationalsozialisten haben im Wahlkampf einige Erfolge gehabt, und das hat sie offenbar ganz außer Rand und Band gebracht. Wie sie den Wahlkampf mit Knüppeln und Mordinstrumenten führten, so denken sie, wie in einem Berliner Brief des „Völkischen Beobachters" großsprecherisch gesagt wird, auch in Zukunft zu arbeiten. Berlin trage wieder ein nüchternes Alltagsgesicht, die Nationalsozialisten aber fänden sich damit nicht ab. Die Wahlschlacht sei geschlagen, und nun heißt es nachhauen. Im Sommer sollen „die lieben Berliner ordentlich aufgemöbelt" werden. Dann sollen die Isidore keine Freude erleben, weil die Nationalsozialisten jetzt immun seien.

Straßenprügeleien unter dem Schutz der Immunität, das kann gut werden. Aber schließlich gib es in Berlin und anderen Städten Norddeutschlands auch noch eine preußische Polizei.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

143 (Nachdruck verboten.)

Paul befand sich auf der Rückreise nach Amerika, würde wahrscheinlich als Organisator nach Kalifornien gesandt werden, weil er diesen Teil des Landes am besten kannte. Er hatte in Paradise geheime Versammlungen abgehalten, bis er erwischt und vom Petroleumfeld vertrieben wurde, von dem Ort, wo er geboren und aufgewachsen war! Aber das schadete nichts; die Partei besaß auf dem Feld eine „Zelle", Literatur wurde vertrieben und auch gelesen.

Bunny seinerseits berichtete, was er in Wien erfahren, und wie sein Artikel über Rumänien gestohlen worden war.

„In den europäischen Hauptstädten", meinte Paul, „gibt es mehr Spitzel als Läuse. Höchstwahrscheinlich sitzt an irgend einem der Nachbartische ein Geheimagent und versucht, unser Gespräch zu belauschen. Mein Gepäck wird alle paar Tage durchsucht. Die Regierungen sind völlig idiotisch: sie versuchen, die Arbeiterbewegung zu zermalmen, steigern aber gleichzeitig ihre Rüstungen, bereiten sich auf den nächsten Krieg vor, der den Sieg des Bolschewismus ebenso unvermeidlich machen wird wie den Sonnenaufgang."

„Glaubst du wirklich, daß es noch einen Krieg geben wird, Paul?"

Paul lachte. „Frage deinen tüchtigen Schwager. Der wird es wissen."

„Er würde es mir nicht sagen, denn wir sprechen kaum miteinander."

„Die Arbeiter werden sein entsetzliches Opfer sein; jene Kapitalisten, die Munition erstellen, müssen dafür sorgen, daß die Munition verwandt wird, damit sie wieder neue herstellen können."

Bunny meinte, der Gedanke an einen neuen Krieg sei so schauerlich, daß man gar nicht daran denken könne.

„Deshalb denkt ihr auch nicht daran, und das erleichtert es den großen Geschäftsleuten, ihn vorzubereiten." Er dachte eine Weile nach und sagte schließlich: „Seitdem ich Europa bereise, habe ich häufig an jenen Abend gedacht, da wir uns zum erstenmal sahen. Erinnerst du dich daran, mein Sohn?"

Bunny bejahte. Paul fuhr fort: „Ich befand mich nicht im Wohnzimmer meiner Tante, sah die Leute nicht, die ihre Grundstücke verpachten wollten, stand draußen und hörte sie streiten. Jetzt, da ich in Europa herumreise, sage ich mir: das ist die Weltdiplomatie. Ein Streit um Petroleumpachten. Jede Nation hetzt die andere, verbündet sich, schwört, zusammenzuhalten, — aber noch vor der Nacht haben sie einander verraten und verkauft. Es gibt keine Lüge, die nicht ausgeheckt, kein Verbrechen, das nicht von ihnen begangen worden ist. Erinnerst du dich an die Rauferei?"

Wie gut Bunny sich daran erinnerte! Fräulein Snypp; — er hatte ihren Namen nicht gewußt, doch sah er vor sich ihr Gesicht, rot vor Wut: „Ich sage Ihnen, ich werde dieses Dokument nie und nimmer unterschreiben, nie und nimmer!" Und er sah auch Herrn Hank, den Mann mit dem Hackengesicht, brüllend: „Das Gesetz wird Sie zur Unterschrift zwingen!" Nur daß es für die europäische Diplomatie kein Gesetz gab. Und Frau Gearty, Paris Tante, ballte die Hände zur Faust, starrte Herrn Hank an, als hielte sie ihn bei der Kehle. „Und ihr seid die Leute, die für die Rechte der kleinen Grundstücke eintraten! Ihr wart für das Teilen, gleich und gleich, ihr Schlangen im Gras!"

„Diese Menschen", sprach Paul, „waren von Habgier geblendet, waren bereit, ihre eigenen Aussichten zu verscherzen, nur um andere zu schädigen. Sie taten es auch; ich glaube, du erzähltest es mir, sie warfen die Pacht mit deinem Vater fort. Und auch alle anderen auf dem Feld taten das gleiche. Ich weiß nicht, ob dir bekannt ist, daß, der Regierungsstatistik zufolge, für das Bohren auf dem Prospekt Hill mehr Geld verausgabt wurde, als das Petroleum einbrachte."

„Ja. Ich sah Bohrtürme, deren Plattformen einander taumelig vergurrten."

„Und dann der Krieg! Erinnerst du dich noch an den Lärm damals, wie wir zum Fenster liefen, an die Schlägerei?"

„Der eine rief: „Da hast du's, du verlogener gelber Hund!" und der andere: „Da, du feiger Lump!"

„Mein Sohn, das war ein kleiner Petroleumkrieg. Etliche Jahre später brach der große aus, und wenn du etwas an ihm nicht begreifst, so denke an das, was sich im Hause meiner Tante ereignet hat."

VI.

Es gab so viel zu sagen! Bunny erzählte die Geschichte von Eli; Paul hatte davon kein Wort gewußt. Meinte jedoch, er begreife alles, denn Eli sei stets hinter den Frauen her gewesen. Deshalb habe ihn Elis Predigen auch dermaßen abgestoßen: „Ich gönne ihm ja sein Mädchen", sagte Paul, „er aber verweigert mir das Recht auf das meine. Er predigt ein dummes asketisches Ideal, und geht dann hin und tut heimlich, was ihm beliebt."

Da war nun die Gelegenheit, nach der Bunny seit langem suchte. Er fiel mit der Tür ins Haus: „Paul, ich möchte dir etwas sagen: seit drei Jahren lebe ich mit einer Filmschauspielerin."

„Ich weiß, Ruth erzählte es mir."

„Ruth?!"

„Ja, sie las etwas darüber in den Zeitungen." Und als er die Gedanken des Freundes errieten, fügte Paul hinzu: „Ruth muß endlich lernen, daß diese Welt nicht ist, wie sie sie haben möchte, sondern so, wie sie eben ist."

„Wie stehst du zu solchen Dingen, Paul?"

„Mein Sohn, das kommt hauptsächlich darauf an, was du für das Mädchen empfindest. Wenn du es wirklich liebst und es dich liebt, so ist alles in Ordnung. Seid ihr glücklich?"

„Zuerst waren wir es; sind es auch jetzt noch, zum Teil. Das Unglück ist, daß sie die radikale Bewegung haßt. Selbstverständlich versteht sie nichts davon."

„Einige Leute hassen die radikale Bewegung, weil sie sie verstehen, andere, weil sie sie nicht verstehen." Und nachdem Bunny diesen Ausspruch verdaut hatte: „Du wirst entweder deine Ansichten ändern oder mit dem Mädchen brechen müssen. Etwas weiß ich bestimmt: es gibt in der Liebe kein Glück, das nicht auf der Harmonie der Ansichten aufgebaut ist. Sonst streitet man die ganze Zeit oder langweilt sich gegenseitig."

„Hast du je mit einer Frau gelebt, Paul?"

„Es gab in Angel City ein Mädchen, das mir gut gefiel, und das ich hätte haben können. Aber das war vor etwa zwei Jahren. Als ich dann erkannte, daß ich ein Bolschewik sei, und wußte, daß sie dies nicht ertragen würde, hatte das ganze keinen Sinn mehr. Man verstrickt sich in allerlei Gefühlen und vergeudet die Zeit, die man zur Arbeit braucht."

„Ich habe oft über dich im Zusammenhang mit diesen Dingen nachgedacht. Als wir uns kennenlernten, hattest du darüber Elis Ansichten."

(Fortsetzung folgt.)

Was sollen wir nun tun?

Für Einberufung eines außerordentlichen Parteitages.

Kr. Die praktisch-politische Frage des Augenblicks ist für die Sozialdemokratie die Frage, ob es ihr möglich ist, wenn sie als Siegerin im Wahlkampf sich anschickt, ihrerseits die Reichsregierung zu übernehmen, eine solche Regierung und eine solche Mehrheit zu bilden, die Gewähr bietet, daß den Interessen des von ihr vertretenen Proletariats in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Daß in erster Linie die Sozialdemokratie zur Schaffung der neuen Reichsregierung berufen ist, ist eine Konsequenz des parlamentarischen Systems. Der Aufgabe, wenigstens den Versuch zu einer Regierungsbildung zu machen, kann sie sich deshalb nicht entziehen.

An wen soll sie sich aber zur Unterstützung und Teilnahme wenden? Das ist die Frage. Denn da sie selbst die Mehrheit im Reichstage nicht besitzt, ist sie auf die Koalition mit anderen Parteien angewiesen.

Prüfen wir zuerst, ob es möglich ist, zusammen mit den Kommunisten eine Regierung zu bilden. Das ist natürlich nicht möglich, da auch Sozialdemokraten und Kommunisten nicht die Mehrheit im Reichstage haben und keine einzige bürgerliche Partei, auch nicht die Demokraten, bereit ist, mit den Kommunisten zusammen in eine Regierung oder auch nur eine Koalition einzutreten. Außerdem würden die Demokraten allein auch nicht ausreichen. Die Kommunisten ihrerseits würden aber ebensowenig mit den Demokraten zusammengehen, noch weniger mit einer anderen bürgerlichen Partei. Hinzu kommt, daß die Kommunistische Partei überhaupt zu praktisch-politischer Arbeit unfähig ist, solange sie sich nicht von Grund auf gewandelt hat. Darauf besteht aber zurzeit nicht die geringste Aussicht. Aus den gleichen Gründen kommt weder eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten und Kommunisten mit parlamentarischer Unterstützung durch die Demokraten und eventuell noch andere bürgerliche Links- oder Mittelparteien in Frage noch eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten und Demokraten mit kommunistischer Unterstützung. Auch eine solche Regierung mit Unterstützung bürgerlicher Mittelparteien, aber ohne Regierungsbeteiligung dieser, liegt außerhalb des Bereichs der Möglichkeit.

Die Sozialdemokratie ist daher, wenn sie eine Regierung und eine tragfähige Mehrheit schaffen will, gezwungen, sich an eine Reihe rechts von ihr stehender bürgerlicher Links- und Mittelparteien zu wenden. Wir haben die ziffernmäßig möglichen Kombinationen schon vor ein paar Tagen festgestellt und dabei hervorgehoben, daß zahlenmäßig im neuen Reichstag zwei Koalitionen möglich sein werden, an denen die Sozialdemokratie beteiligt wäre, die sogenannte Weimarer und die sogenannte Große Koalition. Heute müssen wir aber auch noch prüfen, ob diese beiden zahlenmäßig möglichen Koalitionen politisch möglich und lebensfähig sind. Und da müssen wir feststellen, daß die Weimarer Koalition wohl kaum lebensfähig ist: ihre Mehrheit ist zu klein, sie würde keine innere Kraft haben, da sie vor allen möglichen Zufällen bangen müßte. Wir können aber nur an einer Regierung teilnehmen, die entschlossen und energisch die Zügel in die Hand nimmt und ihr Programm mit Kraft durchführt. Eine Regierung, die selbst keine wirkliche Macht haben würde, kann auch uns keine Macht geben. Außerdem würde auch zum mindesten das Zentrum für diese Regierung nicht zu haben sein, selbst wenn man seine Furcht vor einer neuen Wahlniederlage infolge einseitiger Rechtsorientierung als sehr groß einschätzen wollte (was überdies eine Illusion wäre).

Es bleibt also für die Sozialdemokratie, wenn sie die Regierung bilden will, nur die Möglichkeit der Großen Koalition.

Es fragt sich nun, ob unter diesen Umständen die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeitsklasse, der sozialistischen Bewegung insgesamt und in ihrem eigenen Interesse nicht besser tut, überhaupt auf die Regierungsbeteiligung zu verzichten. Denn die Teilnahme an der Regierung der Großen Koalition bedeutet nicht nur, daß sie mit dem Zentrum in einer Regierung zusammenarbeiten muß, was nach der Rechtsentwickelung des Zentrums in den letzten Jahren an sich schon außerordentlich schwierig und für die Sache der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie eine erhebliche Belastung ist, sondern es bedeutet auch, daß die Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei, der politischen Vertretung der Großindustrie und des industriellen Unternehmertums zusammenarbeiten muß. Es sind deshalb Gründe genug vorhanden, um über die Nützlichkeit einer solchen Zusammenarbeit für die Arbeiterklasse und ihren Wert für die Partei und ihre Machterweiterung, Entwickelung und Stärkung, ja auch über ihre bloße Möglichkeit recht skeptisch zu denken, zu befürchten, daß einmal eine solche Zusammenarbeit kaum Dauer haben wird und daß sie außerdem der Sozialdemokratie Fesseln anlegen wird, die ihr ein positives Wirken für die Interessen der Arbeiterklasse unmöglich machen wird.

Wir wollen deshalb einmal fragen, was werden wird, wenn die Sozialdemokratie sich nicht an der Regierung beteiligt. Wir haben neulich gesehen, daß dann zahlenmäßig zwei andere Möglichkeiten der Regierungs- und Mehrheitsbildung bestehen: nämlich zwei verschiedene Arten des Bürgerblocks, entweder ein Bürgerblock mit Nationalsozialisten aber ohne Demokraten oder ein Bürgerblock mit Demokraten aber ohne Nationalsozialisten. Die erstgenannte Bürgerblockregierung würde kaum lebensfähig sein. Einmal wäre auch ihre Mehrheit sehr gering, und in sich schon recht schwach, außerdem aber sind Zentrum und Deutsche Volkspartei außenpolitisch mit den Nationalsozialisten nicht auf eine Linie zu bringen. Endlich ist die Frage der Außenpolitik für die Nationalsozialisten keine Frage, in der sie sich in der Koalition überstimmen lassen kann. Denn die Frage der Außenpolitik ist für diese Partei die Lebensfrage. Die außenpolitischen Fragen werden aber gerade in den kommenden Jahren wieder eine große Rolle spielen und im Vordergrund des politischen Interesses und Kampfes stehen.

Die andere Spielart des Bürgerblocks erscheint dagegen unter gewissen Umständen wohl lebensfähig. Er würde über eine ausreichende Mehrheit verfügen, und wenigstens unter Umständen würde auch eine Zusammenarbeit der Deutschnationalen und Demokraten möglich sein. Wir trauen in dieser Beziehung sowohl den Deutschnationalen als auch den Demokraten eine große Anpassungsfähigkeit zu. Freilich werden die Demokraten nur unter ganz bestimmten Umständen und nur sehr ungern zur Teilnahme an einer solchen Regierung oder zu ihrer Duldung bereit sein. Das gilt sogar, wenigstens fürs erste, wohl auch für das Zentrum. Die Möglichkeit einer solchen Regierung besteht daher nur sehr bedingt.

Dann ist also, wenn die Große Koalition nicht zustande kommt, eine andere Regierung unter Umständen wohl überhaupt nicht möglich? Fast sieht es so aus; unter gewissen Umständen ist es sogar sicher so. Es wird dann nur die Möglichkeit der neuen Auflösung des Reichstages bestehen. Somit gibt es, für den Fall den Nichtzustandekommens der Großen Koalition zwei Möglichkeiten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Die sofortige Wiederauflösung des Reichstages und unter Umständen den gemäßigten Bürgerblock.

Beide Möglichkeiten sind für die Sozialdemokratie nicht gerade günstig. Der gemäßigte Bürgerblock würde notgedrungen sehr vorsichtig operieren müssen und deshalb wahrscheinlich eine ziemlich gemäßigte Politik treiben. Er würde der Opposition daher relativ wenig wirklich wirksamen Agitationsstoff bieten und ein Wahlkampf gegen ihn wäre deshalb jedenfalls schwerer zu führen als der jüngst erlebte. Schon dieser Wahlkampf mit seiner Fülle wirksamsten Agitationsstoffes aber hat kein wirklich entscheidendes, umwälzendes Ergebnis gehabt. Ein Wahlkampf gegen den gemäßigten Bürgerblock aber würde kaum ein besseres Ergebnis haben. Auch ein neuer Wahlkampf in ein paar Wochen nach sofortiger Wiederauflösung des Reichstages wäre für uns nicht günstig. Geben wir uns doch keinen Illusionen hin: ein großer Teil der Wähler, die uns ihre Stimmen gegeben haben, besteht nicht aus klassenbewußten, politisch geschulten Arbeitern. Sie würden über die Zumutung, sobald wieder wählen zu müssen, empört sein, und die Agitation würde sie langweilen. Zudem würden sie uns die Schuld an dieser Unannehmlichkeit geben, wenn sie hören, daß die Reichstagsauflösung notwendig wurde, weil wir nicht in die Große Koalition eintreten wollten. Gewiß trifft das alles auch die gegnerischen Parteien, ob aber in gleicher Stärke bleibt zweifelhaft. Außerdem erwartet die Wählerschaft von dem neuen Reichstag fühlbare Erleichterungen, und sie wird sehr unmutig werden, wenn sie aus solchen Gründen ausbleiben. Zum mindesten also würde uns eine solche Reichstagsauflösung kaum weiterbringen, kaum noch einen neuen Erfolg über unseren jetzigen hinaus verschaffen, wenn wir auch an einen Mißerfolg nicht glauben. Bleibt der neue Erfolg aber aus, so ist nachher alles, wie es jetzt ist, und wir stehen wieder vor derselben Frage wie heute. Endlich würde dadurch das parlamentarische System stark kompromittiert und den faschistischen Neigungen in unserem Volke, die besonders in der herrschenden Kapitalistenklasse schon wieder zu wachsen beginnen, Vorschub geleistet werden.

Es kann daher nicht zweifelhaft sein, daß von dieser Lage im neuer Reichstag aus ein gewisser Zwang auf uns ausgeht. Allerdings wird der gleiche oder ein ähnlicher Zwang von dieser Lage auch auf die bürgerlichen Parteien ausgeübt, die für die Große Koalition in Frage kommen. Es wäre auch für das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei ein schwerer Nachteil, wenn auf Grund ihres Verhaltens der Reichstag wieder aufgelöst werden müßte, und es wäre für die Demokraten doch immerhin ein sehr saurer Apfel, wenn sie mit in eine Bürgerblockregierung eintreten müßten, auch für das Zentrum wäre das nach den Erfahrungen in dieser Wahl nur schwer tragbar. Man braucht deshalb wohl kaum befürchten, daß die anderen mit Absicht auf eine jener Möglichkeiten lossteuern werden. Im Gegenteil; diese Lage wird sie eher zu gewissem Entgegenkommen bereit machen. Die Demokraten z. B. agitieren deshalb jetzt so eifrig für die Große Koalition, weil sie in dieser Kombination für sich die einzige Möglichkeit der Rettung vor weiterem Zusammenbruch ihrer Partei sehen. (Das ist für uns allerdings kein Grund, ihnen entgegenzukommen.)

Was haben wir nun an Schädigungen für die Partei und die Arbeiterbewegung zu befürchten, wenn wir in die große Koalition eintreten? Das hängt ganz davon ab, wie diese Regierung zusammengesetzt sein wird, wie ihr Programm lautet und wie sie dann praktisch arbeitet. Entspricht das unseren Mindestbedingungen, so wird die Schädigung der Partei nicht groß sein, ja es ist dann sogar leicht möglich, daß uns, wenn wirklich gute Arbeit geleistet wird, wenn wir Sozialdemokraten genügend Einfluß und Macht bekommen, dann daraus umgekehrt eine nicht unerhebliche weitere Stärkung unserer Bewegung, auch innere Stärkung erwachsen wird. Man darf die heutige Lage nicht mit der von 1923 vergleichen. Der schwere Rückschlag, den wir im Mai 1924 erlitten haben, war die Folge ganz besonderer einmaliger Umstände, die heute nicht mehr vorhanden sind und auch nicht wiederkehren werden, nämlich der nationalistischen Erhitzung des deutschen Volkes durch den Ruhrkampf und der verheerenden Wirkungen der Inflation, der nicht minder für die Arbeiterklasse zuerst schlimmen Wirkungen der Stabilisierung und Deflation. Außerdem haben wir damals tatsächlich einen großen Fehler gemacht; wir waren viel zu gouvernemental, auch als man uns schon ziemlich unsanft aus der Regierung gedrängt hatte. Das gilt für das ganze Jahr 1924, wie für den Winter 1923 und 1924. In der Regierung der Großen Koalition von August bis November 1923 waren wir tatsächlich nicht mehr als ein Aushängeschild. Wirklichen Einfluß übten wir nicht aus. Das darf sich natürlich auf keinen Fall wiederholen. Aehnlich war es dann 1924, als die Regierung von uns geduldet wurde. Uebrigens konnte es 1924 auch gar nicht anders sein. Denn damals und auch später noch war das Kräfteverhältnis im Reichstage so, daß wir immer nur ein Aschenbrödel in der Regierung gewesen wären. Deshalb war der Schreiber dieser Zeilen auch während der letzten vier Jahre durchweg gegen eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der großen Koalition. Hinzu kam noch, daß damals die Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften, viel zu geschwächt waren, um der Sozialdemokratie eine wirksame Stütze sein und ihr in der Regierung das nötige Gewicht geben zu können. Aber in diesem neuen Reichstage ist das Kräfteverhältnis wesentlich zu unseren Gunsten verändert. Jetzt besteht nur unter ganz bestimmten Umständen überhaupt die Möglichkeit der Bildung einer anderen Regierung, und das ist zudem noch eine Regierung, die für keine der beteiligten Parteien eine Freude sein wird. Das darf man nicht verkennen, wenn hier auch offen zugestanden wurde, daß die Möglichkeit der Bildung einer gemäßigten Bürgerblockregierung unter gewissen Umständen immerhin gegeben ist. Aber auch diese Möglichkeit besteht nicht, wenn die Demokraten fest bleiben und wenn wir sie nicht durch unsere Politik direkt nach rechts drängen. Ueberdies ist aber inzwischen die Arbeiterbewegung auch außerparlamentarisch wieder sehr erstarkt, und es stehen deshalb heute ganz andere Kräfte hinter den Ministern, die wir stellen, wie hinter unserer Fraktion, als das früher der Fall war. Deshalb ist es uns heute zweifellos viel leichter, uns in einer solchen Koalitionsregierung durchzusetzen, und deshalb können wir heute auch ganz andere Bedingungen für unsere Regierungsbeteiligung stellen. Das müssen wir freilich auch tun.

Gewiß ist es richtig, daß es vor allem für uns auch darauf ankommt, die Arbeiterbewegung und deshalb die Partei zu stärken, insbesondere auch die Arbeiterbewegung innerlich zu konsolidieren, indem wir die kommunistische Bewegung geistig und durch unsere praktische Arbeit für die Arbeiterklasse überwinden. Gewiß ist es daher auch falsch, eine Politik zu machen, die den Kommunisten die Arbeiterwähler zutreibt. Aber es ist nicht richtig, daß das auf jeden Fall durch unsere Beteiligung an der Großen Koalition bewirkt werden muß. Die Erlebnisse der letzten Wahlen sprechen eine andere Sprache. Gerade in Sachsen, wo unsere Partei den reinen Oppositionsstandpunkt einnimmt und seit Jahren dauernd in schärfster Opposition sich befindet, haben die Kommunisten am 20. Mai ebenso stark zugenommen, wie in Preußen und unsere Partei sogar relativ weniger als in Preußen. Die Oppositionsstellung hat uns also zum mindesten nicht davor bewahrt, daß auch die Kommunisten stark angewachsen sind, ebensowenig hat das freilich auch unsere Teilnahme an der Regierung in Preußen. Das Anwachsen der KPD. ist eben überhaupt nicht durch unsere Stellung zur Regierungfrage verursacht worden, sondern durch ganz andere Umstände. Ich sage ausdrücklich, unsere Oppositionsstellung hat uns nicht davor bewahrt, ich sage nicht, unsere schärfere Klassenkampfstellung in den letzten Jahren. Denn in Wahrheit haben wir auch früher, vor dem Rückschlag von 1924, den Klassenkampf ebenso scharf geführt wie nach 1924. Nur die Mittel waren andere. Denn auch die Teilnahme an der Regierung ist ein Mittel des Klassenkampfes und geschieht bewußt zum Zweck der Ausfechtung des Klassenkampfes.

Endlich sei noch folgendes festgestellt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist auch auf sozialpolitischem Gebiet heute zwischen Zentrum und der Deutschen Volkspartei kaum noch ein Unterschied. Das Zentrum hat sich in den letzten Jahren so sehr nach rechts entwickelt, daß ein Unterschied zwischen ihm und der Deutschen Volkspartei in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung kaum noch besteht. Die Frage, ob die Deutsche Volkspartei in die Regierung mit einbezogen werden kann, ist deshalb heute müßig. Die Frage ist nur, ob wir überhaupt an einer Regierung mit den bürgerlichen Mittelparteien teilnehmen wollen und können, oder nicht.

Abschließend kann diese Frage heute noch nicht beantwortet werden. Man kann sie erst beantworten, wenn wir die zu erwartende Zusammensetzung der Regierung und ihr Programm kennen, wenn wir das Maß der Zugeständnisse kennen, daß diese Parteien uns zu machen bereit sind. Gesagt aber kann und muß heute schon werden, daß wir uns jedenfalls nicht von vornherein einfach ablehnend verhalten können, daß wir zu Verhandlungen und dazu bereit sein müssen, an der Großen Koalition teilzunehmen, wenn unsere Mindestforderungen in personeller und sachlicher Hinsicht angenommen werden. Auf diese Mindestforderungen wird noch zurückzukommen sein.

Die letzte Entscheidung wird also erst später fallen können, und auch wir werden erst endgültig Stellung nehmen können, wenn das Verhandlungsergebnis über die Regierungsbildung vorliegt. Es geht aber nicht an, daß über diese Frage, die für die weitere Entwickelung unserer Partei von hervorragender Bedeutung ist, die leitenden Parteiinstanzen, Parteivorstand und Reichstagsfraktion, allein entscheiden. Es ist notwendig, daß die Delegierten der ganzen Partei sich über diese Frage gründlich miteinander aussprechen und daß die oberste Instanz der Partei, der Parteitag, letzten Endes die Entscheidung fällt. Das ist auch deshalb notwendig, damit diese Entscheidung bei allen Parteigenossen das notwendige Gewicht hat und auch in der Arbeiterschaft als lebensnotwendig empfunden wird. Wir schließen uns deshalb der Forderung nach Einberufung eines außerordentlichen Parteitages für die Zeit nach Abschluß der Verhandlungen über die Regierungsbildung in vollem Umfange an.

Bisher keine Verhandlungen.

Die „Tägliche Rundschau" des Herrn Stresemann schreibt zu den fortgesetzten Kombinationen ihrer deutschnationalen Freunde:

„Soweit bisher Namen genannt worden sind, handelt es sich um reine Kombinationen. Man kann nur als feststehend betrachten, daß bei der Neubildung der Regierung für das Amt des Reichskanzlers ein Vertreter der Sozialdemokratie in Frage kommt."

Irgendwelche Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien über die Gestaltung der neuen Regierung haben bisher nicht stattgefunden. Die Führer der bürgerlichen Mittelparteien sind überhaupt nicht in Berlin anwesend.

Ein büßender nationaler Verleumder

Dem preußischen Ministerpräsidenten war kürzlich im völkischen „Deutschen Tageblatt" eine Wohnungsschiebung vorgeworfen worden. Braun erhob daraufhin Klage; der verantwortliche Redakteur wurde zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Beklagte legte zunächst Revision ein. Inzwischen hat sich dieser Ehrenmann jedoch von der völligen Haltlosigkeit der gegen den preußischen Ministerpräsidenten erhobenen Vorwürfe überzeugt. Er nahm deshalb die Berufung zurück.

Der amtliche Bericht

über die Phosgen-Erkrankten.

Hamburg, 24. Mai. Die staatliche Pressestelle teilt mit: Von den in die Hamburgischen Krankenhäuser eingelieferten Kranken konnten im Laufe des gestrigen Tages weitere 27 entlassen werden. Es befinden sich heute vormittag in den Krankenhäusern noch 132 Kranke, von denen 11 mittelschwer und 7 als schwer erkrankt anzusprechen sind. Zwei der schweren Fälle sind noch weiterhin zweifelhaft. Alle übrigen Fälle sind leichterer Art. Ambulant behandelt wurden am gestrigen Tage insgesamt 85 Personen. Weitere Todesfälle sind bisher nicht zu verzeichnen.

Für Pfingsten

Damenhüte

Glockenhut	große Form, moderne Fantasielitze, mit Band garniert	3.25
Flotter Lauthut	gemustert od. glatter Spanstoff, mit Bandgarnitur, St.	3.85
Frauenhut	mit Band garniert . . . . Stück	4.25
Florentiner	imitiert mit moderner Schleifengarnitur und Blumentuff . Stück	6.25
Frauenhut	Litzengeflecht mit echter Paradiesreiherlocke und Band garniert, St.	6.75
Kinderhut	Kunstseidenkopf mit Bortenrand . . . . . Stück	3.45

Damenwäsche

Stehumlegekragen	Mako, 4fach, mod. Form. 1.00, 0.75, 0.60	45
Halbsteife Kragen	angenehm. Tragen, gute Qual. 1.50, 1.20, 0.85	50
Eleg. Seibstbinder	Riesenmeng., f. jed. Herrn d. Richt. 6.75 b. 1.25, 0.95	75
Schillerhemd.	Zephir gestr., garant. waschecht jede weit. Gr. 0.20 mehr Gr 50	1.20
Oberhemden	farbig, mod. Musterstellung mit Klappmanschetten . 6.75, 4.95	3.25
Oberhemden	weiß, feinfäd. Rumpfst m. gemust. Eins u. Klappmansch 8.25 b. 5.75	4.25
Eleg. Schlafanzüge	einfarb. Perkal, all. Größ. durchw. St. 15.75, 12.75	9.75
Mod. Herren-Hüte	Flachrand u. aufgeschlag. Filz u. Flausch . . St.	4.75
Spazierstöcke	Manilarohr, die große Mode, Riesenauswahl, starke Ware Stück 2.75, 2.25	1.85
Strohhüte	Bast-Fassons und Matelots, viele Qualitäten **zu billigsten Preisen**	

Strümpfe / Handschuhe

Damenstrümpfe	Mako u. Mako apretiert, farbig und schwarz, Paar 1.65, 1.25	95
Damenstrümpfe	prima Seidenflor. Paar 1.95, 1.75	1.45
Damenstrümpfe	Waschkunstseide, gr. Farbensortiment, P. 2.65, 2.25, 1.95	1.45
Damenstrümpfe	Baumwolle mit Kunstseide, plattiert, sehr haltbar, Paar	1.95
Damenstrümpfe	„Bemberg", Waschkunstseide in allen modernen Farben, 1. Wahl Paar 3.50, 2. Wahl Paar	2.95
Herren-Jacquardsocken	. . . . . Paar	65
Herren-Jacquardsocken	Baumwolle, Baumwolle mit Kunstseide, plattiert . . . . . Paar 1.25	95
Herren-Jacquardsocken	Flor mit Kunstseide, plattiert, neueste Muster. . . . . Paar 1.95	1.55
Damenhandschuhe	mit 2 Druckknöpfen, in verschied. Ausführungen Paar 1.75, 1.45, 1.25	95
Damen-Manschettenhandschuhe	Paar 1.55, 1.35	95
Herren-Handschuhe	in versch. Ausführung., Paar 1.45, 1.25	95
Kinderstrümpfe • Kinder-Kniestrümpfe Kinder-Söckchen	in großen Sortimenten und allen Preislagen	

Modewaren

Kleiderkragen	moderne, kurze Form, glatt und gestickt, Stück 1.50, 95	75
Bindekragen	weiß oder farbig, glatt oder mit Spitzen garniert, Voile oder Crêpe de Chine . . . . . Stück 1.95, 1.75	1.25
Kleiderwesten	weiß oder farbig, mod. Ausführung . . Stück 3.50, 2.50	1.95
Kostümschals	Crêpe de Chine, große Farbenauswahl . . Stück 3.95, 2.95	2.65
Kostümtücher	Crêpe de Chine, mod. Farben, neueste Must., St. 5.75, 4.50	3.95

Damenwäsche

Hemden	Trägerform, feinfädig. Wäschestoff, mit Spitzen oder Stickerei, Stück 1.95, 1.45	95
Untertaillen	Wäschestoff oder Batist, reich garniert . . . Stück 1.75, 1.35	95
Hemdhosen	Wäschestoff od. Batist, weiß oder farbig u. garniert, Stück 3.45, 2.45	1.75
Hemdhosen	farbig Batist oder Opal, Stück 4.35, 3.45	1.95
Prinzeßröcke	feinfädiger Wäschestoff oder Batist, reich mit Stickerei oder Spitzen 4.50, 3.45	2.65
Hemdhosen	Crêpe de Chine, reich garniert, Stück 8.75, 6.75	4.95
Mädchen-Schlüpfer	Kunstseide, II. Wahl, Größe 35 Jede weitere Größe 20 Pf. mehr.	1.25
Damenschlüpfer	Kunstseide, gr. Farbenausw. Paar 7.50 bis 3.50, II. Wahl	1.65
Damen-Prinzeßröcke	Kunstseidentrikot in allen Größen . . . . 8.75 bis 4.75, II. Wahl	1.75
Damen-Hemdhosen	Kunstseide m. Spitzengarnit., 8.50, 7.25, 5.95	3.85
Dam.-Hemdhosen	m. Röckch., reich. Spitz-Ganitur 16.50 bis 9.75	6.75

5898

GEBR. BARASCH G.M.B.H.

Breslau-Ring. Fernruf 52641 Postscheckkonto Breslau 528

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Arbeiter
kauft Eure Wäsche und Arbeitssachen bei
Wäsche-Mannsberg
Inhaber:
Lutz Mannsberg
Reuschestraße 47/48
am Markt. 5890

Jeder reelle Genosse kauft
gegen wöchentliche Raten
v. 1.- bis 3.- M.
Schuhe, Anzüge, Mäntel, Hosen, Kostüme, Kleid., Blusen, Röcke, Trikotagen, Oberhemd., Unterwäsche, Bettwäsche, Bettfedern, Federbetten, Bettstellen, Matratzen, Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, Linoleum, Schirme, Kinderwagen, Sportwagen, Kinderwagen, Sprechapparate, Schallplatten, Geigen, Mandolinen, Gitarren, Zieharmonikas
Mücke,
Tauentzienstraße 51
zwisch. Taschen- u. Teichstr.

Billiger als auf einer
Auktion
kauft man bei mir
Lederjacken
Winter-Anzüge, Mädchen Lodenmäntel 5832
Arzneiware u. Schuhe
Lombard-Warenhaus
Louis Hamburger
28 Gartenstraße 26
gegenüber der Markthalle.

Achtung! 5831
Frischer Kabeljau
Markthalle Gartenstraße
empfiehlt diese Woche
prima junges Fleisch
alle frischen Wurstwaren
Kochschinken u. Speck
1 Pfd. 35 Pf., 3 Pfd 1.00 M.

Jeder vorwärts strebende **Schneider** kauft ein

Zuschneide-Lehrbuch

System: „Unitas" 5838

für den Selbstunterricht, bearbeitet von **Heinrich Menzel**
Von ersten Fachautoritäten glänzend beurteilt und empfohlen
broschiert M. 15.50, in Halbleinen M. 12.50 zu bezieh. durch:

Heinrich Menzel

Private Zuschneide-Schule, Breslau, Gartenstr. 46
Neue Zuschneide-Kurse beginnen am 1. und 16. jeden Monats
Prospekte und Auskünfte frei! — Zurzeit erhalten Schülerkarten

---

Wie bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen!

Deutschland-, Möve-, Mars- u. Spezialfahrräder
gegen Teilzahlung! Wochenraten von 3.00 M.
W. Watzky, Friedrich-Wilhelm-Straße 13 am Wachtplatz. 5893

Warum Buchkarte?

Nur unsere Buchkarte gibt die Möglichkeit, bei Zahlung von nur 50 Pf. wöchentlich, Bücher bis zum Betrage von Mk. 26.— zu erwerben Als Ausweis bitten wir Partei- oder Mitgliedsbuch einer freien Gewerkschaft mitzubringen

Auf Buchkarte könnt Ihr erwerben

H. G. Wells
Die Grundlinien der Weltgeschichte!

Buch I
Entstehung unserer Welt
Buch II
Entstehung des Menschen
Buch III
Die Morgendämmerung der Geschichte
Buch IV
Judäa, Griechenland und Indien
Buch V
Der Aufstieg u. d. Zusammenbruch d. Römischen Reiches
Buch VI
Christentum und Islam
Buch VII
Das Mongolische Reich und die neuen Reiche
Buch VIII
Das Zeitalter d. Großmächte

Lexikonformat • Holzfreies Papier
Reich illustriert Ganzleinen Mk. 20.00

Dieses Werk, in Amerika verboten, ist die beste Weltgeschichte für den sozialistischen Arbeiter ■ Das Inhaltsverzeichnis gibt nur einen kleinen Ueberblick über die Fülle des Gebotenen ■ Besser lernt Ihr das Werk kennen, wenn Ihr es Euch unverbindlichst in unserer Buchhandlung ansieht ■

Volkswachtbuchhandlung Neue Graupenstr. 5

Für die Redaktion verantwortlich: Rolf Reventlow; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Mai 1928.

Hättet Ihr das nur vorher gesagt!

In einem Artikel zur Stadtverordnetenwahl läßt sich E. H. in der „Arbeiter-Zeitung" auch über die Mißhandlung sozialdemokratischer Wahlhelfer durch Kommunisten aus. Es steht da zu lesen:

„Wir haben festzustellen, daß wir als Partei nicht das geringste Interesse an Schlägereien zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern haben. Unsere politischen Argumente sind stark genug, unsere Politik bedarf gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern keiner Ergänzung durch Schlagringe. Wir wollen die sozialdemokratischen Arbeiter überzeugen und sie durch ihre eigene Erfahrung und unsere Belehrung gewinnen. Also unser politisches Interesse fordert gebieterisch, jede Schlägerei zu verhindern."

Ja, so hätte man vor der Wahl schreiben müssen, in ganz Deutschland! Dann wäre der Genosse Paris in Glauchau nicht ermordet worden, dann hätten Kommunisten in Breslau nicht versucht, sozialdemokratische Arbeiter-Ruderer dem sicheren Tode des Ertrinkens zu überantworten, indem man ihre Boote mit schweren Steinen bombardierte, um sie zum Sinken zu bringen, so daß sich die Insassen nur durch Schwimmen an das jenseitige Ufer retten konnten. Dann wären Frauen nicht beschimpft und bedroht, Männer nicht blutig geschlagen worden. E. H. sucht das aus der Atmosphäre des Wahlkampfes zu erklären, auch Anhänger von ihnen seien geschlagen worden. Aber diese Atmosphäre haben die Kommunisten selbst erzeugt. Sie haben nicht gegen den Bürgerblock gekämpft, sondern ihre Wahlartikel und Flugblätter richteten sich mit drei Vierteln Inhalt gegen unsere Partei, während wir die Kommunisten fast gänzlich ungeschoren gelassen haben. Aus unserem Verhalten können sie keine Ausrede gegen ein künftiges Zusammenarbeiten herleiten, uns aber fällt es nach solchen Erfahrungen schwer, an Ehrlichkeit zu glauben, wenn sie nun ein solches Zusammenarbeiten empfehlen. Wenn die Kommunisten sich nun zu einer anständigeren Politik entschließen wollen, kann es uns nur recht sein. Jedenfalls können wir von ihrem weiteren Verhalten auch nur unser eigenes Verhalten abhängig machen. Uebrigens zieht ja nun, nachdem man fünf Mandate hat, auch ein Kommunist in den Magistrat ein. Das ist das Gute am demokratischen Wahlrecht, daß es niemanden von der Verantwortung ausschließt. Je stärker eine Partei wird, desto mehr muß sie verantworten. Wir werden also sehen, ob der kommunistische Stadtrat der Breslauer Kommunalpolitik bessere und gangbare Wege wird weisen können, als das Dutzend Sozialdemokraten, das künftig im Magistrat sitzt. Hoffnungen nach dieser Richtung haben wir natürlich nicht, denn zu einer besseren Gemeindepolitik gehört mehr Geld, und der kommunistische Stadtrat bringt auch nicht die 13 bis 15 Millionen mit, um das Defizit aus den vier Bürgerblockjahren zu decken. Vielleicht bringt der Umstand, daß man nun nicht mehr um alles herumreden kann, ohne den einen Genossen im Magistrat zu blamieren, künftig eine sachlichere Politik zu wege. Jedenfalls aber muß die ständige Hetze gegen unsere Partei aufhören, wenn man an ein Zusammenarbeiten denkt. Ein Genosse sagte angesichts der kommunistischen Rüpeleien gegenüber unseren Wahlhelfern, daß tote Maschinen aufeinander rasseln, brauche niemanden verwundern, aber daß es Menschen gibt, die andere bewußt anrempeln, das sei eine Schmach. Also möge man es da drüben nicht beim guten Vorsatz belassen, sondern man streife wirklich den Schlagring von der Bruderfaust. Es ist das auch insofern klüger, als die Kommunisten gegenüber unserer starken Partei erst recht den Kürzeren ziehen müßten, wenn es allgemein üblich würde, seine Argumente mit dem Schlagring in der Faust nachdrücklich zu verfechten. —f.

Der Polizeipräsident zur Radfahrerfrage in Breslau.

In letzter Zeit sind wiederholt Anträge beim Polizeipräsidium eingelaufen, die zur Behebung der Verkehrsnot am Ringe in Vorschlag bringen, man möge, wie dies schon einmal war, dem Radfahrer das Befahren der Schweidnitzer Straße, Ring, Schmiedebrücke, verbieten. Diese Maßnahme wäre für die werktätige Bevölkerung, denn sie stellt das Gros der Radfahrer, von einschneidender Bedeutung. Auf einen dieser Anträge hat nun dieser Tage Polizeipräsident Kleibömer wie folgt Stellung genommen: „Auf den gefl. Antrag vom 17. v. Mts. glaube ich, nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß die dortigen Ausführungen auf eine Verkennung der tatsächlichen Verkehrslage beruhen. Die Verhältnisse haben sich seit dem seinerzeitigen Radfahrverbot für die Schweidnitzer Straße, Schmiedebrücke usw. grundlegend geändert. Der Ring mit seinen Zubringerstraßen hat sich immer mehr zum geschäftlichen Zentrum entwickelt, und nimmt die Verkehrsströme von allen Richtungen der Stadt auf. Das Fahrrad selbst ist allmählich zum Volksbeförderungsmittel geworden. Die Zahl von 100 000 Rädern ist in Breslau bereits überschritten. Die Radfahrer machen oft 50 Prozent des gesamten Verkehrs aus, das heißt, die Hälfte aller Wegebenutzer besteht zeitweise aus Radfahrern. Es ist unmöglich, diese große Interessentengruppe aus gewissen Teilen der Stadt auszuschließen. In den Morgenstunden kann man eine fortlaufende Schlange von Radfahrern auf der Fahrt zur Arbeitsstätte beobachten, die sich von der Universitätsbrücke bis zum Zwingerplatz hinzieht. Berücksichtigt man, daß an der Kornecke zu Zeiten des Spitzenverkehrs manchmal etwa 40 Radfahrer auf die Freigabe der Südrichtung vor der Verkehrsampel warten, so erhellt daraus, daß es nicht tragbar ist, diesem Radfahrerstrom durch die enge Graupenstraße bzw. über den Christophoriplatz und die Zwingerstraße umzuleiten. Es würde damit der Verkehrsandrang auf der Schweidnitzer Straße zwar gemildert, dafür aber zahlreiche andere, viel ärgere Gefahrenpunkte geschaffen werden. Eine solche Umleitung wäre den Radfahrern selbst sehr erwünscht. Solange aber die Schweidnitzer Straße keine Parallelstraße besitzt, läßt sich an dem augenblicklichen Zustande leider nichts ändern.

Neuer Zuzug im Zoo.

Ein Orang-Weibchen angekommen.

Gestern in den frühen Morgenstunden ist ein größerer Tiertransport der Firma Ruhe in Breslau eingetroffen. Vor allem hat der Orang-Utan eine neue Gefährtin bekommen. In seiner Begleitung befanden sich neben zwei Faultieren verschiedene Genetten, Palmroller und ein Skunks, die im kleinen Raubtierhaus Unterkunft gefunden haben, und ein Waran, der den Krokodilen beigesellt worden ist. — Am Mittwoch ist ein Renntier geboren worden.

Die Hundsfelder Kanalbrücke.

Neulich ist die neue Kanalbrücke im Zuge der Matthiasstraße vor der Hindenburgbrücke dem Straßenverkehr übergeben worden.

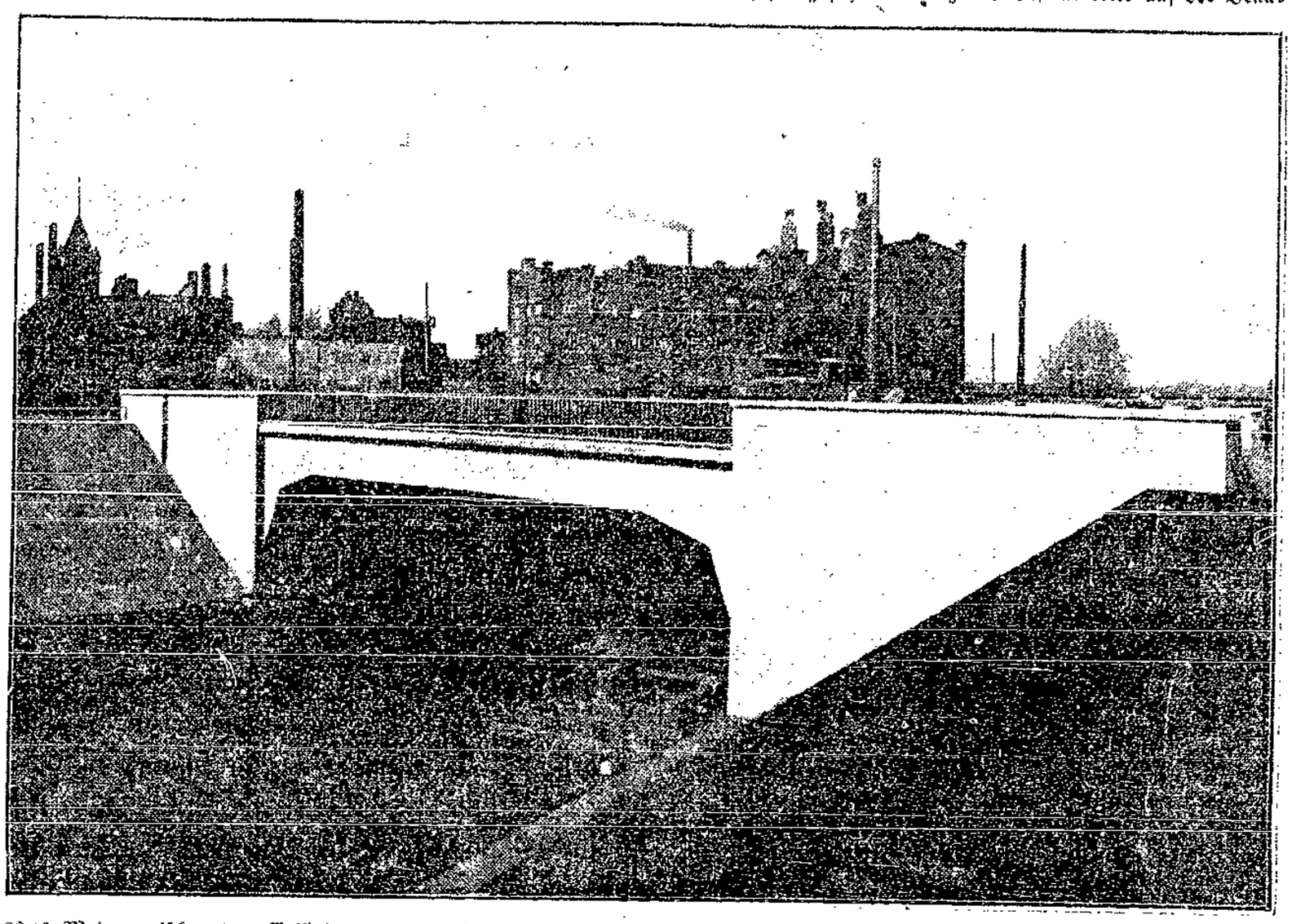
Der Grund für den Neubau lag in der starken Verkehrsbehinderung durch die scharfe S-Kurve zwischen den beiden Brücken, die nach einem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom Jahre 1915 bereits im Anschluß an den Bau der Hindenburgbrücke durch Umlegung der vorhandenen Kanalbrücke beseitigt werden sollte. Diese Arbeit wurde jedoch durch den Krieg verhindert.

Inzwischen hatte der Verkehr derartig zugenommen, daß die seit mehr als 12 Jahren für notwendig erachtete Aenderung des bestehenden Zustandes nicht länger hinausgeschoben werden konnte, zumal die Eingemeindung der Vororte nördlich der Stadt eine weitere erhebliche Zunahme des Verkehrs über die Brücken erwarten ließ.

Der ursprüngliche Plan, den eisernen Ueberbau der alten Brücke in die Achse der Hindenburgbrücke zu verschwenken, wurde aufgegeben, da er nur eine verhältnismäßig geringe Kostenersparnis gebracht hätte, und die Breite der alten Brücke für die Dauer nicht genügte. In Frage kam nur ein vollständiger Neubau, der zur besseren Anpassung an die benachbarte Hindenburgbrücke ebenfalls in massiver Bauweise errichtet werden mußte. Wegen der geringen zur Verfügung stehenden Bauhöhe zwischen Fahrbahnoberkante und Brückenunterkante, deren Höhenlage durch die Schiffahrt bedingt ist, war eine Eisenbetonbalken-Brücke üblicher Bauart jedoch nicht ausführbar, ebensowenig eine Bogenbrücke, da bei dieser die Höhe der Schiffahrtsöffnung nach den Seiten hin zu stark abnimmt. Es ist daher eine neuartige Bauweise, eine sogenannte frei aufliegende Balkenbrücke mit unsichtbaren Gegengewichten zur Ausführung gekommen.

Die Bauart der Brücke ist aus der Abbildung ersichtlich.

Die Breite der mit Kleinpflaster gedeckten in Rücksicht auf die spätere Ueberführung der Straßenbahn bereits mit Schienen versehenen Fahrbahn beträgt 13 Meter, die der Fußwege je 3,55 Meter, sodaß sich eine nutzbare Gesamtbreite auf der Brücke



von 20,10 Meter zwischen den Geländern ergibt. Die Stützweite der Brücke beträgt 21,65 Meter. Für die Schiffahrt wurde eine lichte Oeffnung von 20 Meter Weite senkrecht zur Kanalachse und 1,26 Meter Höhe über dem Normalwasserstand freigelassen. Diese Abmessungen sind die gleichen wie bei der alten Brücke. Die Gründungssohle der in Stampfbeton erstellten senkrechten Widerlager liegt 2 Meter unter der Sohle des Kanals.

Ueber die Brücke führen je ein Wasser- und Gasrohr, ferner Kabel des Elektrizitätswerkes, der Post und der Feuerwehr.

Mit den Bauarbeiten wurde Anfang Juni vorigen Jahres begonnen. Zunächst mußte die hölzerne Notbrücke neben der bestehenden Brücke errichtet werden, die seit Mitte Juli der Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs dient. Der alte eiserne Ueberbau, der übrigens demnächst als Ohlebrücke im Zuge der Wiesenstraße wieder zur Verwendung gelangen soll, wurde mit Hilfe einer Schwimmvorrichtung auf das linke Ufer gezogen und dort, soweit für die Beförderung notwendig, auseinander genommen. Nach Beseitigung der alten Widerlager wurde im September vorigen Jahres mit der Herstellung der Grundmauern begonnen, für die das Betonschüttverfahren unter Wasser zwischen Spundwänden zur Anwendung kam.

Für die künstlerische Behandlung war das Streben nach schlichter Sachlichkeit maßgebend. Die straffe Schnittigkeit seiner äußeren Erscheinung, kennzeichnet das Bauwerk klar als rahmenartige Balkenbrücke. Auch die Ansichtsflächen der Brücke haben weder Putz noch Verblendung, sondern ähnlich wie die benachbarte Hindenburgbrücke in ihrer steinmetzmäßigen Bearbeitung eine durchaus baustoffgerechte Behandlung erfahren.

Die Kosten des Umbaues belaufen sich auf etwa 375 000 Mark. Bauleitung und Entwurfsbearbeitung lagen unter der Oberleitung des Stadtbaurats Dr. Ing. Trauer, in den Händen von Magistratsbaurat Steinwender und Ingenieur Weigt vom städtischen Brückenbauamt. Als Architekten haben Magistratsoberbaurat Müller und Stadtbaumeister Weist mitgewirkt.

Das Frauenbad an der Burgstraße eröffnet.

Nachdem die umfangreichen Umbauarbeiten in dem städtischen Freibade für Frauen an der Burgstraße beendet sind, wurde das Bad heute eröffnet. Die Eintrittspreise sind die gleichen, wie in den bereits eröffneten Bädern am Ohlelaufstege und haben sich gegen das Vorjahr im wesentlichen nicht geändert. Es wird sicherlich mit Freuden begrüßt werden, daß das Bad jetzt eine Freischwimmfläche erhalten hat, die den Freischwimmerinnen Gelegenheit gibt, den Schwimmsport auszuüben. Außerdem kann jetzt von den Schwimmschülerinnen die Freiprobe im tiefen Wasser auf derselben Anstalt abgelehnt werden. Es wird also die Unbequemlichkeit vermieden, zur Ablegung der Freiprobe die Badeanstalt am Ohlelaufstege aufsuchen zu müssen. Das Planschbecken für Kinder, das sich längst als viel zu klein erwiesen hat, ist vergrößert und luftiger gebaut worden, sodaß Licht, Luft und Sonne ungehindert in das Bad dringen können. Auch die neuen Strandbäder Westend (früher Weigeltsche Badeanstalt) am Kipkewege und Norden am Hatzfeldwege zwischen Rosenthaler- und Rathenaubrücke, werden heute dem öffentlichen Verkehr übergeben.

Zahlung der Spareinlagenaufwertung.

Die Städtische Sparkasse zu Breslau erreicht mit der Aufwertung der Papiermarkspareinlagen einen Betrag von 12 682 000 Mark auf nicht weniger als 247 142 Konten. Die sehr umfangreichen und kostspieligen Umrechnungsarbeiten sind unter Einsatz von zahlreichen Hilfskräften zu Ende geführt worden. Die Auszahlung der Aufwertungsbeträge regelt sich allgemein nach den Preußischen Verordnungen zur Durchführung der Aufwertung der Sparguthaben. Die 4. Verordnung vom 26. Juli 1927 bestimmt in § 2, daß vom 1. Januar 1928 an die Gläubiger ein Sechstel ihrer aufgewerteten Sparguthaben kündigen können. Die leistungsfähigen Sparkassen haben bereits früher in Fällen erwiesener Not Gunstzahlungen für Rechnung von Aufwertungssparguthaben gewährt. Da die eigenen Aufwertungsansprüche der Sparkasse sich im wesentlichen auf die Aufwertung der ihnen verbliebenen Vorkriegshypotheken beschränken, deren Gegenwert aber erst im Jahre 1932 fällig wird, sind Schwierigkeiten der Geldbeschaffung für die vorzeitigen Auszahlungen zu überwinden. In Breslau hat die Stadtgemeinde insgesamt bereits 1 780 000 Mark der Sparkasse für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Es sind in der Tat Zahlungen in 119 000 Fällen im Gesamtbetrage von 3 570 000 Mark bereits geleistet worden; in fast 25 000 Fällen ist gelegentlich der erfolgten Erhöhung des Aufwertungssatzes von 12½ auf 15 Prozent den Empfängern des ganzen Aufwertungsbetrages der Unterschied ohne weiteres nachgezahlt worden. Die Städtische Sparkasse hat sich von der Absicht leiten lassen, nicht nur in Notfällen ihren alten Sparern zu den Aufwertungsbeträgen zu verhelfen, sondern in tragbarem Umfange auch über die gesetzlichen Vorschriften hinaus den Altsparern möglichst ihre Guthaben zur Verfügung zu stellen. Daher werden Aufwertungsguthaben im Gesamtbetrage bis zu 50 Mark auf Verlangen schon jetzt ausgezahlt oder auf Reichsmarksparbuch übertragen. Die Regelung ist so bequem wie möglich gemacht worden; es genügt, an einer beliebigen Kassenstelle der Städtischen Sparkasse unter Vorlage des Papiermarksparbuches den entsprechenden Antrag zu stellen. Von diesem Entgegenkommen wird, wie die hohe Zahl der Aufwertungszahlungen zeigt, reger Gebrauch gemacht.

Auswanderungsschwindel.

Die Schlesische Auswandererberatungsstelle in Breslau 5 schreibt: Eine Firma „Montana" in Milwaukee erbietet sich durch Zeitungsanzeigen zur Vermittelung von Stellen für deutsche kaufmännische Angestellte in den Vereinigten Staaten. Den sich Meldenden wird empfohlen, dem Unternehmen mit einem monatlichen Beitrag von einem Dollar als Mitglied beizutreten; die „Montana" sei eine Vereinigung der Deutschen im Auslande mit einem weitverzweigten Stellenvermittelungssystems. In Wirklichkeit steht dahinter ein Maschinist mit einem deutschen Namen, der gar nicht in der Lage ist, kaufmännische Stellungen zu vermitteln, abgesehen davon, daß die Gesetze der Vereinigten Staaten die Einwanderung beim Vorliegen kontraktlicher Verpflichtungen verbieten.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele.

Heut 5 und 8 Uhr sind die letzten zwei Filmvorführungen in dieser Saison. Erfreulicherweise kommen fast alle Kindergruppen der proletarischen Organisation geschlossen an. Die Lehrkräfte der weltlichen Schulen erklären ihren freiwillig versammelten Schulklassen bei jedem Filmakt in praktischem Anschauungsunterricht die Filmhandlungen. Wir bitten, auch heut zum letzten Tage, Kinder möglichst nur zur 5-Uhr-Vorführung mitzubringen.

Aeußerst wirkungsvoll sind die Ausführungen des Schriftstellers Ernst Friedrich, Berlin. Er versteht es meisterhaft, den Krieg mit seinen furchtbaren Folgen zu schildern. Seine Originalaufnahmen von den verschiedensten „Schlachtplätzen" erhöhen seine Worte noch ganz besonders. Reicher, langanhaltender Beifall beschließt die Vorführung.

Das Jahrbuch 1927 der Sozialdemokratischen Partei

ist ein wundervoller Abriß der Gesamttätigkeit der Partei auf parlamentarischem und parteipolitischem Gebiet und im kulturellen Menschheitsdienst. Wir können dieses Buch nur jedem empfehlen. Es ist im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 36/37, zum Preise von 60 Pf. zu haben.

Gesetzes-Aenderungen in der Angestelltenversicherung.

Durch Gesetz vom 29. März 1928 sind mit Wirkung vom 1. April 1928 die Steigerungssätze für die Beiträge aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Juli 1921 in den Klassen F bis J erhöht und in den Klassen A bis E neu eingeführt worden. Der Steigerungssatz beträgt für jeden Beitrag in der Klasse A: 0,50 Mark, B: 0,75 Mark, C: 1,00 Mark, D: 1,25 Mark, E: 2,00 Mark, F: 2,50 Mark, G: 3,00 Mark, H: 4,00 Mark, J: 5,00 Mark. Ferner ist der zum Ruhegeld gewährte Kinderzuschuß von 90 auf 120 Mark jährlich erhöht worden. Renten, die vor dem 1. April 1928 festgestellt sind, erhalten die Leistungsverbesserung vom 1. Juli 1928 an, wenn sie noch laufen. Die Umrechnung der laufenden Renten erfolgt von Amtswegen. Die Höhe der neuen Rente wird den Empfängern bei Zahlung der Rente für Juli 1928 mitgeteilt. Vorherige Anfragen sind zwecklos.

Nach dem Gesetz vom 29. März 1928 gelten alle Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1925 als aufrechterhalten ohne Rücksicht darauf, ob für einzelne Jahre zu wenig oder kein Beitrag entrichtet wurde. Erst vom Jahre 1926 greifen die allgemeinen Vorschriften Platz, nach denen der Versicherte vom 2. bis 11. Kalenderjahre seiner Versicherung jährlich mindestens acht, vom 12. Kalenderjahre an jährlich mindestens vier Beitragsmonate zur Erhaltung der Anwartschaft nachweisen muß.

Bis zum Schluß des Jahres 1928 kann noch jeder berufsfähige Versicherte, der seit 1913 mindestens vier Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt hat, seine Anwartschaft wieder aufleben lassen, wenn er die für 1926 und 1927 erforderlichen freiwilligen Beiträge nachentrichtet.

Nach dem gleichen Gesetz sind freiwillige Beiträge für die Zeit vom 1. April 1928 an in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Klasse B zu entrichten. In Klasse B können nur Beiträge von solchen Versicherten geleistet werden, die ohne Einkommen sind, oder deren Einkommen im Monat den Betrag von 100 Mark nicht übersteigt.

Auskünfte erteilt der Ortsausschuß der Angestelltenversicherung Breslau 1, Garvestraße 30, Montag, Mittwoch und Freitag von 11 bis 1 Uhr.

55 Pfandleihinstitute in Breslau.

Dem Stadtausschuß Breslau lag in seiner letzten Sitzung u. a. auch ein Antrag des Kaufmanns Heym vor, der die Genehmigung zur Eröffnung eines neuen Pfandleihinstitutes nachsuchte. Heym hatte früher eine Ringbude inne und ist jetzt ohne Existenz. Der Stadtausschuß verneinte die Bedürfnisfrage, da bereits 55 Pfandleihinstitute in Breslau existieren und das Städtische Leihamt mehr als bisher unterstützt werden müsse.

Ein weiterer, besonders aktueller Antrag lag von dem Warenhaus Lindemann, Ohlauer Straße, vor. Dieses Warenhaus suchte für einen Erfrischungsraum die Genehmigung zum Ausschank von Bier, Wein und Obstweinen nach. Der Stadtausschuß erkannte in diesem Falle die Bedürfnisfrage an und genehmigte den Antrag. Das Warenhaus hatte bereits vor längerer Zeit eine gleiche Genehmigung nachgesucht, es war aber vom Bezirksausschuß damit endgültig abgewiesen worden. Bei dem jetzt wiederholten Antrag wies es darauf hin, daß ein modernes Warenhaus unbedingt einen solchen Ausschank für seinen Erfrischungsraum benötige. Es sei darin auch keine Konkurrenz für die Gastwirtschaften zu erblicken, da der Erfrischungsraum fast ausschließlich nur von der Kundschaft aufgesucht würde. Vertreter des Magistrats und der Polizei sprachen sich gegen eine solche Genehmigung aus. Wenn der Stadtausschuß die Genehmigung erteilt hat, so bleibt doch noch die Stellungnahme des Bezirksausschusses abzuwarten.

Der „Volkschor Breslau" und der „Männerchor Breslau"

veranstalten auch in diesem Jahre Sonntag, den 27. Mai, (1. Pfingstfeiertag) früh 6 Uhr beginnend, dieses Mal in dem herrlichen Garten des Schießwerders, ein großes Morgenkonzert, bestehend in gemischten Chören, Männerchören und Orchesterkonzert. Die Leitung der gemischten Chöre hat Otto Burkert, die Leitung der Männerchöre Ernst Aug. Boelkel, das Orchesterkonzert steht unter der bewährten Leitung von Paul Rüger.

Programme im Vorverkauf à 40 Pf. sind bei den Mitgliedern und in den durch Plakate kenntlichen Stellen zu haben, an der Kasse 60 Pf. Einlaß 5 Uhr.

Der „Wappenhof" in Morgenau,

der unter dem früheren Inhaber durch verschiedene Vorfälle bei der republikanischen Bevölkerung in einen schlechten Ruf gekommen war, kommt jetzt unter der tüchtigen Leitung von Walter Sagasser wieder zu Ansehen. Die Räumlichkeiten sind durch einen Umbau vergrößert und auch der Garten durch Rampenschüttung verbessert worden. Drei Säle und die sonstigen geschlossenen Räume vermögen 2500 Personen bequem zu fassen, mit dem Garten zusammen können 7000 Besucher unterkommen. Die Säle können einzeln oder auch als Ganzes mit dem Garten zusammen an Vereine und große Gesellschaften vergeben werden. Für gewöhnlich finden im großen Saale Varieteevorstellungen oder Tanz statt. In dem daneben gelegenen, neu angebauten Spiegelsaale soll heitere, und im Bildersaale klassische Musik geboten werden. Im Garten ist eine Freilichtbühne größten Stils für Varieteevorführungen und für große Musikaufführungen eingerichtet worden. Der sehr gelungene Umbau ist das Werk des Architekten Langer. Küche und Keller sind mit den modernsten Einrichtungen für einen Massenbetrieb versehen, Schlächterei, Bäckerei und mechanische Wäscherei gehören mit zu dem Betriebe. Die schöne Lage des Lokals, gegenüber dem Zoologischen Garten an der Oder, verbessert sich nun weiter durch den im Entstehen begriffenen Ostpark, an dessen Eingang der Wappenhof liegt.

Die Flieger-Staffel beim Grafen Mirbach in Grüneiche.

Reger Trainingsbetrieb herrscht seit einigen Tagen auf dem Grüneicher Zement. Sämtliche Schrittmacher, wie Otto Thomas, Paul Schubert, Hans Matko und die Gebrüder Trenczik haben ihre Motore dem neuen Regiement entsprechend umgebaut und sind mit ihren Schützlingen Frach, Skupinski, Schneider und Hancke eifrig bei der Uebungsarbeit. Es werden 19er und 20er Runden gefahren, was für die jungen Nachwuchsfahrer schon beachtenswerte Zeiten bedeuten, sodaß man mit heißen Kämpfen am Dienstag rechnen darf.

Kraftomnibusfahrten und Wanderungen.

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt:

Die Kraftomnibusfahrten und Wanderungen, die wir im Interesse des Publikums veranstalten, werden leider nicht immer so benutzt, wie es im Interesse Schlesiens und seines Verkehrs notwendig wäre. Der Schlesische Verkehrsverband bemüht sich, namentlich in die Gegenden Kraftomnibusfahrten und Wanderungen zu machen, die noch wenig bekannt sind. Großen Anklang haben seine Städtebesichtigungsfahrten gefunden, die weiter fortgesetzt werden. Eine besonders genußreiche Gebirgsfahrt bietet sich an den beiden Pfingstfeiertagen, bei der das Strehlen-Münsterberger-Bergland, das Reichensteiner Gebirge auf seinem Paß durchfahren wird und weiter eine Bergfahrt ins Bielengebirge geht. Abfahrt um 6 Uhr morgens von Breslau, Tauentzienplatz — Südwestecke —. Die Fahrkosten, 12 Mark hin und zurück, entsprechen dem Fahrpreis 3. Klasse der Reichsbahn. Es bietet sich hier also die seltene Gelegenheit, ganz bequem in die äußerste Ecke des Glatzer Berglandes zu kommen, wohin eine Eisenbahn nicht führt und weiter eine schöne Wanderung nach dem Paradies auf den Saalwiesen und über das Bielengebirge zu machen. Da es notwendig ist, Nachtquartier in Bad Landeck im voraus zu bestellen, müssen Fahrkarten für diese Fahrt, die am zweiten Feiertage abends in Breslau endet, umgehend in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau im Hauptbahnhof, Verkehrshalle, genommen werden.

Auf nach Waldenburg zum Jugendtag der S.A.J.!

Pfingsten 1928 veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend in Waldenburg ihren 6. Jugendtag. Die gesamte werktätige Jugend wird gebeten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Darüber hinaus wenden wir uns auch an die erwachsene Arbeiterschaft, damit der Jugendtag eine gewaltige Kundgebung wird für unsere sozialistischen Ziele, für die alt und jung mit derselben Begeisterung kämpfen. Hoffentlich mischt sich in die Freude der Jugend auch noch die Freude über den glänzenden Wahlsieg am 20. Mai.

Das Programm sieht folgende Veranstaltungen vor:

Sonntag, den 27. Mai, vormittags 9 Uhr, in der „Schauburg", Waldenburg:

Morgenfeier.

Aufführung des Waldenburger Sprechchors von B. Schönlank: „Erlösung".

Nachmittags 1 Uhr:

Ausmarsch nach dem Stadion Nieder-Hermsdorf zum Jugendfest.

Abends 7 Uhr:

Abendfeier

im Volkspark Nieder-Hermsdorf; dann Kundgebung mit Fackelzug auf dem Rathausplatz in Waldenburg.

* * *

Pfingstmontag finden folgende Wanderungen in das Waldenburger Bergland statt:

Zeißgrund — Schloß Fürstenstein. Heimfahrt ab Freiburg. Treffen 6 Uhr Straßenbahn-Endstation Bad Salzbrunn.

Wildberge — Große Heide. Abfahrt ab Fellhammer. Treffen 6 Uhr Endstation Nieder-Hermsdorf.

Görbersdorf — Büttnergrund. Heimfahrt ab Wüstegiersdorf. Treffen 6 Uhr an der „Schlesischen Bergwacht".

Talsperre Kynau. Heimfahrt ab Kynau oder Charlottenbrunn. Treffen 6 Uhr an der „Schlesischen Bergwacht".

Dittersbacher Berge. Heimfahrt ab Dittersbach. Treffen 6 Uhr an der „Schlesischen Bergwacht".

Hohe Eule. Bahnfahrt bis und ab Wüstegiersdorf oder Hausdorf. Treffen 6 Uhr am Bahnhof Dittersbach.

Gödtelsdorfer Felsen. Bahnfahrt ab Landeshut oder Fellhammer. Treffen 6 Uhr Endstation Nieder-Hermsdorf.

Adersbacher und Wekelsdorfer Felsen. Bahnfahrt bis und ab Friedland. Treffen 6 Uhr Bahnhof W.-Altwasser. (Grenzübertrittschein).

Hochwaldgebiet. Heimfahrt ab Gottesberg oder Altwasser. Treffen 6 Uhr Marktplatz Weißstein.

Sattelwald. Heimfahrt von Bad Salzbrunn. Treffen 6 Uhr Marktplatz Weißstein.

Heidelberg. Heimfahrt von Dittersbach. Treffen 6 Uhr an der „Schlesischen Bergwacht".

Falkenberge—Bolzenschloß. Bahnfahrt bis und von Jannowitz. Treffen 6 Uhr Bahnhof W.-Altwasser.

Rüstet alle für Waldenburg!

Der Bezirksvorstand der S.A.J.

Am ersten Feiertage findet die bereits angekündigte Wanderung von Silberberg nach Wartha statt. Auch dies ist ein wenig bekanntes Berggebiet. Die Wanderung wird mit Sonntagsfahrkarten Breslau—Wartha mit dem Frühzug um 6,08 Uhr angetreten. In Camenz umsteigen, nach Frankenstein Lösen einer einfachen Karte nach Silberberg. Auch hier empfiehlt es sich, Beteiligung am Mittagessen in der oben genannten Verkehrsstelle anzumelden. Die Wanderung findet bei Regenwetter nicht statt.

Schließlich sei nochmals auf den Nachmittags-Ausflug am Donnerstag, den 24. Mai, nach Camenz zur Besichtigung der Blütenschönheit des Parkes, der Wasserkünste und der alten Klosterkirche aufmerksam gemacht. Abfahrt um 14,25 Uhr von Breslau Hauptbahnhof nach Camenz. Auch diese Wanderung findet bei Regenwetter nicht statt.

---

* **Die Städtische Sparkasse zu Breslau** hält ihre Zahlstellen am Pfingstsonnabend, den 26. Mai, geschlossen. Für Wechselzahlungen ist bei der Giroabteilung ein Schalter in der Zeit von 11 bis 13 Uhr geöffnet.

* **Schlesisches Museum der bildenden Künste.** Am ersten Pfingstfeiertage bleibt das Museum geschlossen, am zweiten Feiertag sind sowohl die Sammlungen wie auch der Studiensaal geöffnet.

* **Ein schwerer Zusammenstoß,** bei dem die Schülerin Käthe Nolle, Weinstraße 30, schwere Verletzungen erlitt, ereignete sich am Mittwoch abend in der Michaelisstraße. Das Mädchen fuhr auf einem Rade und stieß mit einem Motorradfahrer so zusammen, daß sie auf das Straßenpflaster geschleudert wurde und besinnungslos liegen blieb. Mit einem schweren Schädelbruch wurde das Mädchen in das Augusta-Hospital eingeliefert.

* **Geflügeldiebstahl.** Bei einem Schrebergartteneinbruch, der in der Nacht zu Dienstag am Wolfswinkeler Weg verübt wurde, fielen den nächtlichen Besuchern zehn Rassehühner im Werte von 105 Mark als Beute in die Hände.

Der letzte Filmtag in der Saison!

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Mittwoch

Erschütternde Marie v. Ernst Friedrich Berlin

ZWEITER TEIL

Anschließend 100 Lichtbilder

Kinder haben Zutritt.

Erwerbslose, Rentner und Invaliden mit Ausweis bis 5 Uhr nur 25 Pf. Kinder 25 Pf., bei mindestens 10 Kindern nur 20 Pf. u. 1 Freibillett. Erwachsene mit Ausweis 50 Pf., Erwachsene ohne Ausweis 70 Pf.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 30

Erweiterter Parteivorstand. Heute abend 19½ Uhr wichtige Sitzung Zimmer 6.

Distrikt 16. Die Wahlfondsmarken und Sammellisten müssen spätestens Sonnabend, den 26. Mai, beim Distriktsführer abgerechnet werden. Diejenige Bezirkskassierer, die die Beitragsmarken für Monat Mai noch nicht abgerechnet haben, müssen dies umgehend nachholen.

Distrikt 28. Alle Sammellisten und Wahlfondsmarken sind bestimmt Montag abend beim Distriktsführer abzuliefern.

Distrikt 34. Alle grauen Legitimationskarten sind sofort beim Distriktsführer abzugeben. Sammellisten und Wahlfondsmarken sind ebenfalls bis Sonnabend abzurechnen.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Gruppe Ohlauer Tor, Brockauer Straße. Heute 20 Uhr: „Die Aufgaben des neuen Reichstages". Referent Genosse E. Wolf.

Gruppe Pöpelwitz-Nikolaitor, Krischkestraße. Heute 20 Uhr: „Die Aufgaben des neuen Reichstages". Referent Genosse Marschallek.

Gruppe Scheitnig-Sandtor-Odertor. Heute abend 20 Uhr in der Vendeschule am Lehmdamm. Da Genosse Schramm verhindert ist, spricht der Genosse Oppler, Leiter der sozialistischen Studenten, über das Thema: „Der 20. Mai und was nun?" Alle Genossen müssen erscheinen und Gäste mitbringen. Die Parteigenossen aus den umliegenden Distrikten sind gleichfalls eingeladen.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Jugendgenossinnen und -Genossen! In wenigen Stunden wird der Waldenburger Jugendtag eröffnet. Ueberall in Nieder- und Mittelschlesien ist man gerüstet dafür. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage der Jugend wird die sozialistische Arbeiterjugend in statischer Zahl aufmarschieren und für ihre Ziele demonstrieren. Der Sieg unserer Partei am 20. Mai muß uns Ansporn sein, auch unsere Reihen zu erweitern. Der Waldenburger Jugendtag sei der Auftakt dazu. Auf, nach Waldenburg!

Waldenburgfahrer! Alle, die Sonnabend fahren, sind spätestens um 19¼ (½7) Uhr am Freiburger Bahnhof. Wer später kommt, muß zurückbleiben. Alle, die Sonntag fahren, sind um ½6 Uhr am Freiburger Bahnhof. Fahnen, Musikinstrumente und Spielgeräte nicht vergessen.

Obleute. Das Fahrgeld ist heute bestimmt abzurechnen im Gewerkschaftshausrestaurant bis 11 Uhr.

Heim 3. Freitag sind die Theaterbilletts beim Genossen Wende in Empfang zu nehmen. Wir gehen am 30. Mai ins Thaliatheater.

Heim 4. Heute abend haben wir einen Wanderabend. Zur Waldenburgfahrt muß jeder bis spätestens 19½ Uhr das Geld ins Heim mitgebracht haben. Nach dieser Zeit kann niemand mehr mitgenommen werden.

Heim 7. Genossen! Wer noch mit nach Waldenburg fahren will, der muß das Geld heute bis spätestens 18 Uhr bei Genossen Reichstein abgeliefert haben. Abends haben wir im Heim einen Vortrag „Jugendtage".

Heim 10 (Rosenthal). Heute abend ist jedem noch einmal Gelegenheit geboten, sich für Waldenburg anzumelden. Wir sind bis 20½ Uhr im Heim. Jeder bringt unbedingt den Restbetrag mit. Teilnehmergebühr und Bahngeld 4 Mark. Pflicht der Teilnehmer ist es, in Wanderkluft zum Jugendtag zu erscheinen. Werbt noch fleißig.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein. Am zweiten Feiertag Treffen aller Kameraden mit Angehörigen zum Frühkonzert um 6 Uhr im „Bergkeller".

Banner 4 (Wirth). Die für morgen Sonnabend anberaumte Versammlung wird verlegt.

Banner 8 (Braun). Heute Freitag Pflichtversammlung.

Radfahrerzüge. Für ersten Feiertag bereithalten. Näheres morgige Presse.

Führer. Abteilungsleiter, Spielleiter und Führer der Radfahrerzüge heute Freitag, 18,30 Uhr, Sitzung im Büro.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Bekleidungsarbeiterjugend. Heute pünktlich 8 Uhr findet im Zimmer 1 unsere Funktionärsitzung statt. Da wichtige Tagesordnung, muß alles erscheinen.

Holzarbeiterjugend. Unsere Abfahrt zu der vereinbarten Pfingstfahrt findet am Sonnabend, den 26. Mai, abends 18,36 Uhr, vom Hauptbahnhof statt. Treffpunkt am Hauptportal des Hauptbahnhofes um 18 Uhr. Alle Jugendkollegen, die daran teilnehmen wollen, haben für die Fahrkarte 2,60 Mark mitzubringen. Ferner wird noch daran erinnert, daß sich jeder Jugendkollege zu dieser Fahrt eine Decke mitnehmen muß. Um zahlreiche Beteiligung ersucht die Jugendleitung.

Vereinskalender.

Metallarbeiter-Verband. Betriebsräte und Vertrauensleute. Donnerstag, den 24. Mai, 19,30 Uhr, im kleinen Saal wichtige Versammlung. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Ausweiskarte.

Die Ortsverwaltung.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Die Lage beginnt sich über dem Festlande etwas zu beruhigen, doch zeigt das Strömungssystem noch eine Reihe schwächerer Unstetigkeiten, die immer noch die Ausbildung örtlicher Gewitter oder gewitterartiger Schauer bedingen. Die Temperaturen sind allgemein etwas zurückgegangen und werden zunächst nur wenig ansteigen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Bei schwachen westlichen Winden meist wolkig, noch einzelne Schauer und mäßig warm.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Frischer Westwind, wechselnd bewölkt, einzelne Schnee- und Graupelschauer, Temperatur um Null.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Freitag, 20 Uhr, wird als 20. Abonnements-Vorstellung der Serie C „Mignon" gegeben. Morgen Sonnabend, 20 Uhr: „Zar und Zimmermann". Pfingstsonntag, 20 Uhr, in Neueinstudierung Adams komische Oper „Der Postillon von Lonjumeau"; anschließend „Das Fest des Königs". Montag, 18 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg". Dienstag „Die Bohème".

Lobetheater. Freitag, 20 Uhr, sowie an beiden Pfingstfeiertagen 15,30 Uhr letzte Aufführungen des großen Lacherfolges „Arm wie eine Kirchenmaus", Lustspiel von Sodor, gleichzeitig letztes Auftreten von Käthe Gold in dieser Spielzeit. Sonnabend, 20 Uhr: Erstaufführung der Tragikomödie „Schieber des Ruhms" von Pagnol und Rivoiz, deutsch von Fred Angermayer. Inszenierung: Carl Behr. Wiederholungen an beiden Pfingstfeiertagen und täglich 20 Uhr.

Thaliatheater. Freitag, 20 Uhr, letzte Aufführung „Der Diktator" von Jules Romains. Sonnabend, 20 Uhr: Erstaufführung „Bürgerschippel", Komödie von Carl Sternheim, anläßlich des 50. Geburtstages des Dichters. Inszenierung: Kurt Ehrle. Wiederholungen an beiden Pfingstfeiertagen und täglich 20 Uhr.

Schauspielhaus. Heute Freitag und täglich geht die mit größtem Beifall aufgenommene Operette von Robert Stolz „Eine einzige Nacht" in Szene. Pfingstsonntag nachmittags „Der Zarewitsch". Pfingstmontag nachmittags „Drei arme kleine Mädels".

Liebichtheater. Gastspiel des Berliner Metropoltheaters: „Die Tugendprinzessin". Der Vorverkauf für die beiden Pfingstfeiertage, an welchen täglich zwei Vorstellungen, nachmittags um 4 Uhr und abends um 8 Uhr, stattfinden, ist bereits eröffnet; die Eintrittskarten sind an der Theaterkasse ununterbrochen den ganzen Tag über ab 10 Uhr und bei Barasch ab 8 Uhr früh erhältlich.

Ritterietheater. Täglich 9¼ Uhr die gefeierte norwegische Tanzkünstlerin Bella Siris. 1. Demonstrationsvortrag: „Wie bleibe ich jung, schlank, gesund und schön?" 2. Hüllenlose künstlerische Schönheitstänze. Vorher der große Varieté-Teil. Täglich 8¼ Uhr bei schönem Wetter Garten-Varieté mit erstklassigen Kräften. Eintritt frei für Gäste.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.

Die Redaktion.

Die Arbeitslosen als Wahlhelfer.

Der Magistrat ließ durch das Arbeitsamt Hunderte von Erwerbslosen als Wahlhelfer zum 20. Mai bestellen. Die erste Gruppe ab früh 5 Uhr, Lessingturnhalle, bis zur Ablösung nachmittags 2,30 Uhr, die zweite Gruppe von 12 Uhr bis in die Nacht. Dafür wurden 7,00 Mark zugesichert; für eine Zeitdauer mit Meldung von 13 bis 15 Stunden eine „fette" Bezahlung. Bei der Bezahlung im Rathause wurde eine Verdienstbescheinigung abgelehnt mit der Versicherung, daß ein Abzug vom Stempelgeld nicht erfolgt. Doch anders denkt man auf der Sternschanze. Am Zahltage wurde z. B. von 14,08 Mark Unterstützung 2,10 Mark wieder abgezogen, somit verbleiben 4,90 Mark für ununterbrochenen Wahldienst mit Vereidigung und die übrige Zeit der Handlung. Wie kann man eine Extraarbeit mit einem Stundenlohn von ungefähr 30 Pf. einem gereiften Menschen anbieten in der heutigen Zeit mit ihrer Teuerung, wo Gelder für andere Zwecke nicht so bestehen werden. Oder sollte hier der Sparsinn des Bürgerblocks Ausdruck finden? Vom Vorsteher war auf die vielen erregten Beschwerden nur der Trost zu hören, daß die Stadtverordneten zu beschließen haben. Wann ist das? Kann denn nur bei den vom Schicksal gequälten Arbeitslosen gespart werden? Wer gibt Auskunft über diese sonderbare Zahlungsmethode?

H. O.

Eine unangenehme Bettelei!

Die Reederei Kattein hat ihre alljährlichen Dampferfahrten von Wilhelmshafen wieder aufgenommen, eine Ausflugsart, die man immer wieder einmal gern mitmacht. In den letzten Jahren ist dabei nur leider eine sehr üble Begleiterscheinung mit in den Kauf zu nehmen, sogenannte musikalische Darbietungen, die mit Musik aber auch nicht im geringsten etwas zu tun haben, sondern von Menschen mit einigermaßen musikalischem Verständnis geradezu als eine Plage empfunden werden. Wenn nun schon diese Art Musik nicht zu ertragen ist und man sich an das äußerste Ende des Schiffes zu setzen gezwungen ist, um so wenig wie möglich davon abzubekommen, so ist es um so unverschämter, quasi gezwungen zu sein, dafür auch noch extra zu bezahlen. Wir stehen schon auf dem Standpunkt, daß die Reederei dafür zu zahlen hat, wenn ihr diese Darbietungen gefallen, sie möge aber das die Dampfer benutzende Publikum davon verschonen, insbesondere jedoch diejenigen, die einen derartigen „Kunstgenuß" als ehrenbeleidigendes Geräusch entschieden ablehnen. Entweder die Reederei sorgt für eine anständige Kapelle oder sie läßt die Dampfer ohne Musik fahren.

Den Herrn Polizeipräsidenten bitten wir da einmal nach dem Rechten zu sehen und diese unangenehme Bettelei energisch zu verbieten.

M. G.

Für die Verständigung Polens mit Deutschland.

Warschau, 25. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Im Auswärtigen Ausschuß des Sejm begann am Donnerstag die Diskussion der letzten Rede des Außenministers Zaleski. Die Vertreter des Regierungsblocks erklärten sich mit Zaleski im großen und ganzen einverstanden, während der Redner der nationalistischen Rechten gegen eine Verständigung mit Deutschland sprach und eine Annäherung an das faschistische Italien empfahl.

Die Redner der Sozialisten und der bäuerlichen Linken wandten sich gegen diese Ausführungen. Sie benutzten das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen zu energischen Vorstößen für eine Beschleunigung der Verständigung mit Deutschland. Der Sozialist Niedziałkowski führte z. B. aus, daß die Politik Polens hinsichtlich einer Verständigung mit Deutschland nicht immer hinter Frankreich herzuhinken brauche. Sie könne mindestens das gleiche Tempo wie die deutsch-französische Verständigung haben. Der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie werde wahrscheinlich viel leichter zu diesem Ziele führen. **Auch die Minderheitspolitik müsse geändert** und mehr unter den Gesichtspunkt der inneren Friedensbereitschaft gestellt werden als bisher. Die internationale Friedensinitiative sei kein Monopol der großen Völker.

Ein Vertreter des Regierungsblocks trat schließlich ebenfalls noch für die deutsch-polnische Verständigung ein und betonte, daß der Sieg der deutschen Linken die Voraussetzung dafür entscheidend verbessert habe. Mit den Deutschnationalen sei eine Verständigung gewiß nicht möglich gewesen. Die neue Reichsregierung werde sicherlich für Polen ein besserer Kontrahent sein als die alte. **Der Redner trat schließlich noch für die beschleunigte Räumung des Rheinlandes ein.**

Das Urteil im Kolmarer Prozeß

Straßburg, 25. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Im Kolmarer Autonomistenprozeß wurde am Donnerstag abend folgendes Urteil gefällt. Die Angeklagten Ricklin, Rosse, Schall und Fashauer wurden zu je einem Jahre Gefängnis und fünf Jahren Aufenthaltsverbot sowie zur Tragung der Kosten verurteilt. Das Aufenthaltsverbot läuft darauf hinaus, daß die Regierung den Angeklagten nach der Verbüßung der Strafe jeweils bestimmte Bezirke für ihren Aufenthalt zuweist. Die Geschworenen hatten den ersten Teil der Schuldfrage (Teilnahme an dem Komplott) für die genannten Angeklagten bejaht, während für die übrigen elf Angeklagten die Schuldfrage mit Stimmenmehrheit verneint worden war.

Die fünf Monate Untersuchungshaft werden den Angeklagten angerechnet. Innerhalb drei Tagen haben sie das Urteil anzunehmen oder Berufung einzulegen. Als das Urteil der vor dem Gericht lauernden Menschenmenge bekannt wurde, kam es zu langanhaltenden Demonstrationen und zu Zusammenstößen.

Straßburg, 25. Mai. (Eigener Funkbericht.).

Der Verteidiger der elsässischen Autonomisten, Berthou, erklärte nach Abschluß des Prozesses, daß die Angeklagten vor dem Kassationshof den ganzen Elsässer-Prozeß nochmals aufrollen werden. Die Berufung ist danach bestimmt zu erwarten.

* * *

Das Urteil im Autonomistenprozeß wird in der deutschen Presse ausschließlich als ein Fehlurteil betrachtet. Die „Germania" schreibt zum Beispiel: „Wir können nicht übersehen, was die Geschworenen zu ihrem Urteil veranlaßt hat und wissen nicht, was sich hinter den verschlossenen Türen des Beratungszimmers abspielte. Wir sehen nur das Ergebnis und müssen mit Besorgnis feststellen, daß hier ein Weg betreten wurde, der notwendig in die Irre führt."

* * *

Unsere Meinung ist: Der Prozeß war eine Justizkomödie schlimmster Art, das Recht ist zu politischen Zwecken schamlos gebeugt worden.

Wilde Kommunistenhatz in Argentinien.

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf das italienische Generalkonsulat in Buenos-Aires sind inzwischen **mehr als 200 Kommunisten verhaftet** worden. Irgend ein Anhaltspunkt für die Täterschaft hat sich bisher noch nicht ergeben.

Hat man den Attentäter?

Im Zusammenhang mit dem Bombenattentat auf das italienische Konsulat in Buenos Aires wurde am Donnerstag ein Anarchist verhaftet, der im dringenden Verdacht der Täterschaft steht. Der angebliche Täter konnte bisher jedoch nicht überführt werden. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Immer wieder der polnische Schulstreit.

Falsche Auslegung des Haager Urteils in Polen.

Das Urteil des ständigen internationalen Gerichtshofes im Oberschlesischen Schulkonflikt stellt eindeutig fest, daß die Erklärung der Eltern über die Sprache ihrer Kinder „keiner Nachprüfung, Bestreitung, keinem Druck und keiner Beeinträchtigung von seiten der Behörden in irgendwelcher Form" unterliegt. Damit ist unzweideutig entschieden, daß Sprachprüfungen der für die Minderheitsschulen angemeldeten Kinder nicht stattfinden dürfen. Wenn der polnische Außenminister daher in seiner jüngsten Rede vor dem auswärtigen Ausschuß des polnischen Sejm sich dahin geäußert hat, daß der Völkerbundsrat sich nun über die Fortsetzung der Sprachprüfung schlüssig werden müsse, so ist er offenbar unzureichend informiert gewesen.

Diese unzureichende Information dürfte von den Stellen kommen, die durch ihren hartnäckigen Chauvinismus Oberschlesien nicht zur Ruhe kommen lassen. Das sind vor allen Dingen die Kreise der Wojewodschaft in Kattowitz mit dem Wojewoden an der Spitze. Diese Kreise haben das Haager Urteil in dem Sinne ausgelegt, daß sie von den Eltern, die ihre Kinder in die deutschen Minderheitsschulen schicken wollen, eine protokollarische Erklärung verlangen, daß das Kind nur die deutsche Sprache spreche. An sich ist es nach dem Haager Urteil berechtigt, daß die polnischen Behörden sich Erklärungen über die Sprache der Kinder abgeben lassen. Was aber nicht nur den tatsächlichen Verhältnissen in Oberschlesien, sondern auch dem Haager Urteil direkt widerspricht, ist die Einfügung des Wörtchens „nur". Das Haager Urteil erörtert in seiner Begründung ausdrücklich den Fall, daß eine Person weder deutsch noch schriftpolnisch spricht, daß nicht einmal die Sprache, deren sich das Kind im allgemeinen bedient, ausschließlich in Frage kommt, wenn die Eltern eine andere Sprache als ihre Kultursprache ansehen. Tatsächlich ist es nun in Oberschlesien so, daß die große Masse der Bevölkerung einen Dialekt spricht, der weder deutsch noch polnisch ist, sodaß die wenigsten Eltern mit gutem Gewissen behaupten können, daß ihr Kind „nur" deutsch spreche. Doe Formulierung der von ihnen amtlich verlangten Erklärung setzt sie daher einem Zwang aus, der weder inhaltlich noch formell aus dem Haager Urteil sich rechtfertigen läßt.

Man muß daher damit rechnen, daß der Streit um die deutschen Minderheitsschulen, der nun bereits den Völkerbundsrat und den Gerichtshof im Haag beschäftigt hat, noch nicht erledigt ist, sondern infolge der nicht loyalen Handhabung des Haager Urteils durch die polnischen Behörden von neuem aufleben wird.

Gegen die Auslieferung Bela Khuns

London, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Einige der bekannten Sozialisten Europas haben auf Veranlassung des englischen Abg. Arthur Henderson am Donnerstag eine ausführliche Kundgebung gegen die Auslieferung Bela Khuns an die österreichische Regierung gesandt. Die Kundgebung ist unterzeichnet von dem englischen Abgeordneten Philipp Snowden, dem belgischen Senator Louis de Brouckere, dem deutschen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Franken, dem dänischen Abgeordneten Th. Stauning, von Leon Blum und Pierre Renaudel-Frankreich. In dem Telegramm heißt es u. a.:

„Die Unterzeichneten wissen sich einig mit der österreichischen öffentlichen Meinung in der Verurteilung eines Versuchs der kommunistischen Internationale, die internationalen Schwierigkeiten der österreichschen Republik dadurch zu vergrößern, daß sie Wien zum Sitz einer geheimen politischen Aktion gemacht haben. Aber trotz dieser schärfsten Verurteilung der Methoden der kommmunistischen Internationale und trotzdem die Unterzeichneten keinerlei Grund zu irgendwelchen Sympathien für Bela Khun haben, der die ungarische Arbeiterschaft in das größte Unglück gestürzt hat und dessen Aktionen auch jetzt unzweifelhaft vor allem gegen die Einheit der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der ungarischen Arbeiterschaft gerichtet waren, halten es die Unterzeichneten für ihre Pflicht, die österreichische Regierung nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, welche Erregung es in allen Demokratien Europas hervorrufen und wie scharf es von allen demokratischen Parteien Europas verurteilt werden würde, wenn sich die österreichische Regierung dazu drängen ließe, einen besiegten Revolutionär seinen Feinden auszuliefern."

Rumänien unter französischer Finanzkontrolle.

Bukarest, 24. Mai. Ein amtliches Kommuniqué der rumänischen Regierung vom 22. Mai teilt mit, daß Rumänien unter die Finanzkontrolle der Bank von Frankreich gestellt werde. In Finanzkreisen macht diese Mitteilung größtes Aufsehen, um so mehr, als noch vor einigen Tagen die ersten Gerüchte über diese Maßregel dementiert worden waren.

Gegen eine italienische Taktlosigkeit.

Heftige Demonstrationen gegen den Innsbrucker italienischen Konsul.

Wien, 25. Mai. (Eig. Funkbericht.)

In Innsbruck kam es am Donnerstag im Laufe des Nachmittags und gegen Abend wiederholt zu größeren Demonstrationen. Die Demonstranten äußerten ihren Haß gegen Italien mit Pfuirufen, so daß die Polizei mit Gummiknüppeln eingriff. Mehrere Personen wurden verletzt. Die gegen Abend einsetzenden Demonstrationen richteten sich gegen die Privatwohnung des italienischen Konsuls, der am Donnerstag zur Feier des Eintritts Italiens in den Krieg im Jahre 1915 die Nationalflagge gehißt hatte. Immer und immer wieder erscholl der Ruf: „Pfui mit Mussolini, nieder mit Mussolini, nieder Italien usw." Die Polizei, die gegen die Menge vorging, wurde mit Mussolinigarde betitelt. Sie nahm insgesamt 14 Verhaftungen vor, darunter meistens Studenten. Als abends gegen 10 Uhr einige hundert, darunter meist jugendliche Personen, zu einer italienischen Gastwirtschaft ziehen wollten, wurden sie vor dem Lokal angehalten und von der Polizei unter Anwendung des Gummiknüppelts und der blanken Waffe zerstreut. Auch wiederholte Versuche, noch in den späten Abendstunden zu der Privatwohnung des italienischen Konsuls zu gelangen, scheiterten infolge der polizeilichen Absperrung. Die Umzüge dauerten bis spät in die Nacht hinein. Der gegen Mitternacht unternommene Versuch von Demonstranten, nach den Beamtenhäusern der italienischen Eisenbahner zu gelangen, scheiterte ebenfalls.

Die Innsbrucker Studentenschaft versuchte ihr Verhalten in einer öffentlichen Erklärung zu rechtfertigen. Sie stellt fest, **daß ganz Südtirol aufs äußerste erbittert sei** und man gegenüber dem letzten Vorfall in der freien Stadt Innsbruck nicht mehr hätte ruhig bleiben können. Die Studentenschaft wisse sich eins mit den Gefühlen der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied der Partei.

Ein Vertreter der österreichischen Regierung sprach am Donnerstag Nachmittag dem italienischen Gesandten in Wien das Bedauern über die Vorfälle in Innsbruck aus.

70 ehemalige russische Gutsbesitzer verhaftet

Kowno, 24. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die G.P.U. in Smolensk 70 ehemalige Gutsbesitzer verhaftet, die Kollektivwirtschaften eingerichtet hatten, um ihren Boden zu behalten. Der Landbesitz ist beschlagnahmt, die Gutsbesitzer sind nach Sibirien ausgewiesen worden.

Gefälschte Protokolle.

Damit wird in der Moskauer Justizkomödie gearbeitet.

Riga, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im weiteren Verlaufe des Donezprozesses sind — nach Berichten aus Moskau — die für die Deutschen belastenden Angaben der geständigen Angeklagten stark erschüttert worden. Der Bergtechniker Kalganoff hatte in der Voruntersuchung behauptet, daß die deutsche Firma Knapp 50 Rubel für jede gelieferte Maschine gezahlt habe. Im Kreuzverhör erklärte er, selbst von der Firma Knapp nichts erhalten, sondern lediglich von einem anderen Angeklagten gehört zu haben, daß die Firma Knapp bereit sei, derartige Provisionen zu zahlen. Obwohl Staatsanwalt Krylenko ihn wiederholt auf das Untersuchungsergebnis hinwies, hielt Kalganoff diese Aussagen aufrecht unter dem Hinweis, daß das Protokoll der Voruntersuchung in diesem Punkte nicht zutreffend sei. Er stellte ferner fest, daß einige belastende Angaben gegen andere Angeklagte, die in seinem Geständnis in der Voruntersuchung enthalten sind, sich lediglich auf Annahmen und Vermutungen stützen.

Belagerungszustand in Peking.

Peking, 24. Mai. Tschangtsolin verhängte heute den Belagerungszustand über Peking. Neue Truppenteile haben sich an die Front begeben, da man schon morgen mit Zusammenstößen mit den Südtruppen rechnet. Straßendemonstrationen und Ansammlungen sind in der Stadt verboten. Die Arbeiterorganisationen wurden für aufgelöst erklärt. Ueber das Eintreffen Borodins erklärte General Feng, daß Borodin von ihm persönlich als militärischer Berater herangezogen sei.

Auf der Station Guandzi entgleiste ein mit Nordtruppen besetzter Militärzug, wobei elf Soldaten getötet und zweiundfünfzig schwer verletzt wurden.

Die japanische Regierung hat das Oberkommando in der Mandschurei veranlaßt, eine dritte Zone in der Nordmandschurei zu bilden. Alle neutralen Zonen erfordern zum Schutz des Gebietes 10 000 Soldaten. Die Nankingregierung hat dem Generalkonsul einen neuen Protest gegen die Entsendung von japanischen Truppen eingereicht.

Militarismus in China.

Der in Nanking zusammengetretene Pädagogische Kongreß der Kuomingtang beschloß, die Einführung der militärischen Erziehung an allen chinesischen Mittel- und Hochschulen.

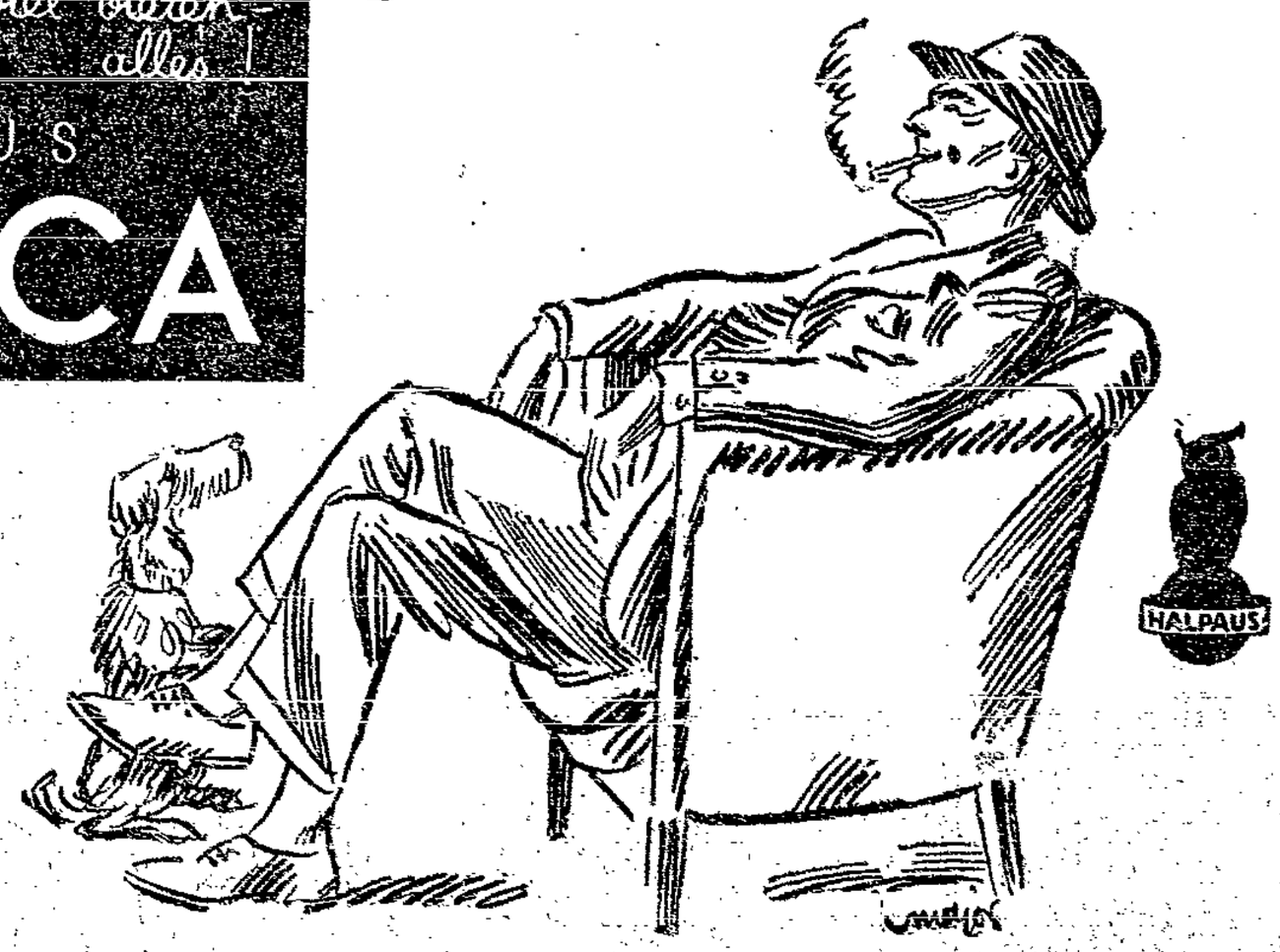
Goldene Trauringe
fugenlos — Gravierung gratis
Stadtbekannt billigste Preise
Größtes Lager, auch in 5904
Uhren und Geschenkartikeln
Für streng reelle Bedienung bürgt das
40 jährige Bestehen meiner Firma
Albert Mönwius
Schmiedebrücke 56 Telefon 27481
Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke
Ich unterhalte keine Filialen!
Mit Geschäft, ähnlich klingend, Namens hat meine Firma nichts zu tun.

Die schönsten Hosen
Große Auswahl

Eigene Anfertigung
In allen Weiten und Größen
Eigene Anfertigung sehr preiswert
Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Das Tempo unserer Zeit gewährt nur Augenblicke — Cigarettenlängen. Da muß eine Cigarette viel bieten — alles!
HALPAUS
MOCCA
5 Pf

Ich geniesse


Schießwerder

Sonntag, den 27. Mai 1928 (1. Pfingstfeiertag) **früh 6 Uhr** beginnend

veranstaltet vom

Morgen-Konzert

„Volkschor Breslau" u. „Männerchor Breslau"
(Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes)

Gemischte Chöre — Männerchöre — Orchesterkonzert

Leitung der Gemischten Chöre: Otto Burkert — Leitung der Männerchöre: Ernst Aug. Voelkel — Orchesterleitung: Paul Rüster

Einlaß früh 5 Uhr — Programm im Vorverkauf 40 Pfennige, an der Kasse 60 Pfennige — Einlaß früh 5 Uhr

---

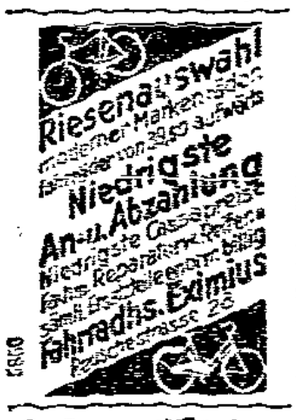
Stadttheater
(Opernhaus)
Freitag
20 bis gegen 22.45:
20. Abonn.-Vorstell.
Serie C 3836
Mignon.
Sonnabend
20 bis 22.45 Uhr:
Zar u. Zimmermann
Sonntag
20 bis 22.45 Uhr:
In Neueinstudierung!
Der Postillon von Lonjumeau
Das Fest des Königs.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 5287
Tel. 36300
Täglich 20 Uhr:
„Eine einzige Nacht"
Pfingstsonntag,
nachmittags 15½ Uhr:
„Der Zarewitsch"
Pfingstmontag,
nachmittags 15½ Uhr:
Drei arme kleine Mädels.

Lobe-Theater.
Tel.: 56747.
Freitag 20 Uhr
Pfingstsonntag
u. -Montag 15.30 Uhr:
Letzte Vorstellungen des stürmischen Heiterkeitserfolges!
Arm wie eine Kirchenmaus
Hauptrollen:
Käthe Gold und Kurt Ehrle.
Sonnabend 20 Uhr
Zum ersten Male!
Pfingstsonntag,
Pfingstmontag
u. die folgenden Tage
20 Uhr:
Schieber des Ruhms
Tragikomödie
von Pagnol und Nivoix.
Deutsch
von Fred A. Angermayer.

Thalia-Theater
Tel.: 56747.
Freitag 20 Uhr:
Zum letzten Male!
Der Diktator
Titelrolle:
Gerhard Ritter.
Sonnabend 20 Uhr:
Zum ersten Male!
Pfingstsonntag
Pfingstmontag
und täglich 20 Uhr:
Bürger Schippel
Komödie
von **Carl Sternheim.**
5835

Liebich-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Tugendprinzessin
Sonntag 2 Vorstellungen
4 und 8 Uhr 1265



„Frauenwelt" ist frei.
Zu haben überall.

„Frauenwelt"
Eine Halbmonatsschrift für die Frau der schaffenden Völker.
Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

1., 2. u. 3. Pfingstfeiertag

Nach Wilhelmshafen und zurück — ab Promenade früh 5 Uhr, ab Ohlau-Ufer früh 5,10 Uhr — alle 10 Min.

Nach Lanisch, Steine und Margareth und zurück — ab Ohlau-Ufer früh 5 Uhr alle Stunden.

Wochentags:
Nach Wilhelmshafen und zurück — ab Promenade nachm. 2 Uhr, ab Ohlau-Ufer nachm 2,10 Uhr — halbstündlich

11650 **Telefon 55174.** **Rudolf Kattein.**

---

29. Mai (3. Pfingstfeiertag)
verkehren die Dampfer
nach Sandberg ab Königsbrücke nachm. 2 und 3 Uhr,
ab Sandberg abends ½8 Uhr.
Tel. 55174. 11651 **Rudolf Kattein.**

Was Sie zu

Pfingsten

gebrauchen

das kaufen Sie

wie immer

gut und billig

bei

Messow

Pfingstkarten
in großer Auswahl
3 Stück **10** Pf.

Das **Haus** der

billigen Preise

Meyers Lexikon

Das Wissen des XX. Jahrhunderts

Der Grundstock jeder modernen Bücherei

Verlangen Sie Prospekte und Auskünfte in den

Volkswachtbuchhandlungen

Neue Graupenstr. 4/5 und Neue Taschenstr. 11.

Sie haben

die richtige Idee,
wenn Sie sich vornehmen, bei uns zu kaufen, denn ein Kauf bei uns ist

ein sicherer Gewinn!

Unsere Haupt-Artikel:

Der moderne Kammgarn-Anzug
in den herrlichsten Farben
32.-, 40.-, 45.-, 56.-, 60.- und höher

Karo, die große Mode
38.-, 40.-, 48.-, 54.-, 65.- und höher

Der fesche Frühjahrs-Mantel
mit und ohne Gurt
25.-, 38.-, 45.-, 55.- und höher

Kammgarn-Hosen / Windjacken / Lüstre- und Sommer-Bekleidung / Maßanfertigung

Knaben- und Jünglings-Bekleidung
in riesiger Auswahl zu bekannt billigen Preisen

Gebr. Meister

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Gegründet 1866
Breslau, Albrechtstr. 40 Parterre i. und II. Etage

TdN Fürstenstraße 32.
Theater des Nordens 5885
Das vorzügliche Pfingstprogramm
Das Tollste vom Tollen!
Die
keusche Susanne
mit der entzückenden **Lilian Harvey**
Willi Fritsch, Ruth Weyher u. a.
Außerdem:
2 tolle Grotesken
Beginn: Wochentags 5.00, 6.15, 8.30
Sonn- u. Feiertags 4.30, 6.30, 8.45

Konzerthaus WAPPENHOF
1. Pfingstfeiertag ab 6 Uhr:
Großes Morgenkonzert
ausgeführt von dem
Männergesangverein „Cäcilia" u. Frauenchor
Dirigent: **Werner Sander** 5900
sowie von dem verstärkten **Wappenhof-Orchester**
Leitung: Kapellmeister **Max Schieweg**

Zentral
THEATER-WESTEND-STR. 50
Bis Donnerstag, d. 31. Mai
Das große Pfingstprogramm
Der Weltschlager des Humors
Charlie Chaplin in Zirkus
Monatlich Balcontarif
Jugendliche 40 Pf.
1. u. 2. Feiertag, 3 Uhr
große Jugendvorstellung
Charlie Chaplin in Zirkus
5893

Weltbühne
Wochent.: 6 u. 8½. — Sonn- u. Festtags: 3½, 6 u. 8½
Unser erstklassiges Pfingstprogramm!
Vollständige Neuaufführung:
Der große Abenteurerkönig
Harry Piel
in seinen bisher besten Filmen:
5885
Das schwarze Kuvert und **Rivalen**
Abenteuer u. Sensationen von unerhörter Spannung
Regie u. Hauptrolle: **Harry Piel**

Warthburg-Lichtspiele
Gräbschener Straße 94a
Das große Pfingstprogramm!
Maria Paudler u. Harry Liedtke
in
7 Akte **Wochenendzauber** 7 Akte
(Ich hab' mein Herz im Wochenend verloren)
Ferner:
Einsam unter Menschen
Die Geschichte eines Leuchtturms in 7 Akten
Deutig-Woche!
An beid. Feiertagen, 3 Uhr: Gr. Kind.-Vorstellung
Gebrüder Schmidt und Kasperlchen unserer „Insulaner" und Groteske. 5893

Trebnitz i. Schl.
die Perle des Katzengebirges
Bade-, Kur- u. Ausflugsort
Herrlicher Buchenwald unmittelbar an die Stadt anschließ.
Städtisches Freibad (Familienbad)
Schwimm-, Licht-, Luft- u. Sonnenbad, 5896
= mit schönem breitem Badestrand =
Gute Bahnverbindungen mit Breslau
Vorzügliche Autoverkehrsstraße Breslau-Trebnitz
Beste Gelegenheit zum Wochenend-Aufenthalt
Günstiges Villen- und Siedlungs-Gelände
Auskunft erteilt der Magistrat

Wir sind Leser der Volkswacht
Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der Volkswacht inserieren. Sagt das beim Einkauf. Ihr nützt uns und damit Euch selbst.

Aus aller Welt

Freitag, 25. Mai 1928

Schweres Verkehrsunglück.

Auf der Goldbergstraße in Buer-Mitte ereignete sich Mittwoch nachmittag ein schweres Unglück. Ein aus der Richtung Herten kommender Straßenbahnwagen mit Anhänger stieß mit einem aus der Erlestraße kommenden Lastkraftwagen zusammen. Infolge des heftigen Zusammenstoßes kippte der Motorwagen der Straßenbahn vollständig um, ebenso der Anhänger des Lastautos. Von den zahlreichen Insassen der Straßenbahn wurden zwei Personen getötet, während etwa zwanzig mit teils schweren, teils leichten Verletzungen dem naheliegenden Krankenhaus zugeführt wurden. Die Unglücksstätte, umlagert von vielen Neugierigen, bietet ein schreckliches Bild. Der Straßenbahnführer erlitt schwere Kopf- und Armverletzungen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Vom Blitz erschlagen

wurden bei der Zanziner Rahmhütte im Kreise Landsberg/Warthe **acht Kulturarbeiterinnen**, die unter einem Baum Schutz vor dem Regen gesucht hatten. Drei Frauen wurden lebensgefährlich und fünf weitere leicht verletzt.

Die italienische Flagge über dem Nordpol abgeworfen.

Nach einem Funkspruch der „Italia" hat General Nobile bei seinem mitternächtlichen Flug über den Nordpol die italienische Flagge und das vom Papst gesegnete Kreuz abgeworfen. Das Luftschiff setzt seinen vorgesehenen Rückflug nach Kingsbay fort.

Eine neue Panik in Nieder-Georgswerder.

In Nieder-Georgswerder bei Hamburg entstand in der letzten Nacht infolge Gerüchten über eine neue Gasgefahr wiederum eine Panik unter der Bevölkerung. Die Einwohner verließen die Häuser und eilten in großer Erregung auf die Straße, um sich in Sicherheit zu bringen. Polizeibeamte aus Hamburg, sowie Mitglieder des Hamburger Stadtverordnetenkollegiums konnten die erregten Gemüter erst nach langen Bemühungen beruhigen. Es wurde erneut eine Hilfswache des Arbeitersamariterbundes eingerichtet, um gegebenenfalls sofort Hilfe zu leisten.

Raffinierte Schwindeleien,

bei denen die Betrogenen obendrein noch Prügel erhielten, hat der wegen Betrugs wiederholt vorbestrafte Berliner Feinkosthändler Schrauder in Gemeinschaft mit einer gleichfalls vorbestraften Frau Margarete Dittrich begangen. Ihre Opfer sind etwa 20 abgebaute Staatsbeamte, meistens frühere Schutzpolizisten, die durch die Schwindelfirm um ihre Abfindungen und Ersparnisse gebracht worden sind. Außer ihnen dürften auch einige Berliner Firmen um große Summen geschädigt worden sein. Das Schwindlerpaar hat die Leichtgläubigen um etwa eine halbe Million Mark erleichtert. Schrauder, der auch wegen Heiratsschwindeleien sieben Monate im Gefängnis gesessen hat, lernte nach seiner Entlassung im Jahre 1927 die Dittrich, eine geschiedene Schlächtermeistersfrau, kennen. Durch einen Berliner Maler ließ sich das famose Paar verschiedene ausgeschiedene Schutzpolizeibeamte zuführen, die es zu überreden wußte, ihm die vom Staate erhaltenen Abfindungen zur Gründung eines Industrieunternehmens zu überlassen. Jedem der Leute wurde eine Anstellung als kaufmännischer Angestellter in einer zu gründenden Wurstfabrik versprochen. Keiner der Geldgeber erfuhr zunächst vom anderen, jeder glaubte vielmehr, der einzige Angestellte mit Interesseneinlage zu sein. Als Sicherheiten übereigneten Schrauder und die Dittrich den Geldgebern Fleischereimaschinen und Einrichtungsgegenstände der Fabrik, die gar nicht ihr Eigentum waren. Auch die Fabrik gehörte den Betrügern nicht. Schließlich gründeten die beiden Schwindler eine Imbißstube und beschafften sich dafür das Geld von einigen Frauereien und einer Anzahl privater Geldgeber. Dieser neue Betrieb wurde jedoch sofort nach seiner Eröffnung wieder verpachtet, Schrauder und die Frau kauften nun eine Likörstube. Diesmal mußten wieder frühere Schutzpolizeibeamte das Geld hergeben. Das Paar verkaufte aber auch dieses Lokal, ohne daß den Geldgebern auch nur ein Pfennig zurückgezahlt wurde. Die Schwindler waren sogar so frech, sich zur Gründung einer neuen Wurstfabrik an neue Geldgeber zu wenden. Schrauder und die Frau traten stets sehr elegant auf und wußten sich den Anschein großer Kreditwürdigkeit zu geben. Wenn die Gläubiger aber ihr Geld verlangten, wurden sie verprügelt und hinausgeworfen. Der Erlaß eines Haftbefehls gegen die Betrüger steht bevor.

Regelmäßiger Flugdienst Berlin—Wien.

Ab 30. Mai wird die Deutsche Lufthansa einen regelmäßigen Expreßdienst Berlin-Wien durchführen. Das Flugzeug, das Wien in 4½ Stunden erreichen soll, fliegt am frühen Morgen von Berlin ab, so daß der Anschluß an die Luftverbindung Wien—Venedig—Rom sichergestellt wird. Das Flugzeug, das 15 Fluggäste befördern kann, ist so eingerichtet, daß eine Verpflegung der Passagiere während des Fluges möglich ist.

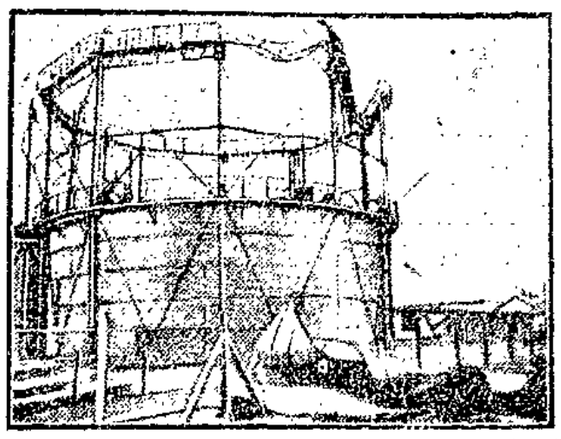
Ein kleines Warenhaus ausgeplündert

hat eine 19jährige Verkäuferin auf einem kleinen Saardorfe. Seit dem Jahre 1925 verschwanden aus dem Textilwarengeschäft, in dem sie beschäftigt war, alle möglichen Gegenstände und zuweilen auch Barbeträge. Angesichts ihrer Frömmigkeit blieb die Verkäuferin zwei Jahre lang von jedem Verdacht frei, bis eines Tages 200 Franken in der Kasse fehlten und ein Landjäger in der Wohnung der Angestellten eine Untersuchung vornahm. Er fand nicht nur das Geld, sondern entdeckte auch einen ganzen Stapel gestohlener Sachen, deren Wert sich auf mindestens 50 000 Franken beläuft. Die Diebin wurde aus dem Geschäft heraus verhaftet und gab den Diebstahl zu, widerrief aber später ihr Geständnis und erklärte, mit dem Chef der Firma, der inzwischen verstorben ist, ein Liebesverhältnis gehabt zu haben. Man schenkt dieser Behauptung aber keinen Glauben.

Seine eigene Frau erschossen

hat in Völklingen an der Saar ein 34 Jahre alter Briefträger. Er war mit seiner vier Jahre jüngeren Frau seit 1917 verheiratet, lebte aber mit ihr nicht im besten Einvernehmen. Am Donnerstag nachmittag kam es wieder zu einer erregten Auseinandersetzung. Der Briefträger verließ fluchtartig die Wohnung, lief zur Polizei und erklärte dort, daß er seine Frau erschossen habe. Inzwischen hatten Nachbarn die Frau in der Wohnung mit einer schweren Schußverletzung in der Brust aufgefunden. Ein sofort herbeigeholter Arzt konnte nur noch den Tod feststellen; die aus einem Armeerevolver abgegebene Kugel hatte das Herz durchbohrt. Der Briefträger wurde verhaftet; er will von seiner Frau, die ihn früher schon einmal mit einem Messer gestochen habe, bedroht worden sein.

Der Blitz schlägt in einen Gasometer.



Am 23. Mai schlug während eines starken Gewitters bei Berlin-Staaken der Blitz in einen Gasometer, der explodierte. Sämtliche Fensterscheiben in der Nachbarschaft zersprangen.

Explosion eines Sauerstoffbehälters in Staaken.

Bei einem sich am Mittwoch über Berlin entladenden Gewitter explodierte ein kleiner Sauerstoffbehälter von 2000 Kubikmeter Inhalt der Zeppelin-Wasserstoff- und Sauerstoff-Werke in Staaken. Der Behälter war seit längerer Zeit außer Betrieb und leer. Die Ursache ist noch nicht festgestellt, wahrscheinlich aber auf atmosphärische Einflüsse zurückzuführen. Die Untersuchung ist noch im Gange. Bei der Explosion flogen kleinere Blechstücke des Behälterdeckels ins freie Gelände. Der Materialschaden beschränkt sich fast ausschließlich auf zertrümmerte Fensterscheiben des benachbarten Fabrikgeländes. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung. Verletzungen sind nicht vorgekommen mit Ausnahme einer kleinen Verwundung von Arbeiterinnen durch Glassplitter.

Ein Todesopfer des Gewitters in Berlin.

Während des schweren Gewitters, das am Mittwoch nachmittag über Berlin niederging, wurde in Berlin-Lichterfelde eine ältere Frau auf offener Straße vom Blitz erschlagen. Das Gewitter entlud sich besonders über Spandau, dem Süden und Südwesten Berlins.

Furchtbare Bluttat eines Geisteskranken.

In der Nacht zum Dienstag erschlug in Frankfurt am Main ein 73 Jahre alter Invalide seine 77 Jahre alte Frau, während sie schlief, mit einem Handbeil und brachte ihr eine tiefklaffende Kopfwunde bei, die den sofortigen Tod herbeigeführt haben dürfte. Nach der Tat warf er sich vor einen Zug und blieb tot auf der Strecke liegen. Der Invalide, der früher schon mehrere Male in einer Heilanstalt untergebracht worden war, zeigte in der letzten Zeit wieder Spuren von Nervenzerrüttung. Als er kürzlich wieder in die Anstalt gebracht werden sollte, versuchte er, sich aus dem Fenster zu stürzen. Offenbar aus Angst vor einer bevorstehenden Operation entwich er sodann aus der Anstalt und beging die Tat.

Bestien in Menschengestalt.

Die deutsche Verbrechenschronik ist abermals um zwei schwere Mordfälle bereichert worden. In dem Orte Alt-Sarnow bei Stepenitz in Pommern fand man den 71jährigen Landwirt Hempel in einer Entfernung von etwa 150 Metern von seiner Besitzung, einer Hammelschäferei, in einer Blutlache tot auf. Die Mordkommission stellte fest, daß Hempel durch mehrere Schläge auf den Kopf getötet worden ist. Als der Tat dringend verdächtig wurde der 51jährige Landwirt Franz Hartwig, der seit Monaten mit dem Getöteten in Streit lag, festgenommen. Hartwig bestreitet entschieden die Täterschaft, machte aber bei seiner Vernehmung so widersprechende Angaben, daß sich der Verdacht gegen ihn verschärfte.

Im Städtischen Park von Abtnauendorf bei Leipzig wurde der 13 Jahre alte Sohn eines Handelsvertreters aus Leipzig-Mockau ermordet aufgefunden. Der Knabe war seit Dienstag mittag vermißt worden. Als Täter kommt ein 17jähriger Bursche in Frage, der noch gesucht wird. Neben dem toten Knaben, der von dem Mörder mit den Hosenträgern erdrosselt worden ist, lag der Federkasten, mit dem der Junge sich zur Wehr gesetzt hatte. Zwischen dem Täter und seinem Opfer muß ein harter Kampf stattgefunden haben, da die Leiche verschiedene Kratzwunden aufweist.

Furchtbarer Unglücksfall auf einem Wiener Bahnhof.

Ein gräßliches Unglück, das durch Leichtsinn verschuldet wurde, hat Mittwoch auf der Stadtbahnstation Heiligenstadt bei Wien ein Menschenleben gefordert. Als ein Zug ausfahren sollte, sprang noch rasch ein junger Mann auf das Trittbrett. Auf diesem stand noch ein alter Mann, der gerade einsteigen wollte. Dieser wurde von dem Aufspringenden vom Trittbrett geschleudert. Er fiel auf den Bahnkörper und die Räder rollten über den Unglücklichen hinweg. Als der Zug zum Stehen gebracht werden konnte, war der Verunglückte bereits tot. Man suchte im Zuge nach dem Mann, der das Unglück verschuldet hatte; er war aber nicht zu finden.

Großfeuer in Oberösterreich.

Montag brach in Langfirling bei Freistadt in Oberösterreich infolge Schadhaftigkeit eines Schornsteins ein Großfeuer aus, dem in kurzer Zeit 21 Anwesen und ein Teil des Viehbestandes zum Opfer fielen. Eine Frau wurde lebensgefährlich verletzt. Pioniere sind mit Lastautomobilen an die Unglücksstätte abgegangen. Die Schadensumme von 250 000 Schilling ist kaum zur Hälfte durch Versicherung gedeckt.

Gewitter und Hagelschlag über Sachsen.

Verschiedene Gegenden Sachsens wurden am Mittwoch mittag von schweren Gewittern mit heftigem Hagelschlag heimgesucht. Ein Blitz traf in Löbau die Büroräume der Landesiedelungsgesellschaft und richtete dort großen Schaden an. Glücklicherweise waren die Angestellten der Gesellschaft nicht in den Räumen. Auf dem Löbauer Berge zersplitterte ein Blitz eine 15 Meter hohe Fichte. Ein anderer Blitz schlug in ein Anwesen im benachbarten Herwigsdorf ein. Das Wohnhaus und die angebaute Scheune brannten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Durch den Hagelschlag wurde großer Schaden in der Obstblüte angerichtet. Auch Bad Schandau und Umgegend wurden betroffen. Die Hagelkörner fielen so dicht, daß sie in dicken Haufen den Boden bedeckten.

Schwere Bluttat eines Räubers.

In Freital in Sachsen schoß der 23jährige Arbeiter Paul Patzig einen Kriminalwachtmeister nieder, der ihn wegen eines Kassenraubes vernehmen wollte. Hierauf floh der Täter, dauernd schießend, und verletzte drei Personen schwer. Im Feuergefecht mit zwei Polizeibeamten erhielt Patzig schließlich selbst einen schweren Kopfschuß.

Beim Schmuggeln erschossen

wurde in der Nähe von Lichtenbusch an der deutsch-holländischen Grenze ein 25 Jahre alte Mann. Als er auf Anruf der Zollbeamten nicht stehen blieb, schossen diese und verletzten ihn lebensgefährlich am Kopf.

Neue Grubenunfälle.

In Nordamerika haben sich zwei weitere Bergwerkskatastrophen ereignet. In der Jägergrube bei Bluefields (West-Virginia) wurden durch schlagende Wetter 30 Bergleute verschüttet. Die Rettungsmannschaften bemühen sich, die Eingeschlossenen, die noch am Leben sind, zu erreichen. — In der Yukongrube in Newoda wurden **17 Bergleute getötet.** Insgesamt sind bei den vier Grubenunfällen, die sich in den letzten Tagen in den Vereinigten Staaten ereigneten, mindestens **218 Bergleute ums Leben gekommen.**

500 Häuser in Unterägypten eingeäschert.

In der Stadt Tanta in Aegypten wütete eine Feuersbrunst, wodurch 500 Häuser eingeäschert wurden. Vier Personen sind ums Leben gekommen und acht erlitten schwere Verletzungen.

Schweres Unwetter über Lodz.

Ueber Lodz und den ganzen Bezirk ging ein schweres Unwetter nieder, das beträchtlichen Materialschaden anrichtete. Eine Person wurde durch Blitzschlag getötet. Die telegraphischen Verbindungen wurden unterbrochen und sogar Eisenbahndämme durch das Unwetter zerstört, so daß der Eisenbahnverkehr zum Teil schwer gefährdet ist.

Die verkaufte Braut.

Eine echt orientalische Geschichte hat sich dieser Tage in Palästina ereignet. Der 90jährige Klempner Aron Netach, der seit 30 Jahren in Akko in Palästina lebt, hat eine 10jährige Tochter. Sein Nachbar, ein mohammedanischer Krämer, ist Vater eines 14jährigen Sohnes. Nach orientalischem Brauch verkaufte Aron eines Tages sein 10jähriges Töchterchen um 30 palästinische Pfund als Frau für den 14jährigen Sohn des Krämers. Man setzte den Hochzeitstag fest und lud die Gäste ein. Da erfuhr der junge Bruder des Mädchens von der Sache. Er wandte sich an das Rabbinat in Akko, das bei der Stadtgemeinde vorstellig wird. Der Gemeindevorsteher beschwerte sich beim Mufti, der die Hochzeit untersagte. Um einen Skandal zu vermeiden, wurde nun statt der Hochzeit die Beschneidung des jüngeren Bruders des Bräutigams gefeiert. Aber damit war die Sache noch nicht in Ordnung. Die Braut befand sich bereits im Hause des Mohammedaners, der nicht geneigt war, sie gutwillig herauszugeben. Der Bruder des Mädchens setzte schließlich die Behörden von Haifa, das Oberrabbinat in Jerusalem, den Jüdischen Nationalrat und die Zionistische Exekutive in Bewegung. Dabei stellte sich heraus, daß trotz zehnjähriger englischer Administration die veraltete Gesetzgebung keinen Paragraphen kennt, auf Grund dessen man die unsinnige Heirat verhindern könnte. Gegenwärtig liegen die Akten bei der Regierung am Oelberg, doch besteht wenig Hoffnung, daß es gelingen wird, das Mädchen freizubekommen.

Freitod einer Künstlerin.

In Prag hat in der Nacht zum Donnerstag die tschechische Schauspielerin Xena Longen Selbstmord verübt. Sie sprang aus dem zweiten Stockwerk ihrer Wohnung auf die Straße, wo sie mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Während der Ueberführung ins Krankenhaus starb sie. Es handelt sich offenbar um eine Verzweiflungstat. Die Künstlerin gehörte zu den urwüchsigen Gestalten der tschechischen Bühnen, der aber eine große Zukunft versagt blieb. Sie war gezwungen, ihr großes Talent an kleinen Vorstadtbühnen in schlechten Stücken zu verschwenden. Xena Longen war die Frau E. E. Longens, der zuerst Maler war und der Generation Oppenheimers angehörte.

Ein schweres Bauunglück,

das zwei Menschenleben forderte, hat sich in Prag ereignet. Ueber dem ausgehobenen Grund eines Neubaues, der bereits zwei Stockwerke tief abgetragen war, wurde ein Gerüst errichtet, das infolge eines Erdrutsches mit der Bauhütte in die Tiefe ging. Mehrere Arbeiter wurden von den Erdmassen begraben. Ein Bauarbeiter, Vater von zwei Kindern, wurde tot unter den Trümmern hervorgezogen. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt. Ein weiterer Arbeiter liegt noch unter den Trümmern; es besteht keine Hoffnung, ihn lebend zu bergen.

Die verhängnisvolle Zigarette.

Ein raffinierter Raubüberfall wurde auf den Vertreter einer Pariser Zeitung in Polen, Emil Drauhow, verübt. Der Journalist lernte in einem Kattowitzer Vergnügungslokal eine junge Dame kennen, die sich als Bühnenschauspielerin ausgab. Drauhow schloß sich ihr zu einer Fahrt nach Warschau an. Als sich der Zug eben in Bewegung gesetzt hatte, bot die Dame ihrem Begleiter eine Zigarette an und begann auch selbst zu rauchen. Drauhow, der seiner Begleiterin von Anfang an nicht recht traute, glaubte einen eigentümlichen Geschmack zu verspüren und vertauschte die Zigarette mit einer eigenen. Trotzdem wurde er von einer bleiernen Müdigkeit befallen, nahm aber noch wahr, daß seine Begleiterin das Abteil verließ. Nach längerer Zeit kehrte sie mit zwei elegant gekleideten Männern zurück, die auf den Boden des Abteils eine Art Pulver streuten. Drauhow, der eine Ohnmacht nahen fühlte, vermochte sich mit Mühe zu erheben und suchte aus dem Abteil hinauszukommen, wobei sich ihm die beiden Männer in den Weg stellten und mit ihm handgemein wurden. Er konnte aber noch seinen Revolver ziehen und einen Schuß abfeuern. In dem nunmehr entstehenden Gedränge entwichen die Banditen. Die übrigen Reisenden, die mit Drauhow im selben Abteil saßen, waren so fest eingeschlafen, daß sie trotz des großen Lärms nicht erwachten. Drauhow, dem 4000 Zloty aus seiner Brieftasche geraubt waren, entdeckte beim Verlassen des Zuges in Warschau plötzlich seine Reisebegleiterin wieder und veranlaßte ihre Verhaftung. Es handelt sich um die 24jährige Kabarettkünstlerin Martha Wendorf, die ihre beiden Komplicen nicht kennen will.

Keine Dammbruchgefahr mehr in Amerika.

Die Ingenieur-Arbeiten zur Verhinderung des Dammbruches im Pesant-Tal in der Nähe von Salt Lake City konnten mit Erfolg durchgeführt werden. Es ist nunmehr kaum noch mit einen Bruch zu rechnen und 3000 Personen, die bereits ihre Wohnhäuser in den bedrohten Städten Castlegate, Colton und Helper verlassen hatten, konnten bereits wieder in ihre Heime zurückkehren.

Amerika baut die erste schwimmende Insel im Atlantik.

Die amerikanische Regierung hat den Plan, den Transatlantik-Dienst durch Errichtung einer Anzahl von schwimmenden Inseln zu ermöglichen, durch Bestellung der ersten dieser schwimmenden Inseln der Verwirklichung einen Schritt näher gebracht. Die Insel wird etwa 400 Meter lang und 130 Meter breit sein und etwas mehr als 20 Meter über der Wasseroberfläche liegen. Auf ihr werden Flugzeugschuppen, Reparatur-Werkstätten, ein Hotel und mehrere Häuser errichtet werden.

Mord und Selbstmord in Hamburg.

Am Mittwoch hat in Hamburg eine 29jährige Frau eines Schiffsmaschinisten aus Verzweiflung über ein Lungenleiden ihr fünfjähriges Söhnchen und hierauf sich selbst erschossen.

Arbeitskämpfe in Indien.

Ueber eine halbe Million Menschen im Kampfe.

Ueber Indien geht eine Streikwelle von bisher nie erlebtem Umfang. In allen industriellen Zentren haben große Massen die Arbeit eingestellt. Ungefähr eine halbe Million Menschen hat unter Führung der Arbeiterorganisationen den Kampf um bessere Lebensbedingungen aufgenommen. Das Zentrum der Bewegung ist Bombay. Im Laufe von einigen Wochen hat sich hier die Zahl der ausständigen Textilarbeiter von 15 000 auf nahezu 300 000 erhöht. Der seit mehreren Monaten mit wechselndem Erfolg geführte Kampf in den Eisenbahnwerkstätten der East-Indian Railway in Kharagpur hat jetzt ebenfalls auf der ganzen Linie eingesetzt. Das größte schwerindustrielle Unternehmen Indiens, die Tata-Iron and Steelwork stehen vor der Stillegung. In Kalkutta, Madras und verschiedenen anderen Städten haben die Gemeindearbeiter Lohnforderungen gestellt. Daneben gehen zahlreiche Teilstreiks der Textilarbeiter des Howrah-Distrikts. Die Arbeiterfrage ist mit einem Male so sehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses getreten, daß selbst die brennende Frage der indischen Verfassung in den Hintergrund rückte. Die Streiks sind fast sämtlich Abwehrbewegungen. Die indische Industrie ist nach den fetten Jahren des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre in eine magere Periode gekommen. Noch nie ist so viel von Reorganisation der indischen Industrie geredet worden, wie in diesem Jahre. Aber da die Weisheit des indischen Unternehmens nicht größer ist als die seines europäische uKollegen, hat die Rationalisierung der Betriebe mit der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angefangen. Die Textilindustriellen von Bombay haben ein neues Arbeitssystem eingeführt, das die Bedienung von drei Webstühlen durch einen Arbeiter vorsieht, während bisher nur zwei Stühle von einem Mann versehen wurden. Gleichzeitig haben sie Versuche zur Abänderung des Zehnstundentages in den Zwölfstundentag gemacht. Auch die übrigen Industrien haben zu ähnlichen „Heilmitteln" gegriffen. Diese Vorstöße des Unternehmertums stießen aber auf Widerstand. Die indischen Arbeiter sind nicht mehr ganz wehrlos. Trotz aller äußeren Schwierigkeiten beginnt der Gedanke der gewerkschaftlichen Vereinigung in Indien festen Fuß zu fassen. Die bescheidenen Ansätze zu einer Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, insbesondere in der Textilindustrie, sind die Frucht der unermüdlichen Propaganda der Arbeiterorganisationen. Die fortschreitende Industrialisierung des Landes hat die geistigen und materiellen Voraussetzungen für den Zusammenschluß der Massen geschaffen. Starke Antriebe verdankt die indische Gewerkschaftsbewegung auch dem wachsenden Interesse der europäischen Arbeiter an der Lage des indischen Proletariats. Die Studienreise der internationalen Textilarbeiter-Kommission, wie die Besuche der englischen Gewerkschaftsführer im letzten Winter, haben großen Einfluß auf den Fortschritt der indischen Organisation gehabt.

Die Streikbewegung ist in ihrem bisherigen Verlauf leider nicht ohne Zwischenfälle geblieben. Zusammenstöße zwischen Streikenden und Streikbrechern sind bei einer Bewegung, die einen starken Zustrom gewerkschaftlich noch nicht geschulter Massen hat, unvermeidlich. In Bombay wie an anderen Orten ist es zu Schlägereien mit blutigem Ausgang gekommen. An den Ausschreitungen hat — wie überall — die Nervosität und der Uebereifer aufgeregter Sicherheitsorgane ein gut Teil der Schuld gehabt. In ihrer überwiegenden Mehrheit halten die Streikenden aber musterhafte Disziplin, obwohl täglich Versammlungen und Umzüge unter Beteiligung von mehreren Tausend Menschen stattfinden. Bedenklicher für den Ausgang des Kampfes in Bombay ist die Spaltung der Streikenden in zwei Lager. Ein radikaler Flügel, der sich zwar nicht offen als kommunistisch bezeichnet, aber in seiner Ideologie deutlich den Einfluß Moskaus erkennen läßt, kämpft mit den Vertretern des allindischen Gewerkschaftskongresses um den maßgebenden Einfluß auf die Streikleitung. Selbstverständlich sind die Differenzen im Arbeiterlager des Arbeitgebers nicht unbekannt geblieben und die beginnen deren Taktik zu beeinflussen. So hat die Vereinigung der Textilindustriellen die Vermittlungsbemühungen des Gouverneurs von Bombay mit der Begründung abgelehnt, daß keine einheitliche Vertretung der Streikenden bestehe.

Die Streikenden erfreuen sich der allgemeinen Sympathie der Bevölkerung, nicht zuletzt deshalb, weil die jüngeren Führer der Unabhängigkeitsbewegung begriffen haben, daß die indische Freiheitssache eng mit dem Schicksal der indischen Arbeiterschaft verbunden ist.

Reichlich veraltete Tonart.

Der schneidige Oberbürgermeister „verbietet".

Der Oberbürgermeister Finke in Hagen hat in einer Verfügung vom 26. April 1928 u. a. folgendes bestimmt:

„Weiter verbiete ich sämtlichen Beamten und Angestellten, sich ohne meine Genehmigung in persönlichen Angelegenheiten an die Stadtverordneten zu wenden.

Dem Herrn Oberbürgermeister von Hagen wäre anzuempfehlen, sich mit dem Inhalt der Reichsverfassung vertraut zu machen. Hätte er das bisher getan, dann müßte er wissen, daß jedem Deutschen, demnach also auch dem Beamten, das Recht der freien Meinungsäußerung gegeben ist. Darüber hinaus könnte Herr Finke im Artikel 126 der Reichsverfassung folgendes lesen:

„Jeder Deutsche hat das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden."

Dieser Satz bietet genügend an Belehrung für den Herrn Oberbürgermeister Finke. Aber auch sonst könnte es ihm nicht schaden, wenn er seine Tonart einer Revision unterzöge. Sie ist wirklich so veraltet in unserem demokratischen Staatswesen, daß er sie sich — mag es auch einigermaßen schwer fallen — am besten abgewöhnt.

Schiedsspruch für die Wasserbauarbeiter.

Für die Wasserbauarbeiter des Reichsverkehrsministeriums und der Preußischen Wasserbauverwaltung ist am Donnerstag bei den Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt worden. Er bringt den Arbeitern in allen Orten und Streckenunterhaltungsbezirken eine Lohnerhöhung in den Lohngruppen I, II, III und IV um 6 Pf., in der Lohngruppe Va um 4 Pf., in der Lohngruppe Vb um 5 Pf., und zwar rückwirkend ab 1. April. Die neue Regelung soll Geltung haben bis zum 31. März 1929. Die Erklärungsfrist für den Schiedsspruch läuft bis zum 1. Juni.

Tagung des Arbeitsnachweispersonals im Z. d. A.

Der Zentralverband der Angestellten, seit langem die maßgebende Organisation des in Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung beschäftigten Personals, hatte zum 12. und 13. Mai d. Js. eine Tagung seines Reichsausschusses „Arbeitsnachweisangestellte" nach Ahlbeck einberufen. Einem umfassenden Geschäftsbericht des Reichsfachgruppenleiters Hausherr, der nicht nur die engeren Berufsfragen des Personals, sondern darüber hinaus den gesamten Fragenkomplex der im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Behörden für Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung stehenden Probleme behandelte, folgte eine eingehende Besprechung, die ihren Niederschlag in folgender Entschließung fand:

„Die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossenen Angestellten und Beamten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung bekennen sich erneut zu den im Gesetz niedergelegten und von ihnen seit Jahren vertretenen Grundsätzen der sozialpolitischen Selbstverwaltung. Sie sind bereit, auch weiterhin am Ausbau dieser Grundsätze in der Reichsanstalt tatkräftig mitzuarbeiten. Pflicht der Angestellten und Beamten der Reichsanstalt ist es, diesen Gedanken, der in dem Aufbau der Reichsanstalt in neuer Form verwirklicht ist, mit aller Kräften zu fördern, um die vom Gesetz gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die von einigen Seiten ausgestreuten Besorgnisse über den Bestand der Reichsanstalt sind unbegründet.

Pflicht der Reichsanstalt muß es sein, den berechtigten Ansprüchen des Personals nachzukommen und seine Existenz weitgehend zu sichern. Maßnahmen der Reichsanstalt der letzten Zeit lassen aber diese Grundsätze vermissen.

Als vordringlich bezeichnet der Reichsfachausschuß:

1. die beschleunigte Eingliederung der Arbeitsämter in die Reichsanstalt, damit endlich der beunruhigende Uebergangszustand beseitigt wird und klare Rechtsverhältnisse herbeigeführt werden.
2. Die Wahrung aller Rechte, die sich das Personal der Reichsanstalt bis zum Tage der Eingliederung erworben hat.
3. Die im § 32 des Tarifvertrages vereinbarte Schaffung einer besonderen Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Die in der Ausführungsanweisung vom 30. April 1928 zum Tarifvertrag vorgesehene einseitige Entscheidung des Präsidenten der Reichsanstalt beim Nichtzustandekommen einer Einigung über die Eingruppierung widerspricht der Entwickelung des kollektiven Arbeitsrechts und muß daher abgelehnt werden. Daß die Reichsanstalt in diesem Zusammenhang von Kündigung spricht, ist deshalb zu bedauern.

Der Reichsfachausschuß fordert erneut mit allem Nachdruck die Schaffung einer zentralen Schiedsstelle, wie sie im Abs. 1 der protokollarischen Erklärung zu § 42 des Tarifvertrages in Aussicht genommen ist."

Aus dieser Entschließung spricht der ernste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Person für die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzusetzen. Von der Reichsanstalt muß erwartet werden, daß sie auch in personeller Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsethos zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Die Angestellten bei den Arbeitsnachweisen werden aber die Durchsetzung ihrer Forderungen nur durch restlosen Anschluß an den Z. d. A. erreichen. Wenn auch über erheblichen Mitgliederzustrom berichtet werden konnte, so ist das Ziel — der letzte Arbeitsnachweisangestellte im Z. d. A.! — noch nicht erreicht.

Ein Hauptbetriebsrat im Reichsverkehrsministerium.

Der Haupt-Betriebsrat im Reichswehrministerium ist nach jahrelangen Verhandlungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter endlich auf Grund von § 61 des Betriebsrätegesetzes gesichert worden. Die dazu nötigen Verordnungen sind bereits im Heeresverordnungsblatt Nr. 13 vom 19. Mai 1928 erschienen. Danach wird also für die Zukunft neben den örtlichen Betriebsräten und Betriebsobleuten ein Haupt-Betriebsrat mit dem Sitz in Berlin gebildet. Erfaßt werden sämtliche Dienststellen, an denen Einzel-Betriebsvertretungen gewählt werden, ausgenommen die Remonteämter, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Marinewerft in Wilhelmshaven und das Marinearsenal in Kiel. Der Haupt-Betriebsrat besteht aus neun Mitgliedern. Wahlberechtigt sind erstmalig alle Arbeitnehmer, die an Dienststellen beschäftigt sind, für die Einzel-Betriebsräte gewählt werden. Die Wahl findet im Juli 1928 statt. Der endgültige Termin wird von dem bereits bestimmten Wahlvorstand demnächst bekanntgegeben werden. Nach der ersten Wahl kann der Haupt-Betriebsrat kann an den Dienststellen, wo nach dem Betriebsrätegesetz keine Betriebsvertretungen zu bilden sind, bestimmen werden, daß für solche Behörden eine gemeinsame Betriebsvertretung gebildet wird.

Damit ist ein langgehegter Wunsch der Arbeitnehmer im Bereiche des Reichswehrministeriums endlich in Erfüllung gegangen. Ein neuer Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationstätigkeit!

Stillegung der letzten Eisensteingrube von Krupp.

Bei Oberneissen im Unterlahnkreis ist die Krupp'sche Eisensteingrube Rotenberg stillgelegt worden. Nur noch 24 Mann sind mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Damit ist die letzte Eisensteingrube im Unterlahnkreis eingegangen.

Streikgefahr im luxemburgischen Bergbau.

Brüssel, 25. Mai. Der paritätische Ausschuß im Bergbaubetrieb hat heute beschlossen, das frühere Lohnabkommen außer neue in Kraft treten zu lassen. Dieses Abkommen wurde von den die Arbeitgeber denunziert. Dadurch ist eine ernste Streikgefahr heraufbeschworen worden.

Zum Streik in den Wurstfabriken R. Dietrich und A. Schneider

wird uns geschrieben:

„Der Streik der Gesellen geht mit unverminderter Schärfe weiter. Die Firmeninhaber, die vor Ausbruch des Streikes drohten, die Produktion still zu legen, und von Auswärtigen Firmen Wurst zu beziehen, weil sie angeblich billiger dazu kommen, suchen krampfhaft Streikbrecher. Allerdings ohne Erfolg. Die Belegschaften stehen fest. Wenn es gegen die Arbeitnehmer geht, wenden sich auch die schärfsten Konkurenten zueinander. Schneider und Dietrich versuchten bisher, sich den Kang abzulaufen, jetzt stehen sie kollegial zusammen. Andere Wurstfabrikanten haben den Konkurrenzneid ebenfalls vergessen und beliefern die bestreikten Firmen mit Wurst in der Hoffnung, der freien Gewerkschaft der Fleischergesellen zu schaden. Derartige Streikbrecherdienste werden von der Firma Melzer, Höfchenstraße, die auch ein Geschäft Reuschestraße („Grüner Pollak") und Schießwerderstraße hat, und von der Firma Gorisch, Neue Schweidnitzer Straße, die noch eine Ringbude und ein Geschäft auf dem Karlsplatz hat, beliefert. Die freien Gewerkschaftler werden sich ihr Verhalten diesen beiden Firmen gegenüber einzurichten wissen.

Am Wendepunkt des Luftverkehrs.

Erfolgreiche Versuche mit dem Raketenwagen auf der Avusbahn. — Das Raketenprogramm der Firma Opel. — Flugzeuge mit 1000 Kilometer Stundengeschwindigkeit.

Am Mittwoch startete in Berlin das von der Firma Opel erbaute Raketenauto zum ersten Male auf einer öffentlichen Bahn, der Avusbahn, nachdem jahrelange Versuche die Brauchbarkeit des der neuen Konstruktion zugrundeliegenden Prinzips (Antrieb durch Raketen, wobei die Luft als Sauerstoffträger und und als Mittel zur Umsetzung der motorischen Energie in Bewegungsenergie entbehrt wird) bewiesen haben. (Siehe auch unsere gestrige Meldung in der Beilage „Aus aller Welt".) Als am Mittwoch auf der Avusbahn vor den zahlreich erschienenen Zuschauern die Hülle von der Maschine entfernt wurde, sahen sie einen regelrechten kleinen Rennwagen, der auf einem gewöhnlichen Opelfahrgestell ruht. Diesem Rennwagen fehlt aber mancherlei, ohne das ein Rennauto nicht auskommt, so Motor, Getriebe, Differential usw.; nur Lenkung und Fußbremse sind eingebaut. Nach hinten wird der Wagen durch runde Gebilde abgeschlossen, die sich am besten mit Maschinengewehrmündungen vergleichen lassen. Das sind die berühmten 24 Raketen, wodurch der Wagen mit unheimlicher Geschwindigkeit vorwärtsbewegt wird.

Geheimrat Schütte, der Vorsitzende der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt wies am Mittwoch vor den Versuchen auf die Wichtigkeit der Opelschen Erfindung hin. Es sei möglich, daß wir mit einem Raketenflugzeug in der Stratosphäre, 15 000 Meter über dem Erdboden, Schallgeschwindigkeit, d. h. 333 Meter in einer Sekunde, erreichen. Diese Geschwindigkeit genüge, um in fünf Stunden von Berlin nach Newyork fliegen zu können. Man würde also morgens um 6 Uhr auf dem Tempelhofer Feld aufsteigen, um 11 Uhr in Newyork landen, seinen Geschäften nachgehen und abends um 6 Uhr wieder in Berlin sein können.

Selbstverständlich ist die Mehrzahl der Zuschauer, auch nach den Rüsselsheimer Versuchen, noch geneigt, selbst die Worte einer Autorität wie die Professors Schütte als Zukunftsmusik zu nehmen. Blicke und Gebärden der Fachleute beweisen, daß sie immer noch nicht ganz von der Opelschen Rakete überzeugt sind. Dann drängt aber der Konstrukteur der Rakete, der Techniker Sander, die Neugierigen vom Wagen zurück, Fritz von Opel besteigt den Sitz — und die nächsten Augenblicke sind nur eine einzige Lichtempfindung! Eine mächtige Feuergarbe schießt aus den Maschinengewehrmündungen heraus, eine fürchterliche Schallwelle hämmert gegen das Trommelfell und mit einer rasenden Geschwindigkeit schießt die Rakete II über die Avusbahn. Ein Uebergang von der Ruhe, der Beharrung, in die Bewegung war überhaupt nicht wahrzunehmen. Kaum haben die Zuschauer die Erschütterung des Starts überwunden, als der Wagen ruhig und sicher von dem anderen Ende der Bahn wieder an den Start rollt.

Es ist kein Zweifel, unser ganzes Verkehrswesen steht an einem Wendepunkt. Die Rakete versetzt uns in die Lage, die schweren Luftschichten, den Luftschlamm, zu überwinden und ohne riesige Maschinenleistungen in der widerstandsarmen und unwetterfreien Stratosphäre zu verkehren. So wie die Rakete heute wirkt, eignet sie sich natürlich nicht für den Straßenverkehr. Sie ist noch lebens- und feuergefährlich. Aber die Versuche auf der Avusbahn haben bewiesen, daß die Konstrukteure die technischen Voraussetzungen für die Ausnutzung des Raketenprinzips restlos beherrschen. Wir wissen auf Grund einer lateinischen Geheimschrift aus dem Jahre 1410, daß sich der Menschengeist schon damals mit dem Raketenprinzip beschäftigte. Auch kennen wir eine englische Karikatur aus den 49er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die, verblüffend ähnlich, das Urbild der Opelschen Rakete zeigte. Was Jahrhunderte lang Traum und technisch verbrämte Phantasterei war, ist Wirklichkeit geworden, wurde der Oeffentlichkeit fast an dem Tage präsentiert, wo sich der Geburtstag des in den Rhinower Bergen bei seinen Versuchen ums Leben gekommenen deutschen Flugpioniers, Otto Lilienthals, zum 80. Male jährt.

Ueber das künftige Raketenprogramm der Firma Opel machte Fritz von Opel am Mittwoch folgende Angaben: Es soll so bald als möglich mit gleichen oder ähnlichen Wagen ein Angriff auf den Weltrekord der Geschwindigkeit (330 Stundenkilometer) eingesetzt werden. Da aber die entsprechenden Straßen nicht vorhanden sind, muß dieser Versuch wohl auf Eisenbahnschienen stattfinden. Zu gleicher Zeit soll ein Motorrad konstruiert werden, das auf der Freiburger Strecke mit ungefähr 200 bis 220 Kilometern pro Stunde den bestehenden Weltrekord von Motorrädern brechen soll. Weiter denkt man an die Konstruktion von Flugzeugen mit 300 bis 400 Kilometern Geschwindigkeit. Auch ist geplant, Höhenforschung mit Registrierinstrumenten in bisher unerreichten Höhen, 30 Kilometer, vorzunehmen. Sollten sich die Versuche bewähren, so kommt die Konstruktion bemannter Raketen in Frage. Diese Versuche sollen durch den Bau eines Flugzeuges abgeschlossen werden, das Höhen von 20 bis 30 Kilometern und Geschwindigkeiten über 1000 Kilometer pro Stunde erreichen wird.

Reichseinnahmen im April.

Das Reichsfinanzministerium weist für den Monat April, den ersten Monat des neuen Steuerjahres, an Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben rund 884,2 Millionen Mark nach; da im Monat April außerordentliche Zahlungen geleistet werden mußten, z. B. Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer, ist ein Vergleich mit dem Vormonat, dem Monat März, nicht möglich. Wir ergänzen deshalb in unserer Tabelle die Zahlen für den Monat April 1928 durch die Ergebnisse des Monats April 1927:

	April 1927	April 1928	Voranschlag 1927	Voranschlag 1928
	(in Millionen Mark)			
Insgesamt:	749	884,2	7750	8862
Davon sind				
Besitz- und Verkehrssteuern	532	683,4	5280	6095
Verpfändete Zölle und Verbrauchsabgaben . . .	206,3	194,6	2410	2760
andere Steuern und Abgaben	3,4	4,2	35	42

Die Lohnsteuer liegt mit 111,85 Millionen Mark (im April 1927 gleich 91,88 Millionen Mark) weit über dem Ertrag des Vorjahres. Gegenüber dem Januar 1928 beträgt der Mehrbetrag aus dem Lohnabzug 11,8 Millionen Mark; jedoch dürfte dieser Mehrbetrag nicht auf eine Besserung des Arbeitsmarktes, sondern darauf zurückzuführen sein, daß im Monat Januar größere Rückerstattungen von Lohnsteuern geleistet werden mußten. Im Monat April 1928 selbst sind 8964 Millionen Mark an Lohnsteuern zurückerstattet worden. Durch das Vorgehen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden also der Arbeiterschaft auch im April wesentliche Summen erspart.

Das Aufkommen aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben läßt sich, da sich hier die Grundlagen für die Zahlungen nicht verändert haben, mit dem Ergebnis des Monats März vergleichen. Hier ergibt sich eine verringerte Einnahme von 44,4 Millionen Mark. Daran sind die Zölle mit 9,4 Millionen Mark beteiligt, die Tabaksteuer mit 21,3 und das Spiritusmonopol mit 13 Millionen Mark. Das geringere Ergebnis erklärt sich daraus, daß sich auf die höheren Einnahmen im Monat März noch das gute Weihnachtsgeschäft auswirkte.

Anders steht es um die Zölle. Der gesamte Jahresertrag der Zölle ist auf 1,2 Milliarden Mark festgesetzt. Eingenommen wurden nur 81,87 Millionen Mark, also weit weniger als ein Zwölftel des Voranschlages. Auf Grund der Konjunkturentwickelung befürchten wir, daß im Voranschlag die Zolleinnahmen zu hoch gegriffen sind. Damit würde sich in der ganzen Finanzgebarung des Reiches ein arger Konstruktionsfehler zeigen, auf den die Fachleute bereits bei Aufstellung des Etats — der Reichsfinanzminister hat, wie aus unserer Tabelle hervorgeht, die Einnahmen sehr großzügig geschätzt — hingewiesen haben.

Nach dem Voranschlag müssen die Einnahmen (ein Zwölftel des Jahressolls von 8862) rund 738,„ Millionen Mark betragen. Dieses Zwölftel ist im April 1928 um 145,7 Millionen Mark überschritten worden. Davon darf man aber nicht auf das ganze Jahr schließen, denn die Mehreinnahme im April erklärt sich aus den bereits obenerwähnten Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer.

Der deutsche Außenhandel im April.

Das Reichsstatistische Amt gibt für den Monat April die deutsche Wareneinfuhr mit 1174,7 Millionen Mark und die Warenausfuhr mit 923,8 Millionen Mark an. Damit beträgt der Einfuhrüberschuß rund 251 Millionen Mark, gegenüber 208 Millionen Mark im Monat März, 306 Millionen Mark im Monat Februar und 496 Millionen Mark im Monat Januar 1928. Die ungünstige Entwicklung geht dieses Mal auf eine verminderte Fertigwaren-Ausfuhr und weiter auf eine verringerte Ausfuhr von Rohstoffen zurück. Die Lebensmittel-Einfuhr ist dagegen um 3 Millionen Mark gestiegen. Allem Anschein nach sind wir im Zeichen der glorreichen Schieleschen Getreideexport-Politik so weit gekommen, daß wir jetzt teures Getreide einführen müssen, nachdem wir unseren Roggen zu verhältnismäßig billigen Preisen nach Polen und der Tschechei verschleudert haben. Im einzelnen ergibt sich gegenüber dem Vormonat und dem April 1927 für die Hauptposten der Bilanz folgende Entwicklung:

	April 1928	März 1928	April 1927
	(in Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr)		
Einfuhr	1175	1230	1096
Ausfuhr	924	1022	789
Einfuhrüberschuß	251	208	307
Lebensmitteleinfuhr	338,7	335,2	336,1
Rohstoffausfuhr	609,8	641	555 !
Fertigwarenausfuhr	682,3	760,8	597

Auf Grund der Tatsache, daß sich die Fertigwarenausfuhr von 690,1 Millionen Mark im Februar 1928 auf 760,8 Millionen Mark im März 1928 steigerte, hat man geschlossen, daß der Binnenmarkt an Aufnahmefähigkeit verloren habe und die Ware nach dem Auslande dränge. Ob die Entwicklung im Monat April diese Annahme widerlegt, können erst die Ergebnisse der nächsten Monate zeigen.

An der Berliner Börse kam es am Dienstag zu scharfen Kursrückgängen. Die Kurseinbußen betrugen durchschnittlich 5 bis 20 Prozent, jedoch verloren Standardpapiere, z. B. Elberfelder Glanzstoffe, bis zu 30 und 35 Prozent.

Die Bewegung steht unter Einfluß der Auslandsbörsen und hat mit den politischen Ereignissen in Deutschland gar nichts zu tun. In Newyork hat die Diskonterhöhung und ein Vorgehen der Banktrusts gegen die Spekulation, die nach Ansicht der Banken die gebotene Grenze bei Aufnahme der Spekulationskredite überschritten hat, zu einem Rückschlag geführt. Aehnliches ist in Paris festzustellen, wo die Banken, wie behauptet wird, die Spekulation gezwungen haben, die Sicherheit für in Anspruch genommene Kredite, die sogenannten Einschüsse, um 50 Prozent zu erhöhen. Die rückläufige Bewegung in Newyork, London und Paris hat sich am Dienstag auf Berlin übertragen, da die Auslandsspekulation augenblicklich stark am Berliner Markt liegt.

Gegen Schluß der Börse schritt die Spekulation trotz der bekanntgewordenen ungünstigen Handelsbilanz im Monat April und der bevorstehenden Feiertage zu Rückkäufen, wodurch sich die Kurse festigten. Diese Tatsache zeugt wohl am besten von dem Vertrauen der großen Finanzkreise zu der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

Der Elektroluxtrust zahlt 10 Prozent Dividende.

Der Elektroluxtrust in Stockholm, der auch in Deutschland Fabriken und Niederlassungen unterhält, erzielte im Jahre 1927 einen Reingewinn in Höhe von 7,2 Millionen Kronen. Die Dividende, die auf 10 Prozent festgesetzt ist, erfordert 600 000 Kronen. Der Rest soll zur Erhöhung des Kapitals verwandt werden. Auf Grund dieser Regelung wird auf jede Aktie eine Gratisaktie verteilt. In den Verwaltungsrat der Gesellschaft wurde der deutsche Bankier Herbert Guttmann von der Dresdener Bank neu gewählt.

Staatliche Subventionierung der spanischen Bleihüttenindustrie.

Aus Fachkreisen wird uns u. a. folgendes geschrieben: Trotz der Beschlüsse der Genfer Wirtschaftskonferenz, die einen Abbau der staatlichen Industriesubventionen vorsehen, hat sich Spanien entschlossen, seine Bleiindustrie in größerem Ausmaß zu subventionieren. Der spanische Bleierzbergbau und die spanische Bleihüttenindustrie befinden sich seit längerer Zeit in Schwierigkeiten. Im Industriegebiet von Cartagiena kam es im vorigen Jahr zu Massenentlassungen; davon wurden 20 000 Beschäftigte betroffen. Die Schwierigkeiten sind darauf zurückzuführen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika und auch die europäischen Erzeuger weit billiger produzieren als Spanien. Dazu kam ein starker Preissturz; der Bleipreis sank von Ende Dezember 1926 bis Ende Dezember 1927 von ungefähr 58 Mark pro 100 Kilogramm auf 45 Mark. Gegenwärtig bezahlt man noch weniger, nämlich 40 bis 41 Mark.

Die spanische Regierung will die Sanierung in der Art durchführen, daß sämtliche Bergwerke und Hütten durch Verfügung in einem Kartell zusammengeschlossen werden. Jetzt ist bereits eine Verkaufsstelle unter staatlicher Aufsicht gegründet worden.

Die starke Betriebsausdehnung der Opel-Werke in Rüsselsheim hat eine Erweiterung des dortigen Bahnhofes notwendig gemacht. Die französische Besatzungsbehörde hat aus rein formalen Gründen gegen die Fortführung der Arbeiten Einspruch erhoben.

Letzte Nachrichten.

Schwerer Brandschaden.

Am Dienstag abend brach in den Verschrottungswerkstätten der Firma Adler junior in Gerwisch in der Sauerstofferzeugungsanlage Feuer aus, das sich auf die gesamte Sauerstoffanlage ausbreitete und die Motoren, Gasometer und Kompressoren zerstörte. Man vermutet, daß der Brand durch Funkenflug verursacht wurde. Der Schaden wird auf rund ein Viertelmillion Mark geschätzt.

Ein 16jähriger Millionenerbe.

Der 16jährige Hotelpage Gerhard Fechner, der mit seiner Mutter, der Witwe Fechner, in der Sparr-Straße in Berlin in bescheidenen Verhältnissen lebt, ist Erbe eines Vermögens von 2¼ Millionen Mark geworden. Er erhielt aus Newyork die amtliche Nachricht, daß sein Onkel gestorben und 15 Millionen Mark hinterlassen habe. In diese Erbschaft müssen sich sieben Verwandte teilen, so daß auf jeden Verwandten 2¼ Millionen Mark entfallen. Interessant ist, daß den glücklichen Erben von der Existenz des amerikanischen Onkels eigentlich nichts bekannt war. Bis zur Auszahlung will er seine Stellung als Page beibehalten.

Sling gestorben.

Der unter dem Schriftstellernamen Sling bekannte Gerichtsberichterstatter des Ullsteinhauses, Paul Schlesinger, ist kurz nach Vollendung seines 50. Lebensjahres an einem Herzleiden gestorben.

Ein Eilgüterzug entgleist.

In Roisdorf bei Köln entgleiste in der Nacht zum Mittwoch der von Köln kommende Eilgüterzug bei der Einfahrt in den Bahnhof. Der Packwagen und drei weitere Wagen wurden aus dem Gleis geschleudert. Ein Schaffner war sofort tot, der Zugführer wurde leicht verletzt.

Bluttat in Wolfenbüttel.

In der Ferdinandstraße in Wolfenbüttel erschoß Mittwoch vormittag ein Belgier nach vorausgegangenem Streit seine Geliebte und tötete sich dann selbst durch einen Kopfschuß.

Banditenüberfall auf ein Personenauto.

Am Mittwoch wurde auf offener Landstraße bei Monastir ein Personenauto von sieben bewaffneten Banditen in albanischer Tracht beschossen und angehalten. Sämtliche Insassen des Autos wurden beraubt und in die Wälder verschleppt. Zwei von ihnen gelang es, zu entkommen. Der Distriktspräfekt von Monastir nahm mit großem Polizeiaufgebot die Verfolgung der Banditen auf.

Großfeuer auf der Stockholmer Marineschiffswerft.

Die Stockholmer Marineschiffswerft ist am Mittwoch durch ein Großfeuer zerstört worden. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Zugentgleisung auf dem Bahnhof Roisdorf.

Auf Bahnhof Roisdorf entgleiste in der Nacht zum Mittwoch vom Eilgüterzug Nr. 6264 die Lokomotive; der Paßwagen und drei weitere Güterwagen schlugen dabei um. Ein Schaffner ist tot. Der Zugführer wurde leicht verletzt.

Aus dem Gerichtssaal.

Der tobende Angeklagte.

Vor dem Großen Schöffengericht stand am Montag der 22 Jahre alte Korbmacher Peter Przibilski, um sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Die Verhandlung gegen ihn konnte aber nicht zu Ende geführt werden, weil er während der Vernehmung des Zeugen einen Tobsuchtsanfall bekam, weil er die schwere Anklagebank erhob und diese mit großer Wucht in den Saal schleuderte, dabei wilde Drohrufe gegen den Zeugen ausstoßend. Da sich der ganze Vorfall in einem kleinen Verhandlungsraum abspielte, hätte er leicht die schwersten Folgen haben können. Der Angeklagte ist trotz seiner Jugend schon viermal erheblich vorbestraft. Am 4. Januar hatte er eine längere Gefängnisstrafe verbüßt und da er polnischer Staatsangehöriger ist, wurde er dem Polizeigefängnis zugeführt, damit er nach Polen abgeschoben werde. Im Polizeigefängnis widersetzte er sich dann den Anordnungen der Beamten. Er verlangte besseres Essen und drohte, den Beamten das Essen ins Gesicht zu werfen. Als nun der Beamte die Vorgänge schilderte, wie er ihn mit Fäusten geschlagen und mit den Füßen gestoßen habe, kam es zu der oben angeführten Szene, bei der die Bank unmittelbar neben dem Zeugen zur Erde fiel. Da sich der Angeklagte in einem ganz gewaltig aufgeregten Zustand befand, und die Gefahr herrschte, daß er noch weiteres Unheil anrichten würde, brach der Vorsitzende die Verhandlungen ab und vertagte sie auf unbestimmte Zeit.

Der Mann mit den 120 Ladendiebstählen.

In recht schlimme Eheverhältnisse leuchtete eine Verhandlung hinein, die am Sonnabend vor dem Großen Schöffengericht stattfand. Im November v. Js. berichtete die Polizei, daß der 32 Jahre alte Damenschneider Max Hanke verhaftet worden sei, und daß auf dessen Konto mehr als 120 Ladendiebstähle kämen. Diese Angaben hatte nicht der Verhaftete selbst gemacht, sondern seine Ehefrau war zur Polizei gekommen und hatte dieser die Mitteilung gemacht, daß sie seit langem mit ihrem Manne Ladendiebstähle, im ganzen könnten es mehr als 100 sein, begangen habe. Vergeblich habe sie versucht, ihren Mann von den Diebstählen abzuhalten, doch er habe sie durch Mißhandlungen dazu gezwungen, ihn zu decken. Da die Frau bei wiederholten Vorhaltungen bei ihren Angaben stehen blieb, wurde der Mann in Haft genommen, denn er ist ein Mensch mit erheblichen Vorstrafen, so daß die Polizei ihm die Taten wohl zutrauen konnte. Bei einer Haussuchung bei ihm wurden dann eine große Menge Waren, Stoffe, Wäsche, Wirtschaftsgegenstände u. a. beschlagnahmt. Auch die Frau wurde nun verhaftet, jedoch nach sechs Wochen wieder entlassen. Nachdem Max H. sich einige Zeit in Untersuchungshaft befunden hatte, widerrief Frau H. plötzlich ihre Angaben und erklärte, dies nur deshalb getan zu haben, weil er sie häufig bis zur Besinnungslosigkeit geschlagen und ihr auch gedroht habe, sie totschlagen zu wollen. Sie habe deshalb alle die Angaben aus der Luft gegriffen, damit die Polizei einen Grund habe, um ihn einzusperren. Vor Gericht bestritt Max H., irgend einen der angeführten Diebstähle begangen zu haben. Die Sachen, die an Gerichtsstelle in Reisekörben und Koffern geschafft worden waren, habe er rechtmäßig erworben. Er legte für seine Behauptungen auch ein Paket Kassenzettel vor. Die Frau, die wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Diebstahls mitangeklagt war, widerrief auch jetzt ihre Beschuldigungen. Eine Anzahl Zeugen erkannten wohl einzelne Stücke als aus ihrem Geschäft stammend, doch konnte den Angeklagten nicht nachgewiesen werden, daß diese gestohlen worden waren. So bestand zwar ein dringender Verdacht, daß Frau H. bei ihren ersten Angaben die Wahrheit gesagt habe, doch konnten beide nicht überführt werden. Es wurde deshalb gegen beide auf Freisprechung erkannt. Der Haftbefehl gegen Max H. wurde aufgehoben. Der Staatsanwalt hatte gegen Max H. in Anbetracht der Vorstrafen drei Jahre, drei Monate Zuchthaus, gegen die Frau ein Jahr drei Monate Gefängnis beantragt.

Schwere Folgen einer Verirrung.

Der Vorkosthändler Janetzki war vor einiger Zeit vom Großen Schöffengericht wegen Sittlichkeitsverbrechens zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hatte ein 13jähriges Mädchen in ein dem Laden benachbartes Zimmer gelockt und sich dort an ihm unsittlich vergangen. Die eigene Frau hatte gegen ihn Anzeige erstattet. In der Zeit, in der dann das Verfahren schwebte, hat die Frau Selbstmord verübt, indem sie sich mit Gas vergiftete. J. hatte gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt, indem er das Kind als unglaubwürdig hinzustellen versuchte. Die Große Strafkammer verwarf jedoch seine Berufung. Beide Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Landesverrat.

Am Montag fand wiederum vor dem I. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau unter Vorsitz des Senatspräsidenten Schloßky, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, ein Landesverratsprozeß statt. Angeklagt war der polnische Staatsanghörige Zimmermann Vorreiter. Er soll sich zugunsten Polens der versuchten Spionage schuldig gemacht haben. Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre beantragt. Die Begründung des Urteils wurde ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegeben.

Arbeiter-Sport

S.V. „Poseidon" — Jugendabteilung. Waldenburgfahrer! Alle Genossinnen und Genossen, die Sonnabend fahren, treffen sich pünktlich ½5 Uhr nachmittag in der Abfahrthalle des Freiburger Bahnhofs. Wer Sonntag fährt, erscheint um ½5 Uhr früh ebenfalls an obengenanntem Ort. Decken, Badehosen und Sportkleidung (P-Hemd) nicht vergessen.

Freie Rudervereinigung — Jugendabteilung. Alle Waldenburgfahrer treffen sich Sonnabend um 16,30 (½5 Uhr) am Freiburger Bahnhof. Sportkleidung ist mitzubringen.

Frei Rudervereinigung Breslau E. V. Die Wahlhelfer-Ausweise sind bald an die Vereinsleitung abzuführen. — Die nächste Monatsversammlung findet am 8. Juni statt.

„Naturfreunde"-Jugend. Die Waldenburgfahrer haben heut Freitag um 8 Uhr im Photoheim, Messergasse, zu erscheinen. Fahrgeld von 2,50 Mark muß mitgebracht werden. Abfahrt Sonnabend 18,52 Freiburger Bahnhof. 18,15 Uhr muß alles da sein.

Freie Turnerschaft Breslau E. V. Tennisabteilung. Die Tennisplätze in Grüneiche sind für unsere Genossen bis auf weiteres verboten. Spiel fällt aus. Weitere Mitteilung in der Dienstag-Ausgabe beachten.

Freie Sportvereinigung „1897". Waldenburgfahrer, die mit der Freien Rudervereinigung fahren, sind um 16.30 Uhr am Freiburger Bahnhof. Alle übrigen am 1. Feiertag, früh 4 Uhr. Verpflegung und Decke mitbringen. — Sonntag vormittag: Uebungsstunden am Sauerbrunnen.

Freie Menschen. Heut abend 20 Uhr: Gymnastik in der Turnhalle Lohe-, Ecke Bohrauer Straße.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Sonntag, den 27. Mai: Vereinstour, Wanderfahrt über Blücherwald—Festenberg nach Oels zum Gaufest. Start ist um 5½ Uhr früh vom Ring. Montag, den 28. Mai: Vereinstour zum Gaufest nach Oels. Start ist um 6 Uhr früh Ring. — Motorfahrer: Sonntag, den 27. Mai, nach der Schneekoppe. Start 4 Uhr früh vom Friebeberg. Montag, den 28. Mai, nach Oels zum Gaufest. Start 6 Uhr früh Ring.

Schwimmverein Poseidon. Die Wahlhilfebescheinigungen sind möglichst sofort an die Unterkassierer und Genossen Hamann abzuliefern. Wir müssen dem Sportkartell das Resultat mitteilen.

10525

Aus Schlesien.

Verbandstag der schlesischen Tierschutzvereine.

Aus ganz Schlesien zahlreich beschickt, fand am 12. und 13. Mai in Hirschberg der 49. Verbandstag der Schlesischen Tierschutzvereine statt.

Nachdem der Verbandsvorsitzende Kaiser-Breslau die Sitzung eröffnet hatte, erstattete der Schriftführer Heinrich den ausführlich gehaltenen Jahresbericht, der ergab, daß im Berichtsjahre fleißig gearbeitet wurde und sich die Tierschutzbewegung in Schlesien in aufsteigender Linie befindet. An den Bericht schloß sich eine rege Aussprache, in der insbesondere zum Ausdruck kam, daß im oberschlesischen Industriebezirk noch sehr viel in der Tierschutzsache getan werden muß. Außer Hindenburg sind die Vereine noch wenig tätig. Der Verein Beuthen ist schwach, und Gleiwitz ruht noch ganz.

Es folgten die Beratungen der zahlreichen Anträge, so wurde angeregt, in Zukunft die Kleintiertransporte auf der Eisenbahn zu beobachten. Alle Zugpferde sollen in bestimmten Zwischenräumen von Tierärzten auf ihre Zugfähigkeit geprüft werden. Großviehtransporte sollen auf der Eisenbahn mit Decken ausgestattet werden und durch Stroh vor Kälte geschützt werden. Für Kutscher sollen Fahrscheine eingeführt und Kindern die Tätigkeit als Kutscher ganz untersagt werden. Vom Verein Glatz wurde der Antrag eingebracht, ob nicht das Angeln mit lebenden Ködern untersagt werden könne. Der Antrag soll dem deutschen Tierschutztage in Dresden überwiesen werden. Ferner wurde die Einrichtung von Tier-Unfallmeldestellen in Anregung gebracht. Bei den Landeshauptleuten der beiden Provinzen soll in Anregung gebracht werden, daß die Abholzungen der Flußläufe eingeschränkt werden, weil dadurch unsere Kleinvogelwelt vertrieben wird. (Im Regierungsbezirk Breslau ist bereits durch das Regierungspräsidium auf die Unsinnigkeit des Abhauens von Böschungen, das die gleichen nachteiligen Folgen zeitigt, hingewiesen worden. Red.) Der Verein Neisse regt an, daß Ueberbürdung der Lasttiere unter Strafe gestellt werden solle.

Weiter werden Eingaben an die Regierungspräsidenten erfolgen, daß Bärenführer in Zukunft keine Gewerbescheine mehr erhalten, weil das Bärenführen, insbesondere aber die dem Führen vorausgehende Dressur Tierquälerei darstelle. Die Frage des betäubungslosen Schlachtens soll auf dem Tierschutztage in Dresden erneut vorgebracht werden. In Schweidnitz soll eine neue Schlesische Tierschutzzeitung ins Leben gerufen werden. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß die Reichsbahndirektionen wegen der Anlegung von Tierschutzgehölzen an den Eisenbahndämmen Schwierigkeiten mache. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde einstimmig Hindenburg bestimmt.

Neue Bauden im Eulengebirge.

Der von Jahr zu Jahr wachsende Touristenverkehr im im Eulengebirge hat außer dem Ausbau der alten und neuerdings entstandenen Bauden und Einkehrhäuser zur Errichtung einer neuen Baude, der „Kreuzbaude", geführt, die in der Nähe der Zimmermannsbaude auf der Kammhöhe geschaffen wurde. Sie erstand aus dem Umbau eines früheren Wohnhauses, das besonders durch die Hinzufügung einer großen und modernen Veranda für größeren Touristenverkehr eingerichtet worden ist. Auch die Baude auf den Sieben Kurfürsten erhält, obwohl sie erst im Vorjahre erheblich erweitert worden ist, jetzt schon wieder einen bedeutenden Erweiterungsbau durch die Errichtung einer großen Terrasse nach der Wüstewaltersdorfer Seite zu. Außerdem sind die Eulenbaude und die Müller-Max-Baude in letzter Zeit vergrößert und ausgebaut worden. In allen diesen Bauten wurden erheblich erweiterte Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen. Der Plan des Breslauer Eulengebirgsvereins, auf der Hohen Eule ein eigenes Heim mit mehreren Fremdenzimmern zu errichten, ist bis auf das nächste Jahr aufgeschoben worden, da die Finanzierung dieses Planes sich verzögerte. Inzwischen sind auch von Sportvereinigungen eigene Unterkunftsheime errichtet oder angekauft und ausgebaut worden.

Sieben Redakteure begeben sich weiter fort.

Wir brachten bereits die Meldung über den Fortgang von sieben Redakteuren aus der „Polonia", dem Organ Korfantys. Die Hintergründe dieses Massenaustrittes werden jetzt allmählich sichtbar. Anscheinend hat die Sanacja Moralna, die Regierungspartei, der in Polnisch-Schlesien bekanntlich auch der Wojewode Grazynski angehört, diese Palastrevolution in der „Polonia" angezettelt oder zum mindestens unterstützt, um ihren Gegner Korfanty für die kommenden schlesischen Sejmdie Tatsache, daß die sieben Redakteure nun ein eigenes Blatt aufmachen wollen, wozu sie aus eigener Tasche wohl kaum die Mittel aufbringen könnten, sondern anscheinend aus dem Dispositionsfonds der S. M. mit dem Nötigen versehen werden.

Brieg. Aufgeklärte erdichtete Entführung. Der angeblich in einem Automobil entführte Tischlerlehrling Erich Kretschmer hat jetzt zugegeben, daß die von ihm behauptete Entführung lediglich seiner Phantasie entsprungen ist. Tatsächlich hat ein Kraftwagenführer ihn nach der nächsten Tankstelle gefragt und bis nach Günthersdorf mitgenommen. Der Lehrling, der gerade seinen Geburtstag beging, fühlte aber Abenteuerlust in sich und bat den Chauffeur, ihn weiter mitzunehmen, was dieser unbegreiflicherweise auch tat. Im Kreise Grünberg war der Traum zu Ende und der unternehmungslustige Lehrling saß ohne Geld für die Rückfahrt fest.

Sirehlen. Vom Kreistag. Der am Montag abgehaltene Kreistag dauerte fast sechs Stunden. Besonders lebhaft ging es bei der Besprechung des Kreishaushaltsplanes für 1928 zu. Der am Sonntag geschlagene Besitzbürgerblock, also die Rechte des Hauses, versuchte ihre Katastrimmung durch Vielrednerei zu verdecken. Besonders tat sich dabei der Kreistagsabgeordnete Katasterdirektor Rauholz hervor, der sich 22 Mal (!!) zum Wort meldete. Die Rechte wollte durchaus eine Streichung von rund 100 000 Mark erzwingen. Leider waren diese Herren nicht vorsichtig genug, die Steuerschen, die ihnen aus allen Knopflöchern guckte, zu verbergen. Die Linke fiel natürlich auf diesen, nur mit Rücksicht auf die Sonntagswahlen angewendeten Trick nicht hinein und so wurde der Haushaltsplan des Kreises ohne Kürzung angenommen.

Hirschberg. Vom Blitz getroffen. Ueber die Stadt und Umgebung gingen am Mittwoch schwere Gewitter, verbunden mit Hagelschlag, nieder. In Bad Warmbrunn wurde der aus Hirschberg stammende verheiratete Arbeiter Christ, der in der Bedeutstatt beschäftigt ist von einem Blitzschlag getroffen und schwer verletzt.

Lauban. Ein neues Heimatspiel. In den nächsten Wochen wird in einem altertümlichen Stadtwinkel, „Heide" genannt, ein Freilichtspiel aus Laubans vergangenen Tagen, „Unterm Hussitenschwert", aufgeführt werden. Die Sitte, geschichtliche Vergangenheit durch Dramatisierung des Stoffes in Heimatspielen für die Gegenwart lebendig zu machen, ist in vielen schlesischen Städten Brauch.

Konradsdorf, Kreis Haynau. Die gefährlichen Augentropfen. Dicht am Tode vorbeigegangen ist das neunjährige Töchterchen eines hiesigen Papierfabrikarbeiters, das, um seine Leibschmerzen loszuwerden, in einem unbeobachteten Augenblick aus einer Flasche trank, die Augentropfen enthielt. Nur mit Mühe und Not gelang es dem Arzt, die sofort eingetretenen Vergiftungserscheinungen zu bekämpfen und das Kind am Leben zu erhalten.

Waldenburg. Teures Wurstabendbrot. Eine recht schmerzliche Entdeckung mußte ein Amtssekretär aus einem Orte des Kreises Waldenburg nach einigen vergnügten Stunden in einem Lokal in Reussendorf machen. Er hatte von einer Waldenburger Bank 2000 Mark abgehoben und diese in seiner Brieftasche aufbewahrt. Auf dem Wege in seinen Wohnort traf er einen guten Freund, der ihn auf das Schlachtfest in einem Reussendorfer Lokal aufmerksam machte. Beide gingen hin und ließen sich die frischen Wellwürste gutschmecken. Das einnehmende Wesen des Lokals, Fräulein Magda, ihres Zeichens Kellnerin, gesellte sich zu den beiden, und so mancher Pulle Wein wurde der Hals gebrochen. Als man nach einigen gemütlichen Stunden aufbrechen wollte, da waren — o Schreck! — von den 2000 Mark, die der Amtssekretär in seiner Jacketttasche aufbewahrt hatte, 19 saubere Hunderter verschwunden. Trotz vorgenommener Leibesvisitation bei allen anwesenden Gästen blieb das Geld verschwunden. Am Abend des gleichen Tages bekam Magda mit ihrem Gastwirt Krach, gab ihre Stellung auf und fuhr mit einem Mietsauto nach Breslau, von wo aus sie weiter mit der Eisenbahn nach Dresden fuhr. Hier wurde sie gefaßt, weil man annahm, daß sie die 2000 Mark gebrochen habe. Jetzt hatte sich die Kellnerin vor dem Waldenburger Schöffengericht zu verantworten, wo die Verhandlung eine für die Beklagte günstige Wendung nahm. Der Bestohlene sagte nämlich aus, die Kellnerin habe nur einen kurzen Moment bei ihnen gesessen, während dieser Zeit sei auch sein Freund im Lokal anwesend gewesen, so daß Magda als Diebin nicht in Frage kommen könne. Auf diese Aussage hin mußte die Angeklagte freigesprochen werden und der Herr Amtssekretär kann sich rühmen, die teuersten Wellwürste von der Welt verzehrt zu haben.

Oppeln. Ein Sieg der freien Gewerkschaften. Bei der Wahl zum Versicherungsamt Oppeln-Stadt wurden insgesamt 20 851 Stimmen abgegeben, wovon 1175 ungültig waren. Von den gültigen 19 096 Stimmen erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 12 520, die Liste B der christlichen Gewerkschaften nur 6576 Stimmen. Demnach erhalten die freien Gewerkschaften vier Vertreter, die christlichen Gewerkschaften nur zwei Vertreter. Das Ergebnis im Landkreise ist ähnlich.

Gogolin. Schwerer Autounfall. In voller Fahrt rannte der Kraftwagen eines hiesigen Geschäftsmannes gegen einen Baum und überschlug sich. Der Führer, der Sohn des Kaufmannes, erlitt schwere Rippenbrüche. Seine Mitfahrerin, eine junge Dame aus Breslau, wurde derart gegen einen Baum geschleudert, daß sie mit schweren Verletzungen im Blute schwimmend liegen blieb. Sie liegt zur Zeit immer noch besinnungslos im Gogoliner Krankenhaus und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Das Auto wurde völlig zertrümmert.

Königshütte. Der „Oberschlesische Kurier" beschlagnahmt. Die Donnerstag-Ausgabe des „Oberschlesischen Kuriers" wurde wegen eines Artikels, der sich mit dem Schulterror in Oberschlesien befaßte, beschlagnahmt.

Siemianowitz. Den seinen gibt's der Herr im Rausch. Auf der Fahrt von Beuthen nach Siemianowitz lehnte ein betrunkener Arbeiter gegen die Coupétür, die plötzlich aufflog. In weitem Bogen sauste der Mann heraus, ohne jedoch den geringsten Schaden zu nehmen. Er versuchte erst fluchend den Zug einzuholen, legte sich dann jedoch ins Gras und schlief seinen Rausch aus.

Kattowitz. Eine 5-Millionen-Anleihe. Die kommunistische Stadtverordnetenversammlung hat die Aufnahme einer 5-Millionen-Zloty-Anleihe beschlossen, die aus Woiwodschaftsmitteln und den Krediten der Landesversicherungsanstalt gedeckt werden soll.

Kattowitz. Schulterror gegen deutsche und sozialdemokratische Eltern. Aus allen Teilen der Wojewodschaft wird dem Kattowitzer „Volkswillen" berichtet, daß den Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder zur deutschen Schule die größten Schwierigkeiten bereitet und ein Gewissenszwang schlimmster Art ausgeübt werden. In den Ortschaften, wo Drohungen nicht helfen, versucht man es mit Geldspenden und mohltätigen Veranstaltungen. Das Organ der polnischen Sozialisten, die „Gazeta Robotnicza", beklagt sich ferner darüber, daß in Godullahütte der Leiter der polnischen Schule die Kinder befragt, wo ihre Eltern organisiert sind. Sobald sie zu einer polnisch-sozialistischen Organisation gehören, erhalten sie keinerlei Vergünstigungen in bezug auf Kinderspeisung und Ferienaufenthalt. Es soll sogar eine Verfügung des Westmarkenvereins bestehen, wonach Kinder sozialistischer Eltern bei irgendwelchen Vergünstigungen in keiner Weise berücksichtigt werden dürfen. Aus Chropaczow wird gemeldet, daß dort sämtliche schulpflichtigen Kinder zu einer Veranstaltung eingeladen wurden, wo die Kinder mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden und die Eltern sich darauf verpflichten sollten, ihre Kinder nachträglich in die polnische Schule anzumelden.

Pleß. Racheakt. Auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen wurde hier ein junger Mann mit seiner Verlobten aus dem Hinterhalt überfallen und durch mehrere Revolverschüsse verletzt. Die polizeilichen Ermittelungen führten zur Verhaftung des Täters, der das Verbrechen aus Rachsucht begangen haben will.

An die Parteigenossenschaft im Bezirk Mittelschlesien.

Werte Genossinnen und Genossen! Die Wahlschlacht ist geschlagen. Das Ergebnis in unserem Bezirk ist ein großer Sieg der Sozialdemokratischen Partei. 366 944 Frauen und Männer haben sich durch ihre Stimmabgabe zu uns bekannt. 60 000 mehr als bei der letzten Wahl im Dezember 1924. Die Bürgerblockparteien haben durch den Verlust von 100 000 Stimmen eine derbe, wenn auch leider noch nicht genügende Quittung erhalten.

Dieser Erfolg ist nur möglich geworden durch die aufopfernde, hingebungsvolle Mitarbeit vieler Tausender von Parteigenossinnen und -Genossen. Euch treuen, tapferen und zu jeder Stunde arbeitsbereiten Genossen und Genossinnen in Stadt und Dorf spricht die Partei in dieser Stunde des Sieges den herzlichsten Dank aus.

Besonderen Dank denen, die trotz des beispiellosen Terrors, den ein brutales Junkertum ausübte, die Fahne der Partei hochgehalten und vorangetragen haben, Dank denen, die trotz unverschämter Anpöbelungen und Angriffen von seiten der Kommunisten nicht wankend wurden, sondern bis zur letzten Minute ihre Pflicht erfüllten. Euch allen, die ihr, ob in den Hochburgen des Junkertums auf der Rechten-Oder-Uferseite, ob im Kreise der Steuerdrückeberger von Nimptsch, ob im Glatzerland, wo der Klerus schlimmer als sonst sich mit allen seinen Machtmitteln des Mittelalters gegen euch wandte, ob im Neuroder oder Waldenburger Industriegebiet, oder in dem besonders heiß umkämpften Breslau, gestritten haben, Dank und Anerkennung.

Nicht um klingenden Lohn, wie in den bürgerlichen Parteien, sondern aus heißer Liebe zur großen Sache der Befreiung der Arbeiterklasse, aus den Fesseln der Ausbeutungswirtschaft habt ihr alle Strapazen und Mühsalen auf euch genommen, habt ihr jede freie Stunde dem Kampf geopfert. Der Sieg der Partei, die Niederlage unserer Feinde ist euch Genugtuung und Lohn.

Nun einige wenige Tage der Freude und des Ausruhens und dann von neuem an die Arbeit, um den Erfolg zu befestigen und einen neuen Sieg vorzubereiten.

Mit Parteigruß

Der Bezirksvorstand.

Aus der Umgebung.

Neu-Breslau

Breslau-Lissa. Achtung, Arbeiter-Sänger! Zum 25jährigen Bestehen in Deutsch-Lissa sind ab Breslau, Freiburger Bahnhof, 13,46 Uhr Sonderwagen für Sänger nach Deutsch-Lissa eingestellt.

Breslau-Lissa. 25jähriges Bestehen des Männergesangvereins „Eintracht. Sein 25jähriges Bestehen feiert der Männergesangverein „Eintracht" Deutsch-Lissa, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, am ersten Pfingstfeiertag. Als erster am Ort gegründeter Arbeiterverein, war es für ihn besonders schwer, der Bekämpfung der Arbeitervereine entgegenzutreten. Der Mitbegründer, Sangesbruder Kosig, feiert an diesem Tage mit dem Verein sein 25jähriges Jubiläum. Um ein wohlgelungenes Fest zu veranstalten, bitten wir sämtliche Mitglieder der Arbeiter-Sport-, Kultur- und Bildungsvereine, bei ihren Pfingstausflügen ihr Eintreffen in unserem Ort auf die Zeit von 14—15 Uhr festzulegen, um mit uns einen Festumzug zu veranstalten. Wir weisen nochmals darauf hin, daß mit dem Eintreffen des Zuges um 14 Uhr der Festzug in der Löwiastraße Aufstellung nimmt und durch Löwiastraße, Marienstraße und Breslauer Straße nach dem Festlokal Männerkränke, Klein-Heidau, geht.

Landkreis Breslau.

Der tollwütige Klempnermeister.

Arbeit für den Staatsanwalt.

Als wenige Tage vor den Wahlen ein Reichsbannertrupp durch die Ortschaft Domslau zog und sich über ein deutschnationales Propaganda-Plakat lustig machte, erschien der Klempnermeister Fritz Behrens mit gezogenem Revolver auf der Bildfläche und bedrohte die Reichsbannerleute mit Erschießen, wenn sie nicht sofort den Ort verließen. Trotz dieser „Wahl"methoden kann man aber feststellen, daß es auch in Domslau ein gewaltiges Stück vorwärts gegangen ist. Interessant wäre nur, zu erfahren, ob der Klempnermeister im Besitz eines Waffenscheines ist.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Klettendorf. S.A.J. Am Sonntag treffen wir uns früh 3½ Uhr an der Kirche zur Fahrt nach Waldenburg.

Wildschütz. Sonnabend, den 26. Mai, abends 8 Uhr, findet eine wichtige Parteimitglieder-Versammlung statt. Alle Parteigenossen, auch die Frauen, müssen daran teilnehmen. Redner: Genosse Hannack, Breslau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".
Kreis Breslau-Land.

Freitag, den 25. Mai:

Ortsverein Carlowitz. Gasthaus Krause, 20 Uhr: Monatsversammlung.

Der Versammlungskalender für die folgenden Tage erscheint Sonnabend. Die Red.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 24. Mai.

1 Pfund Sterling	20,364	100 franz. Francs	16,425
1 Dollar	4,172	100 tschech. Kronen	12,36
100 holl. Gulden	168,34	100 Schweizer Francs	80,39
100 Belga = 500 Franken	58,195	100 Pesetas	69,79
100 norw. Kronen	111,75	100 schwed. Kronen	111,93
10 Danzig. Gulden	81,45	100 Pengö	72,87
100 Lire	21,985	100 österr. Schilling	58,70
100 dän. Kronen	111,88	100 Sloty	46,70

Wasserstand

26. Mai.

Ratibor	1.26	Ransern (Unter-Pegel)	2.54
Neiße (Stadt) vom 24. 5.	—0.48	Oyhernfurth	1.77
Neissemündung (Unter-Pegel)	1.74	Abflußmenge sekundlich 104 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2.12	Fürstenberg vom 24. 5.	0.71
Treschen	1.06	Wasserwärme +16,0.	

Breslauer Produktenbörse vom 24. Mai.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 24. Mai 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz: Getreide: Still. — Oelsaaten: Stetig. — Kartoffeln: Ruhig. Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide: (p. hl)	24.	23.	Oelsaaten:	24.	23.
Weiz. 74 kg E.G.	28,20	28,20	Mittl. Art und Güte letzt. Ernte		
Roggen 71 kg*	29,20	29,20	Winterraps	—,—	—,—
Hafer*	26,70	26,20	Leinsamen	38,—	—,—
Braugerste, gute	29,00	29,00	Senfsamen	33,—	—,—
Braugerste*	27,00	27,00	Hanfsamen	38,—	—,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	24,00	24,00	Blaumohn	66,—	—,—

* Mittlere Art und Güte.

Speise-Kartoffeln: (Erzeugerpreise) frachtfrei Breslau: Rote 2,60, weiße 2,60, gelbfleischige —,—.

Fabrikkartoffeln ab Verladestation für das Prozent Stärke je 0,15.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	24.	23.		24.	23.
Weizenmehl	39,25	39,25	Auszugmehl	45,50	45,50
Roggenmehl	40,75	40,75			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz. feinere Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen Normalgewicht 755 g für das Liter 24. 5.	23. 5.	Roggen Normalgewicht 712 g für das Liter 24. 5.	23. 5.	Hafer Normalgewicht 475 g für das Liter 24. 5.	23. 5.	Roggenmehl nach Typen 66% 24. 5.	23. 5.
Mai	—	258 G	295	—	—	—	—	—
Juli	291 G	—	274 B	—	—	—	—	—
Sept.	266,5 G	269 B	—	254 B	—	229 B	—	—
	—	267 G	—	252 G	—	—	—	—

Weizen, Roggen, Hafer fest unverändert.

Für die Frauen

Die Frauenbewegung im Orient.

1. Türkei und Aegypten.

Von der Frauenbewegung als lebendigem Faktor im sozialen Leben des Orients kann erst seit dem Ende des Weltkrieges gesprochen werden. Die großen Antriebe zur Befreiung der Frau kommen im Orient aus der Idee der nationalen Freiheitsbewegung, die nach den augenblicklichen Begriffen des Orientalen vielfach identisch mit radikaler Europäisierung im kulturellen Sinne ist. In dieser Berührung des Ostens mit dem Westen lockerten sich die starren Bindungen, die der Freiheit der orientalischen Frau entgegenstanden. Verstärkt wird der Druck noch durch die wirtschaftliche und soziale Umwälzung, in der sich Asien und Afrika zurzeit befinden. Dadurch sind Schranken gefallen und werden noch weitere fallen, die vor wenigen Jahren noch unüberschreitbar schienen.

Als realer politischer Faktor ist die orientalische Frauenbewegung zum erstenmal während der jungtürkischen Revolution von 1908 aufgetreten. Das Komitee für Einheit und Fortschritt hatte ein weibliches Mitglied, die Schriftstellerin Emine Semie Hanum. Bereits 1915 war eine andere Frau, Nakie Hanum, Minister des „Walf", der türkischen religiösen Stiftungen. Auf Veranlassung des türkischen Nationalklubs „Turk Ojah" (Türkisches Herz), der im Jahre 1918 Frauen als gleichberechtigte Mitglieder aufnahm, wurde unter den Männern eine systematische Agitation eingeleitet, um ihr Verständnis für Frauenrechte zu wecken. Nach dem Kriege entstand eine nur aus Frauen bestehende Organisation zur Verteidigung der Frauenrechte, die sich vor allem für eine moderne Erziehung der heranwachsenden weiblichen Generation einsetzte. Nach dem Siege Mustapha Kemals vollzog sich die Europäisierung der türkischen Frau im stürmischem Tempo. Die erste Gemahlin des „Ghasi", Latifa Hanum, brach als erste Frau mit der Tradition des Volkes. Sie unternahm unverschleiert Reisen und begann, ganz in europäischem Stil zu leben. In verschiedenen Vilajets der Türkei ist der Schleier, um den in anderen Ländern der Islam noch heute gekämpft wird, sogar bereits verboten. Die türkische Frau erfreut sich, wenigstens in den Städten, vollkommener Freiheit. Junge Mädchen arbeiten in großer Zahl in den Ministerien, den öffentlichen Betrieben und auch in privaten Unternehmungen. Die türkische Frau beginnt, die Bühne zu erobern. Sie arbeitet regelmäßig in der Presse mit, und sie dringt nach und nach in die geistigen Berufe ein. Wie die Entwicklung weiter verlaufen wird, ist heute noch gar nicht abzusehen, weil sie sich noch viel zu stark im Flusse befindet.

Wesentlich ruhiger ist der Gang der Entwicklung in Aegypten. Auch hier hat die Frauenbewegung ihre ersten Schritte in die Oeffentlichkeit unter dem Einfluß des ägyptischen Kampfes um die Unabhängigkeit von 1919 getan. Damals nahmen weibliche Studenten an der Seite ihrer männlichen Kameraden aktiven Anteil an den großen politischen Streiks. Frauen begannen, öffentlich zu sprechen und als Agitatorinnen für den ägyptischen Nationalismus zu wirken. Die Frau Zaghlul Paschas war die eifrigste Mitarbeiterin ihres vor einigen Monaten verstorbenen Gatten, und sie ist auch heute noch eine der Persönlichkeiten, die den größten Einfluß auf die ägyptische Unabhängigkeitspartei ausüben. 1917 wurde die „Union Féminine Egyptienne" ins Leben gerufen. Sie stand unter der Führung von Frau Huda Sharawi, einer sehr kultivierten Dame tscherkessischer Abkunft. Im Gegensatze zur Türkin wird die ägyptische Frau bisher von der Gesetzgebung noch sehr stiefmütterlich behandelt. Sie hat noch um Rechte zu kämpfen, die ihre türkische Schwestern schon längst besitzen. So hat Aegypten beispielsweise die Vielehe noch nicht offiziell aufgehoben, und die Aegypterin genießt auch noch nicht den Schutz des Gesetzes bei Ehescheidungen. Es zur Erreichung dieses Zieles dürfte wohl auch noch eine geraume Zeit vergehen. Theoretisch sind die Führer der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung wohl Anhänger der Frauenforderungen; Aegypten hat jedoch keine Periode politischer Umwälzungen hinter sich, wie die Türkei. Die Entwicklung vollzieht sich hier langsamer, aber deshalb auch gründlicher und wahrscheinlich auch organischer. Die allgemeine öffentliche Anerkennung der Gleichberechtigung der ägyptischen Frau ist darum heute noch eine Selbstverständlichkeit. Die Ansprüche und Forderungen der Aegypterinnen werden zwar mit wohlwollender Höflichkeit angehört, aber von einer ausschlaggebenden Stellung der Frau im öffentlichen Leben Aegyptens ist einstweilen noch nicht die Rede.

Unerwünschte Mutterschaft.

„Wenn eine Frau ihre Schwangerschaft als unerwünscht betrachtet und von ihr befreit werden will, so wird sie dieselbe in allen Fälle zu beseitigen wissen, auch dann, wenn sie den Eingriff mit dem Leben bezahlt. Alle gesetzlichen Strafandrohungen sind gegenüber der furchtbaren Notlage illusorisch und halten niemanden von der Abtreibung ab. Das kann nicht scharf genug hervorgehoben werden!"

Zu diesem wahrhaft ernst stimmenden Ergebnis kommt Frau med. Alice Vollnhals, die Leiterin einer Berliner Schwangerenfürsorgestelle, auf Grund ihrer Erfahrungen, über die sie in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene berichtet.

Obwohl die Schwangerenberatungsstellen in weiten Volkskreisen in dem Sinne bekannt sind, daß sie nur schwangeren Frauen helfen, haben im Jahre 1927 allein diese eine Beratungsstelle 300 Frauen aufgesucht, um sich die Schwangerschaft bestätigen zu lassen. Und mindestens ebenso viele Frauen gaben diese Bitte nicht direkt als den Grund ihres Besuches an, doch war er bald festzustellen.

Und wenn die Fürsorge nach den heutigen Rechts- und Fürsorgeverhältnissen der Mütter die erwünschte Hilfe versagen muß? Dr. Volmhals führt einen traurigen, aber bezeichnenden Fall an: Eine zwanzigjährige verheiratete Frau, Mutter eines mehrjährigen Kindes, ging, nachdem ihr die Unterbrechung der Schwangerschaft abgelehnt war, kerzengerade aus der Sprechstunde zu einem Heilgehilfen, der eine „Auskratzung der Gebärmutter" vornahm, indem er die Blase auskratzte. Ohne Erfolg! Bald darauf war die Patientin tot.

Nach den Untersuchungen von Dr. M. Hirsch werden 7 Prozent der Aborte in der Altersklasse von 31 bis 36 Jahren künstlich herbeigeführt. Dr. Volnhals erweitert dieses Ergebnis dahin, daß dies in allen Altersklassen ähnlich ist, so das beinahe der Abort künstlich herbeigeführt wird.

Und da soll man diese armen Frauen einfach ihrem Schicksal überlassen?

Aber auch gegenüber den Frauen, deren Schwangerschaft heute bereits unterbrochen werden darf, müßte die Fürsorgetätigkeit weitergehen, als es heute im allgemeinen geschieht. Bei diesen Frauen müßte unbedingt jede weitere Schwangerschaft von vornherein vermieden werden. Aber da ist es nichts seltenes, wie Dr. Vollnhals schreibt, daß die Schwangerschaft im Laufe von eineinhalb bis zwei Jahren zwei-, drei- und sogar viermal unterbrochen werden müßte. Die Welt des Volkes ist anders, als sie der behäbige Bürger betrachtet. Die selbstgerechte Frau „Gesellschaft", die sich vor all solchen Verhältnissen zu behüten weiß.

Die von Dr. Vollnhals geleitete Schwangerenfürsorgestelle hat, um dieses vermeidbare Leid abzuhalten, ein besonderes Mittel, in dem sie die Frauen vormerkt, bei denen eine Schwangerschaft aus gesundheitlichen und sozialen Gründen verhindert werden muß. Diese Frauen besuchen in regelmäßigen Zeitabständen eine besonders für sie eingerichtete Sprechstunde. Sie werden dort über die empfängnisverhütenden Mittel belehrt, die Anwendung dieser Mittel wird ihnen gezeigt und nachkontrolliert.

Aber leider wird, darin hat Dr. Vollnhals auch recht, auch diese Art der nachgehenden Fürsorge, die wirtschaftlich, zweckmäßig und im Interesse des Einzelnen wie des Ganzen ist, noch nicht allgemein durchgeführt.

Güte.

Laß deine Güte reifen gleich der Frucht
Die um die Samenkörner saftreich schwillt,
Nach eines sonnenheißen Sommers Flucht!

Ein jeder Same trägt des Frühlings Bild
In sich, dem froh sein Keim entgegeneilt,
Wenn er durch die geborst'ne Hülle quillt.

Und wie die Frühlingssonne Wolken teilt,
Daß dunkle Pfade sie erhellen mag,
Und selbst auf Gräbern und Morästen weilt,

So scheine deiner Güte milder Tag
Auch denen, welche Menschen Sünder schelten.
Verstehend lausche ihres Herzens Schlag!
Du schaust vielleicht in unentdeckte Welten.

Henni Lehmann.

„So ganz anders."

Wir unterscheiden zwei Arten von Kindern, „normale" und „unnormale", oder milder ausgedrückt: Kinder, die sich ohne jede Schwierigkeit in ihre Umgebung einfügen, und Kinder, denen das nur sehr schwer oder gar nicht möglich ist. Die als „normal" — im Sinne guten Einfügens — angesehenen Kinder sind im Elternhause, in der Schule, in der Lehrstelle, kurz, überall gern gesehen und gut gelitten. Sie bilden in Haus und Schule und später im Staate die Stützen und werden in der Regel gute Familienväter und wohlangesehene Bürger.

Die zweite Gruppe, die alle im weitesten Sinne „Unnormalen" umfaßt, bilden die vielen, vielen Kinder, die den Eltern, Lehrern, Erziehern, Lehrmeistern und allen anderen Personen, die im Leben mit ihnen zusammenkommen, viel Unruhe, Kummer, Angst und Sorge bereiten, und die nur dann, wenn sie in die richtige Behandlung kommen, mit sich selber im Leben fertig zu werden vermögen. Diese Kinder unterscheiden sich schon von den ersten Tagen und Wochen ihres Lebens an von anderen Kindern. Zunächst freilich sind die Merkmale ihrer Eigenart so gering, daß nur ein sehr feiner Beobachter sie wahrnehmen kann. In den frühesten Kinderjahren pflegen dann Vater und Mutter die ersten Schwierigkeiten mit dem Kinde zu haben und herauszufinden, daß das Kind „so ganz anders" als die übrigen Kinder ist. Wächst dieses „andersgeartete" Kind mit vielen Geschwistern auf, dann wird immerhin noch manches in seinem Innern geordnet werden. Wächst es jedoch allein auf und erhält erst mit dem Eintritt in die Schule Gefährten und damit abschleifende Miterzieher, dann wird der Lehrer vor eine besonders schwere Aufgabe gestellt. Dieser Aufgabe wird er bei der großen Anzahl der Schüler wohl selten gerecht werden können.

Naturgemäß zerfällt die große Gruppe der Schwererziehbaren in eine Reihe von Unterabteilungen. Ganz ausscheiden kann man auch hier nicht die als geistig unnormal angesehenen Kinder, wenn sie auch mit den Kindern, die zu viel oder zu wenig Hemmungen haben und deshalb „so ganz anders" sind, eigentlich nichts gemein haben. Alle die Kinder, die in ihrem Seelenleben von den anderen abweichen, pflegen wir als Gruppe der Psychopathen zu bezeichnen. Wir finden in ihnen in der Regel die Art ihrer Eltern verschärft, zuweilen auch gemildert, wieder. Vielleicht ist es gerade darum so schwer für Vater und Mutter, die Leitung dieser Kinder zu übernehmen, weil erziehen doch im tiefsten Grunde „vorleben" ist, dieses Vorleben aber bei eigenen Abweichungen in der Regel gar nicht möglich ist. Man ist sich selbst ja meistens nicht einmal bewußt, wie unnachgiebig, heftig, gehemmt, verstockt, verbogen, feige oder was sonst noch man selber ist, und wie ungeeignet man in manchen Augenblicken als Vorbild für ein schwierig veranlagtes Kind sein mag. Die ganze Art dieser Kinder verlangt ein Lenken, das aus dem richtigen Verstehen heraus geboren ist und sich dann befleißigt, Lehren für die Lenkung entgegenzunehmen von Seelenarzt und Lehrer, der sich besonders auf das Seelenleben dieser Kinder einstellt und es studiert hat.

Wenn man die Geschichte der jungen Menschen verfolgt, die im Elternhause und in der Schule, ja, auch noch in der Lehrzeit uns durch ihre sprunghafte, unberechenbare Art, durch ihr „so anders sein" quälen und in Sorge versetzen, dann kann man mit Bestimmtheit annehmen, daß ihr Lebensweg nicht einfach sein wird, daß sie sich als Beamte, Angestellte oder Arbeiter nicht gut bewähren, um so besser aber in einer selbständigen Stellung, als „eigener Meister", vorwärts kommen und, wenn sie eine solche Stellung erreicht haben, nicht selten auch etwas Außergewöhnliches leisten werden. Eine ganze Reihe namhafter Männer und Frauen, die sich durch hervorragende Leistungen, Erfindungen und sonstige Arbeit, ausgezeichnet haben, gehörte zu den Psychopathen, Schwererziehbaren oder „so ganz anders" Gearteten.

Das Ziel, das uns als Erziehern, sei es nun im Elternhaus oder in der Schule, in der Werkstatt oder auf dem freien Arbeitsmarkte, vorschweben muß, ist, den uns anvertrauten Menschen möglichst zur inneren Selbständigkeit, zur Meisterung des Lebens zu bringen. Dazu bedarf es bei den Kindern, die wir als schwer erziehbar bezeichnen, in ganz besonderem Maße der Bildung des Willens. Man kann hier, ohne zu übertreiben, sagen: Willensbildung ist alles! Wir haben nicht alle die Gaben, den Willen eines anderen Menschen, möge er nun jung oder älter sein, zu bilden, aber wir haben die heilige Aufgabe, für die uns anvertrauten Kinder diejenigen Menschen ausfindig zu machen, die durch eigene Willensbeherrschung Vorbild sind, und denen die Gabe der Leitung und Beeinflussung gegeben ist. Kinder, die „so ganz anders" sind, können, in rechte Erzieherhände gebracht, Kinder ganz besonderer Freude für uns und für sich selbst werden. Das müssen wir uns immer vor Augen halten.

L. M.

Wo sollen die ledigen Frauen wohnen?

Für jeden der 2 Millionen gefallener Deutscher des Weltkrieges muß eine Frau auf die Ehe verzichten. Was das heißt, macht eine Arbeit des Bayrischen Statistischen Amtes recht klar. Dieses Werk setzt die ledigen Männer im Alter von 25 bis 40 Jahren und von 40 bis 50 Jahren den unverheirateten Frauen im Alter von 23 bis 37 Jahren bzw. von 37 bis 46 Jahren gegenüber. Und da ergibt sich, daß auf 100 ledige Männer 151,5 bzw. 187,8 ledige Frauen kommen.

Wie soll es anders sein als daß auch diese Frauen sich dem Erwerbsleben zuwenden? Ist doch erwiesen, daß rund 90 Prozent aller in die Ehe tretenden Frauen vorher beruflich tätig gewesen waren. Aber wenn diese Frauen nun nicht heiraten — und Hunderttausende heiraten bei dem gewaltigen Frauenüberschuß nicht — dann muß für ein gesundes und befriedigendes Wohnen dieser unverheirateten Frauen gesorgt werden.

Es handelt sich hier um ein überaus aktuelles Problem. „Wir müssen aus dem möblierten Elend heraus", so hört man es bereits hier und dort in den Städten, da wo sich der Wille zu einer neuen Wohnkultur auch für diese unverheirateten Frauen bereits regt. Da wo die Frauen selber zu einer Erkenntnis dieser Notwendigkeit des neuen Wohnens auch für diese Frauen erwacht sind.

Hier und dort hat man ja in den Städten bereits mit dem Bau von Ledigenheimen begonnen. In Lübeck hat die Großindustrie es übernommen, für die Wohnungen der Unverheirateten zu sorgen, die in diesen Industrien beschäftigt sind. In gleicher Weise ging die Post- und Telegraphenverwaltung in Berlin für ihre Ledigen vor. Und in Frankfurt haben berufstätige Frauen gar eine eigene Siedlungsgesellschaft gebildet, die allerdings den Mangel hat, daß jeder Genosse einen Bauzuschuß zahlen muß, der nur von wenigen geleistet werden kann.

Wohnungen zu mieten, die der Beschlagnahme unterliegen, ist heute in den verschiedenen Städten mehr oder minder schwer. Oft ist ein gewisses Alter die Voraussetzung. Bei der großen Wohnungsnot, unter der auch die Familien mit Kindern leiden, sind diese strengen Bestimmungen ja begreiflich. Aber deshalb muß eben in anderer Weise etwas geschehen. Sollen diese unverheirateten Frauen ihr Leben im „möblierten Elend" vertrauern? Die Anfänge, die geschaffen sind, zeigen, daß die Möglichkeit besteht, auch diesen Menschen Heime, wirkliche Heime zu ermöglichen. Wir müssen aber aus diesem Anfange heraus, und da wo noch nichts geschaffen ist, endlich mal in den Anfang hinein!

Saure Wochen — frohe Feste.

Es ist Sonnabend und gegen Mittagszeit. Vor Jakob Plawers Fleischerladen stehen zwei Menschen, ein Mann mit einer Schirmmütze und eine Frau im Umschlagtuch. Die Frau hält ein abgewetztes — großes — urväterliches Portemonnaie so krampfhaft in der Faust, als ob ein Windstoß es ihr wegnehmen könnte. Ihre Augen wandern hin und her und tasten ratlos die Waren im Auslagefenster ab.

„Nu was denn eigentlich?" fragt der Mann mit der Schirmmütze.

„Ja, ja", sagt die Frau, „das muß man doch überlegen —!"

„Sicher", sagt der Mann, „überlegen muß man das — —!"

Die Frau forscht mit den Blicken hin und her.

„Man könnt's aber ooch sparen", sagt sie langsam.

„Ja", sagt der Mann, „sparen könnt man's ooch — — —"

Die Frau tritt einen Schritt, einen kleinen Schritt zurück.

„Und sparen müßten wir's eigentlich — —", sagt sie dann.

„Eigentlich ja —", sagt der Mann.

Die Frau geht wieder mit den Augen hin und her. Plötzlich gibt sie sich einen großen Ruck und sagt: „Aber immer sparen is ooch nicht jut — — —"

„Nee", sagt der Mann, „immer is ooch nischt — — —!"

Die Frau pufft den Mann in die Seite, sieht ihn halb entschlossen und halb zagend an und fragt: „Denn wolln wir uns mal zwee jute Tage machen — — —?"

Die Frau packt die Ladenklinke forsch an, geht stramm durch bis zur Theke, öffnet das abgewetzte Portemonnaie und verlangt resolut und mit fester Stimme ein Viertelpfund Rindfleisch mit Knochen.

„Simplizissimus".

„Gesetze der Liebe".

Unter diesem Titel hat der bekannte Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld, der kürzlich seinen 60. Geburtstag feierte, gemeinsam mit Dr. H. Beck eine kleine Schrift veröffentlicht, die den bezeichnenden Untertitel „Aus der Mappe des Sexualforschers" trägt (Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel). Die Schrift ist im Zusammenhang mit dem Verbot eines gleichnamigen Kulturfilms erschienen, in dem die Tragödie eines Homosexuellen dargestellt wurde, und der als Propaganda gegen den § 175 des deutschen Strafgesetzbuches gedacht war. In den ersten Abschnitten des Heftchens wird das geschlechtliche Leben und die geschlechtliche Veranlagung der Tiere kurz skizziert. Dabei findet sich einiges Interessante über Tiertragödien, so etwa die Schilderung des Spinnenmännchens, das vom Weibchen aufgefressen wird. Dann wird das Walten der Mutterliebe im Tierreich beleuchtet. Die Wasserspinne beispielsweise ist eine besonders gute Mutter. Weiter ist die Rede von der Entwicklung der Frucht im Ei usw. Alle Ausführungen werden durch gute Bilder erläutert. Dieser Einleitung folgt die Erzählung der Filmhandlung selbst, der Tragödie des Homosexuellen, der von einem Erpresser in den Tod getrieben wird. Den Schluß der kleinen Schrift bildet eine Eingabe des humanitären Komitees gegen den § 175, der noch kurze Ausführungen über die Frage „Was muß man vom Zwischengeschlecht wissen?" angefügt sind. Hier wird in aller Kürze, ebenfalls durch Bildmaterial illustriert, ein klares Bild der verschiedenen Typen abnormer Veranlagung gegeben. Die Einfachheit und der wissenschaftliche Ernst der kleinen Schrift verhindern jede sexuell aufreizende Wirkung. Wer sich über das gesamte Problem unterrichten will, der wird aus dieser Schrift viel Klarheit gewinnen.

Fortschrittliche Ehegesetzgebung in Südamerika.

Die Neugestaltung des Familienrechts in Chile wird gegenüber unserem deutschen bürgerlichen Recht einen bemerkenswerten Fortschritt auf dem Wege zur vollen sozialen Gleichberechtigung der Frau bringen. Nach seinen Bestimmungen soll die verheiratete Frau die elterliche Gewalt über ihr uneheliches oder aus einer früheren Ehe stammendes Kind behalten. Ferner soll ihr das Verfügungsrecht über das von ihr in die Ehe eingebrachte Gut zugesichert werden.

Weibliche Polizei in China. Die Einrichtung einer weiblichen Polizei, die in den letzten Jahren in den europäischen Ländern Verbreitung gefunden hat, ist nun auch in China aufgenommen worden. Dort erwartet man von der Mitarbeit der Frauen eine wirksamere Bekämpfung der Opium- und Spielhöllen, die sich oft im Besitze von Frauen befinden. In Peking ist auch eine Schule zur Ausbildung von Polizistinnen eröffnet worden.

8 500 000 außerhäuslich berufstätige Frauen gibt es nach einer neueren Statistik in den Vereinigten Staaten. Zwei Millionen Hausfrauen sind gleichzeitig berufstätig. 635 000 Frauen in Amerika obliegen dem Lehrberufe, 564 000 sind als Büroangestellte, 140 000 als Krankenpflegerinnen, 13 000 als Bibliothekarinnen und 9000 als Aerztinnen tätig.

„Die Frau als Künstlerin" ist der Titel eines Buches, das der Stuttgarter Kunstgelehrte Professor Dr. Hans Hildebrandt demnächst erscheinen lassen wird. Das Werk soll das schöpferische Gestalten der Frau in der bildenden Kunst von den frühesten Zeiten bis in die Gegenwart hinein in Wort und Bild veranschaulichen. Der Verfasser vertritt die Ueberzeugung, daß in unserer Zeit infolge der veränderten geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Frau innerhalb der Gesamtkultur auch die künstlerische Gestaltungskraft des weiblichen Geschlechts einen überraschenden Aufstieg erlebt.

Kleine Breslauer Nachrichten.

* **Zum Familien-Variété Breslau** ist nunmehr das Konzerthaus „Wappenhof" geworden. Im Zusammenhang mit der Einweihung des neu hergerichteten Spiegelsaales hat die Direktion am Mittwoch nachmittag ein für die Sommersaison vorzügliches Variéteprogramm sehr wesentlichen Umfangs. Als alten Bekannten sah man unter der Künstlerschar den Altmeister des deutschen Variétés, Jean Clermont, mit seinem Wanderzirkus wieder. Auf dem Gebiet der Gymnastik dominieren die 4 Sellons mit kraftturnerisch zwar nicht neuen, aber nennenswerten Leistungen. Campell und Rosieta und ihre Produktionen in Kraft, Anmut und Schönheit, kennen wir noch von Liebich her, und die Exzentrik-Komiker Jungle & Co bilden mit ihren zum Teil ausgezeichneten Leistungen als Handspringer den bedeutsamsten Teil des Programms. Die Humoristik ist vertreten durch Grell v. Walden und Arpad Kondor, welch letzterer auch als Ansager tätig ist. Ein akrobatischer Jongleurakt der Geschwister Poppinger, elastische Kombinationen der 3 Edmonds und die Tänze von Ossy und Marry vervollständigen das Programm, dem das vollbesetzte Haus beifallsfreudig folgte.

* **Sie warten auf die Großmutter.** Ein Abenteuer wollten gestern zwei Schulbuben aus der Bismarck- und Humboldtstraße erleben, die zu diesem Zweck ihre Schulranzen im Odertor versteckten und sich herumtrieben, ohne in die Schule zu gehen. Als sie heute morgen gegen 3 Uhr von einem Polizeibeamten im Hauptbahnhofe betroffen und zur Rede gestellt wurden, erklärten sie, die Großmutter zu erwarten. Sehr bald stellte der Beamte fest, daß die beiden Jungen inzwischen Angst bekommen hatten, nach Hause zurückzukehren, sodaß er ihre Ablieferung an die Eltern veranlaßte.

* **Raffinierter Diebstahl.** Mit einem besonders raffinierten Gaunertrick arbeiten zwei etwa 20 bis 25 Jahre alte Männer, denen es am Dienstag gelang, eine alte Frau in der Willmannstraße zu überlisten und zu bestehlen. Sie sprachen nachmittags, gegen 2 Uhr, bei einer Kleinrentnerin vor und bettelten. Als sie Brot von der Frau erhielten, baten sie auch noch um Trinkwasser. Während die Frau den Wunsch erfüllte und Wasser holte, wozu sie einen der Bettler mitnahm, schlich sich der andere in die Wohnstube und stahl eine schwarze Ledertasche mit 205 Mark aus der Vertikow-Schublade. Unbemerkt machten sie sich mit ihrer Beute davon, und erst als die „durstigen" Bettler verschwunden waren, merkte die alte Frau, daß sie überlistet worden war.

* **Vom Fahrrade gestürzt.** Als am Mittwoch abend der Zuschneider Wilhelm Löbner, Forkenbeckstraße, mit seinem Fahrrade über die Freiheitsbrücke fuhr, ereilte ihn ein Schwächeanfall. Er stürzte und schlug so unglücklich auf das Pflaster, daß er eine klaffende Kopfwunde erlitt und in das Brüderkloster geschafft werden mußte.

* **Schwerer Unfall.** Gestern nachmittag, gegen fünf Uhr, lief ein fünfjähriger Knabe vor dem Hause Hohenzollernstraße 8 in ein vorüberfahrendes Auto und mußte schwerverletzt, mit einem Unterkieferbruch, in das Krankenhaus eingeliefert werden.

* **Einbruch in ein Café.** In der Nacht zu Freitag statteten Einbrecher einem Café im Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße 203 einen Besuch ab und nahmen als Beute 10 Flaschen Sekt, 15 Flaschen Wein, Wurstwaren, Butter und verschiedene Eßwaren im Werte von 300 Mark mit.

* **Von einem Personenkraftwagen umgefahren** wurde am Donnerstag abend auf der Ohlauer Chaussee bei Klein-Tschansch der Schlosser Kurt Weigelt aus Brockau. Er wurde von dem Rade, auf dem er fuhr, heruntergeschleudert und erheblich verletzt, sodaß er von dem Auto in seine Wohnung transportiert werden mußte.

* **Zehn Schrebergartenlauben erbrochen.** In der Nacht zu Donnerstag wurden auf dem Schrebergartengelände „Eigene Scholle" am Mittelfeldweg zehn Schrebergartenlauben gewaltsam erbrochen, wobei aus drei Lauben 16 Hühner gestohlen wurden. Ebenfalls mehrere Schrebergartenlauben und Ställe wurden in der gleichen Nacht auf dem Gelände südlich der Bergstraße gewaltsam erbrochen, wo die nächtlichen Besucher elf Hühner erbeuteten. In beiden Fällen konnten die Einbrecher unbemerkt entkommen.

* **In einen Radfahrer hineingelaufen** ist am Donnerstag abend an der Ecke Ring und Schweidnitzer Straße die Ehefrau Maria Wagner aus Miglowitz, Kreis Kattowitz. Sie wurde zu Boden geworfen, erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden.

* **Freiwillig ihr Leben beenden** wollte am Donnerstag vormittag die 26 Jahre alte Arbeiterin Hedwig Z., indem sie sich mit ihrem zweijährigen Söhnchen in der Wohnung ihrer Mutter in der Enderstraße mit Leuchtgas zu vergiften suchte. Als die Mutter von der Besorgung einiger Einkäufe zurückkehrte, lagen die Tochter und ihr Kind bereits bewußtlos auf dem Fußboden. Sofort in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert, konnten Mutter und Kind wieder in das Leben zurückgerufen werden.

* **Humboldtverein für Volksbildung.** Zu den Südpark-Konzerten der Schlesischen Philharmonie erhalten unsere Mitglieder Abonnements (gültig für sechs Konzerte) zu bedeutend ermäßigten Preisen in der Geschäftsstelle Sadowastraße 47, 1. Etage (werktäglich 9—16 Uhr).

* **Breslauer Volksbühne.** Zu den beiden letzten Vorstellungen des Lustspiels „Arm wie eine Kirchenmaus", die an den Nachmittagen des 1. und 2. Pfingstfeiertages im Lobe-Theater angesetzt sind, erhalten alle Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Gastkarten zum üblichen Einheitspreis.

Vom Arbeitsgericht.

Fristlos entlassen.

Der bei der Firma B. beschäftigte Haushälter K. klagte, sich ohne berechtigten Grund fristlos entlassen und klagte daher auf Zahlung von vierzehn Tagen Lohn — die Dauer seiner Kündigungsfrist — in Höhe von 60 Mark. Die Firma dagegen behauptete, daß der Haushälter auf Grund einer Auseinandersetzung selbst gegangen sei. Während ein Zeuge dies bestätigte, konnte ein anderer aussagen, daß er sogar gehört habe, wie der Arbeitgeber zu K. gesagt haben sollte: „Holen Sie sich die Papiere, Sie eignen sich nicht zu dieser Beschäftigung." Angesichts dieser widerspruchsvollen Zeugenaussage einigte man sich schließlich im Vergleichswege zur Zahlung von 30 Mark an den Haushälter.

Der Dank des Arbeitgebers.

Der Bootsmann Gottfried P. konnte im Frühjahr d. J. sein 25jähriges Jubiläum als Schiffer feiern. Die meiste Zeit seiner Tätigkeit war er bei der Reederei Cäsar Wollheim beschäftigt gewesen. Mitte vorigen Monats fuhr er wieder auf einem Kahn dieser Firma. Auf diesem Kahne war unvorschriftsmäßig die Ankerwinde nicht mit einem Schutzblech bekleidet. P. glitt beim Ankerhochwinden aus und kam mit seiner linken Hand in die Winde, welche im sofort drei Finger abdrückte und die übrigen zwei Finger zerquetschte. Vor Schreck blieb dem Verunglückten das Blut stehen. So schnell als möglich ruderte ihn der Schiffsjunge ans Ufer, wo der Verunglückte 15 Minuten im Laufschritt bis zum nächsten Arzt laufen mußte. Hier erhielt er den ersten Notverband und wurde sofort mit Auto nach dem Breslauer Krankenhaus Bethanien geschafft. Nur der außerordentlich zähen Natur dieses Schiffers war es zu danken, daß er nicht an dem erlittenen Blutverlust verstarb. Unsägliche Schmerzen mußte er erleiden, doch er dachte, daß ja jeder Beruf seine Gefahren hat und für ihn und seine kinderreiche Familie schon gesorgt werden wird. Wie groß war aber sein Erstaunen, als er am nächsten Morgen mit der ersten Post ins Krankenhaus seine Kündigung erhielt. Die Firma dachte wahrscheinlich, ihm eine besondere Wohltat zu erweisen, wenn er beim ersten Erwachen schon die Entlassungspapiere hat.

So ist der Dank der Arbeitgeber. Am 27. April verunglückte der Arbeiter durch die Schuld der Firma und am 28. April hatte er schon die Entlassung. Das nennt man Arbeiterfürsorge.

Hand- und Kopfarbeiter!
Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben

Am 23. Mai, nachts 2¼ Uhr, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber, guter Mann und Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin

Hermann Hoffmann

im besten Mannesalter von 51½ Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an 550

Breslau 17, den 24. Mai 1928

Martha Hoffmann geb. Wolf
nebst Kindern und Anverwandten.

Beerdigung: Sonnabend, 16½ Uhr, von der Halle in Cosel (Paulus).

Deutscher Baugewerksbund Breslau.

Am 23. Mai 1928 verstarb unser Freund und Verbandskollege 2438

Hermann Hoffmann

im Alter von 51 Jahren 6 Monaten.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 26. Mai, 16.30 Uhr, von der Leichenhalle d. St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Am 22. Mai verschied nach schwerem Leiden unser Mitglied, der **Installateur** 2439

Ferdinand Neumann

im Alter von 43 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Groß-Breslau.

Einäscherung: Freitag, den 25. Mai, nachmittags 13 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.
Trauerhaus: Schießwerderplatz 6. **Distrikt 16.**

Ein sanfter Tod erlöste am 23. Mai unseren unvergeßlichen goldigen

Hans

im Alter von 6¼ Jahren von seinem jahrelangen Leiden.

In tiefstem Weh 23T

Breslau, den 24. Mai 1928

Familie Frenzel. Familie Rakusa.

Beerdigung: Sonnabd., 26. Mai, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Adolfstr. 3, nach Oswitz, Erlöser-Friedhof

---

Eleg. gebr. Anzüge und Mäntel
2339 preiswert zu verkaufen
Leihhaus Kupferschmiedestraße 32, I.

Geschäftsbuch
junger Angestellter verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei **Märgel** 551
Matapanestraße 57.

Zimmer mit 2 Betten
und Kochgelegenheit empfiehlt
Alfe. Höllenthal
b. Bad Altheide. Bad Nächtes.

Leihweise elegante 5391
Frack- u. Smoking-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

Billige Bezugsquelle für
Fahrräder
Gummi und Zubehör
Geier, Freiburger Straße 16
Ecke Graupenstraße.

Inserate erzielen in dieser Zeitung den größten Erfolg

Schreiben Sie Ihre Briefe auf der

MERCEDES

SCHREIB-MASCHINE

Für Jeden — ob Privat- oder Geschäftsmann — ist der Besitz dieser ausgezeichneten deutschen Maschine die Quelle reiner Freude.

Spielend leichter Anschlag, hohe Schreibgeschwindigkeit u. bequeme Zerlegbarkeit sind besonders wertvolle Vorteile der **MERCEDES**

Verlangen Sie Drucksachen 4031 und unverbindliche nähere Einzelheiten, auch über unsere bequemen Zahlungsbedingungen.

ALBERT PEISER ✱ BRESLAU 1
Schmiedebrücke 36/38 Fernruf Ohle 77
5390

R. Schubert G. m. b. H.
Breslau 1, Messergasse 25
Fabrik feinster Fleisch- u. Wurstwaren

Spezialgeschäfte:

Messergasse 25, Ecke Schmiedebrücke
Bahnbogen 21, a. d. Schweidnitzer Str.
Markthalle 2, Gartenstr., Stand 43/45
Markthalle 1, Ritterpl., Stand 187/189

Fernsprecher: Nr. 20500 u. 28501

Was wir bieten:

Bestes argentinisch. Mastochsenfleisch
Prima argentinische Mastkammel

aus regelmäßiger frischer Einfuhr

Umfangreiche Erfahrungen im Gefrierfleischhandel, ein geschultes, bewährtes Fachpersonal und modernste Spezialvorrichtungen für sachgemäßes Auftauen und Lagerung bieten jede Gewähr für eine pfleglich richtige Behandlung unseres Gefrierfleisches.

Erstkl. frisches Kalb- u. Schweinefleisch

aus unseren eigenen hiesigen Schlachtungen. Unser Einkauf in Milchkälbern und Fleischschweinen beschränkt sich auf vollwertige Qualitäten. Minderwertige Tiere scheiden ohne Rücksicht auf einen billigen Preis grundsätzlich aus. Unser großer Absatz in diesen Fleischarten an die verschiedenartigsten Verbraucherkreise ermöglicht uns fast

jederzeit, in beliebigen Mengen

diejenigen Fleischteile abzugeben, die verlangt werden.

Prima Wurst- und Aufschnittwaren

hergestellt in eigenen Fabrikräumen aus bestem Material eigener Abschlachtungen unter bewährter fachmännischer Leitung. 5297

Billiger Fleischverkauf!

Schweinefleisch ..... Pfd. 0.76—0.80 Mk
Schweineschnitzel Pfd 1.20 .... Kotelettes Pfd. 1.20 Mk.
Rindfleisch ohne Knochen ..... Pfd. von 1.— Mk. an
Suppenfleisch ..... Pfd. von 0.80 Mk. an
Kalbfleisch Pfd 1.00—1.20 ohne Knochen Pfd. v. 1.20 an
Rinderbraten ..... Pfd. 0.90 u. 1.00
Kalbbraten ..... Pfd. 0.90 u. 1.00
Frische Schweineschmalz Pfd 0.75 Frischer Speck Pfd. 0.80
Lungenfett Pfd. 0.15 ausgelerzt. Schweinefett Pfd. 0.90
Gutgewachsenes Pfd. v. 0.80 an Gepökelt. Rindfleisch Pfd. 0.75
Geräuchertes Pfd. v. 0.80 an Räucherspeck (deutsch) Pfd. 0.90
Geräucherter, roher u. Leberschinken ... ¼ Pfd 0.45 Mk.
Preßkopf und Kochwurst ..... ¼ Pfd. 0.25 Mk.
Rotwurst und Braunschweiger ..... ¼ Pfd. 0.25 Mk.
Leberwurst, Preßwurst u. Blutwurst Pfd. v. 0.50 an
Fettgrieben Pfd. 0.80 u. 1.— fl. Aufschnitt ¼ Pfd. 0.40
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt 11648

Adolf Weiss Moltkestr. 13 Fernruf 2569

Gebrauchte und neue Anzüge
spottbillig 5821
D. Juliusburger
Kupferschmiedestraße 31.

Pa. Rindfleisch Kalbfleisch . . 1.20 Rindfleisch . . 1.00 „ ohne Knochen 1.20 Schweinefleisch 88, 90
Paul Weidlich, Lohestraße 47
Telephon: 75560.

Bücherfreunde

sollten sich stets der täglichen Neueingänge billiger Bücher in der

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III
Neue Graupenstraße 5, erinnern.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. Worte nur von Privaten. Wort 3 Pfennig je, fett 4 Pfennige.

Klappwag. mit Plane 12 Mk. Fahrrad 15 Mk. zu verkaufen Goldam. Zobtenstraße 18.

Garderoberschrank neu, 3tür. Nußbaum poliert, mit Waschtisch einrichtt. Preis Mark 85.— Ufertr. 29, Eing. d. Hauptstr.